Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 34 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 479 DONNERSTAG, 6. OKTOBER 1932 MORGEN-AUSGABE

Londoner Konferenz aufgegeben

MacDonald sucht nach einer anderen Lösung

Völlig überraschend hat sich gestern abend aus einer Erklärung der englischen Regierung ergeben, daß der vorgestern erst offiziell ausgesprochene Plan einer Londoner Konferenz über die deutsche Gleichberechtigung in den Wehrfragen bereits aufgegeben ist. Das offiziöse englische Reuterbüro verbreitet die folgende Auslassung:

„Der heute abend in unterrichteten britischen Kreisen vorherrschende Eindruck in der Frage der Abhaltung von Abrüstungserörterungen in London in dem von der britischen Regierung beabsichtigten Sinn scheint dahin zu gehen, daß infolge der ablehnenden Haltung der französischen Regierung und des von deutscher Seite eingenommenen Standpunktes eine Beteiligung dieser beiden Länder an der vorgeschlagenen Konferenz kaum in Aussicht stehe, und daß der Gedanke dieser Konferenz daher wohl aufgegeben werden müsse.

Auf britischer Seite scheint sich allmählich ein Bild der Politik abzuzeichnen, die nach dem Scheitern der bisherigen Versuche, Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückzubringen, verfolgt werden müßte. Während bisher stets die Auffassung vertreten worden ist, daß eine Fortsetzung der Abrüstungskonferenz ohne Beteiligung Deutschlands undenkbar ist, wird jetzt der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiten dieser Konferenz unbedingt fortgesetzt werden müßten, und daß, ebenso wie bei den Erörterungen des Abrüstungsbüros, die deutsche Nichtbeteiligung in Kauf genommen werden müsse. Man hofft, daß der weitere Gang der Abrüstungskonferenz eine Lage ergeben werde, die es Deutschland ermögliche, seine fortgesetzte Mitarbeit am Abrüstungswerk mit den von ihm vorgebrachten Wünschen zu vereinbaren."

Diese englische Verlautbarung läßt klar erkennen, daß man im englischen Auswärtigen Amt die Bemühungen um die Verständigung auf dem Wege über eine Londoner Konferenz aufgegeben hat und daß andere Möglichkeiten gesucht werden. Die englische Regierung will jetzt offenbar der Entwicklung Zeit lassen. Für Deutschland ist diese Wendung äußerst überraschend und wenig erwünscht.

Von deutscher Seite war bei dem Besuch des englischen Geschäftsträgers am Dienstag zwar von den Voraussetzungen gesprochen worden, die für den Beginn einer Konferenz aufgestellt werden müßten, aber diese Voraussetzungen verlangten von keiner der interessierten Mächte eine Festlegung. Die deutsche Forderung ging vielmehr dahin, daß die englische und die französische Regierung sich bei dem Beginn einer solchen Konferenz nicht auf ihre in den früheren Denkschriften ausgesprochenen Auffassungen festgelegt betrachten dürften, sondern daß die Konferenz volle Bewegungsfreiheit haben sollte.

Während in Berlin der englische Geschäftsträger dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts die Einladung zur Londoner Konferenz überbrachte, fand in Paris eine Aussprache zwischen dem englischen Außenminister Simon und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot statt. Diese Aussprache hat offenbar ergeben, daß Frankreich die deutsche Gleichberechtigung nicht zugestehen will, und darauf dürfte es zurückgehen, daß England seinen Konferenzplan aufgibt.

Es ist festzuhalten, daß in der englischen Auslassung zwischen der „ablehnenden Haltung" Frankreichs und dem „von deutscher Seite eingenommenen Standpunkt" ausdrücklich unterschieden wird, so daß auch in der englischen Darstellung die Stellungnahme der französischen Regierung als der Hauptanlaß für das Scheitern der Konferenz bezeichnet wird.

Wie die Entwicklung jetzt weitergehen wird, ist zunächst unklar. Die englische Regierung meint offenbar, daß es auf der Abrüstungskonferenz selbst gelingen wird, Vereinbarungen zustandezubringen, die dem deutschen Standpunkt weiter entgegenkommen. Deutschland hat von vornherein erklärt, daß es die Abrüstungskonferenz zwar nicht beschicken, daß es aber ihren Verlauf aufmerksam beobachten würde. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson hat in seinem Brief an den deutschen Außenminister und in seinen öffentlichen Erklärungen wiederholt der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die zweite Phase der Abrüstungskonferenz erfolgreicher sein werde als die erste. Auf diese Meinung stützt sich jetzt wohl auch die englische Regierung.

Es wird dabei aber abzuwarten sein, ob es in Genf, sei es in der offiziellen Abrüstungskonferenz, oder sei es in den Privatgesprächen, an denen Deutschland nun ja ebenfalls nicht beteiligt sein wird, zu einer Erörterung auch der deutschen Gleichberechtigung kommen wird, die an und für sich nicht auf dem Programm der Abrüstungsverhandlungen steht. Zunächst liegt nur die Tatsache vor, daß Deutschland und die Abrüstungskonferenz verschiedene Wege gehen wollen. Ob und wann sie zusammenführen werden, läßt sich nicht übersehen.

Colijns Kapuzinerpredigt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 5. OKTOBER

Eine ganz hervorragende Strafpredigt gegen die Sünden der Wirtschaftspolitik fast aller Regierungen hielt heute in der zweiten Kommission der Völkerbundversammlung der bekannte frühere holländische Handels- und Finanzminister Colijn, der Präsident so vieler Wirtschaftskonferenzen des Völkerbundes. Colijn wandte sich gegen die Optimisten, die eine Besserung der Wirtschaftslage wie ein Wunder erwarten. Er zeichnete die Nutzlosigkeit aller Konferenzen auf, bei denen die Delegierten einsichtsvolle Beschlüsse fassen, während die Regierungen dann meist das Gegenteil tun. Solange das Anziehen der Zollschraube andauere, könne die Krise gar nicht abnehmen.

Die einzige überhaupt noch offenstehende Hoffnung sieht Colijn in der kommenden Weltwirtschaftskonferenz. Wenn diese verlage und die wahnsinnige Handelspolitik von heute fortgesetzt werde, müsse unsere Lebenshaltung um ein halbes Jahrhundert und mehr zurückgeworfen werden.

Der gefälschte Skandal

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 5. OKTOBER

Im heutigen Ministerrat erklärte über den sogenannten „Luftfahrtskandal" der Innenminister Chautemps als Vertreter des verreisten Luftfahrtministers Painlevé, daß sich sämtliche Dokumente über den angeblichen Kauf der französischen Motorengesellschaft Gnome et Rhone durch die Deutsche Lufthansa als gefälscht erwiesen hätten.

Kurz darauf platzte die Bombe: der Bruder des vor kurzem verstorbenen Senators de Luberfac, der einst unter Rathenau das erste Sachlieferungsabkommen mit Stinnes abgeschlossen hatte, wurde wegen Mitschuld an der Fabrikation der Schwindeldokumente verhaftet. Er gab zu, die falsche Behauptung aufgestellt zu haben, der ehemalige Luftfahrtminister Dumesnil und der sozialistische Abgeordnete Renaudel hätten bei der Guaranty Trust Company of New York größere Schecks einkassiert. Luberfac ist 1924 schon einmal wegen einer großen Schwindelei verurteilt worden. Damals hatte er der jugoslawischen Regierung 700 000 Gewehre verkauft, die überhaupt nicht existierten.

Der Hauptfabrikant des gefälschten Dokumentenmaterials, der angebliche Journalist Lucian Colin, alias Serge Lucco, ist heute ebenfalls festgenommen worden.

Mazedonisches Mordopfer in Oesterreich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 5. OKTOBER

Vor einigen Tagen wurde bei Wöclamarkt in Oberösterreich aus dem Flüßchen Wöcla eine Leiche geborgen, die als die des Direktionsrates Dimitrow aus Sofia erkannt wurde. Der Obduktionsbefund ergab, daß Dimitrow ermordet wurde, und daß es sich offenbar um einen mazedonischen Fememord handelt. In den Taschen des Ermordeten wurde ein größerer Geldbetrag gefunden, so daß es sich nicht um einen Raubmord handeln kann. Es wird angenommen, daß die Leiche in die Gegend von Wöclamarkt mit einem Auto gebracht worden ist.

Richterspruch für Weiß

Beleidiger erhalten Gefängnis

In dem Prozeß Dr. Weiß gegen „Angriff" wurden der angeklagte Redakteur Dr. Julius Lippert wegen Beleidigung des Polizeivizepräsidenten Weiß und übler Nachrede in bezug auf den Polizeipräsidenten Grzesinski und Dr. Weiß zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, der angeklagte Lokalredakteur Krause wegen der gleichen Straftaten und außerdem wegen eines weiteren Falles fortgesetzter Beleidigung von Dr. Weiß zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Den Nebenklägern Grzesinski und Dr. Weiß wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten der Angeklagten auf der ersten Seite des „Angriffs" sowie in weiteren fünf Berliner Zeitungen zu veröffentlichen.

Ob einem die Ehre genommen werden kann, ob Ritterbrauch oder Richterspruch sie wieder geben können, mag zweifelhaft sein. Aber daß, wer heute im öffentlichen Leben steht, gewärtigen muß, fortgesetzt den schwersten Ehrenkränkungen sich auszusetzen, steht ebenso fest, und ebenso, daß es immer noch kein besseres Mittel gibt, die Ehrenkränkung abzuweisen, als indem man sich dem Richter stellt.

Die Art unserer Beleidigungsprozesse ist ganz gewiß nicht erfreulich. Es gibt viele, — und darunter war ein deutscher Reichskanzler, der selbst zu den höchsten Richtern zählt —, die es sich zum Grundsatz gemacht haben, auf keine Beleidigung zu klagen. Sie glauben, daß ihre Ehre ihnen niemand nehmen kann.

Daß Polizeivizepräsident Weiß sich anders entschieden hat, muß man begrüßen. In der Person dieses tüchtigen Beamten sah die Hitler-Partei, obwohl der von ihm bekleidete Posten weder besonders hohen Ranges ist noch besonders großen Einfluß verleiht, gradezu das „System" verkörpert. Dieses System suchten sie herabzuwürdigen, indem sie Bernhard Weiß anhängten, was sich irgend anhängen ließ, in der Erwartung, es werde schon etwas hängen bleiben. Weiß hat die Feuerprobe einer weitausgreifenden Beweisaufnahme vor Gericht nicht gescheut. Er hat sie bestanden.

Soll das nun so weitergehen, daß Männer des öffentlichen Lebens genötigt werden, gegen wahnwitzige Behauptungen, die auf Klatsch, böswilliger Verleumdung oder Erfindung beruhen, sich dem Gericht zu stellen, wo dann bis in den letzten Winkel alles durchsucht, bis zur letzten Faser alles unter die Lupe genommen wird? Dieses „System" der demagogischen Hetze haben die Nationalsozialisten entwickelt. Sie konnten es durchführen, weil ihnen das Glück hold war. Natürlich fielen sie in der Mehrzahl der Fälle herein. Vor Gericht baten sie dann wohl de- und wehmütig um Verzeihung, gaben Ehrenerklärungen ab, ließen sich verurteilen, aber was drang schon in die große Oeffentlichkeit? Die Hetzblätter, die zwar mit der Druckpresse hergestellt werden, aber mit dem Begriff „Presse" eine geistige Beziehung nicht haben, fanden Zehntausende und Hunderttausende gläubiger, irrgläubiger, wahngläubiger Leser. Welche Partei hätte wohl eine Enthüllung wie die des Bozheimer Gewalt-Dokumentes überstehen können? Wie wäre es ohne dieses legendäre Glück möglich gewesen, daß ein Mann, der eben noch Gendarm in Hildburghausen werden sollte und dann durch eine Scheinbestallung Regierungsrat in Braunschweig wurde, den anerkannten Heros der Nation die Staatsführung streitig machen konnte? Es ist schon so, daß die Nationalsozialisten, vom Glück verwöhnt, sich alles erlauben zu dürfen glaubten.

Dieselben Leute, die beim Langnam-Verein und im Herren-Klub speisen, entblöden sich nicht, Teilnehmerlisten von Essen eben dieses Herrenklubs diffamierend zu veröffentlichen.

Dieselben Leute, die den allerdings nicht schwer zu beschwatzenden sogenannten Wirtschaftsführern einredeten, sie würden die Gewerkschaften zerspalten, vernummen sich jetzt als radikale Streikschürer.

Dieselben Leute, die nach eigenem Eingeständnis auf dem breiten Rücken der „SA.-Proleten" der Regierung Papen den Sprung in den Ministersessel ermöglichten, gebärden sich jetzt als deren eifrigste Bekämpfer.

Dieselben Leute die nach muffiger Beaufsichtigung allen Frohsinns und aller Freiluftbewegung schrien, suchen jetzt den aus ihrem Geiste geborenen „Zwickel"-Erlaß anderen anzuhängen.

Dieselben Leute, die den dank unbegreiflicher republikanischer Verblendung im Reichsinnenministerium hochgekommenen Ministerialrat Scholz als Parteigenossen in die Rundfunk-

Diktatur lancierten, entrüsten sich jetzt über den Reichsinnenminister, der diesen ihren gewesenen Schelz nicht gehen läßt.

Dieselben Leute, die für die Nacht nach der letzten Reichstagswahl und die Tage danach den grausigsten unverständigsten Individual-Terror — der Privatrache nämlich kleiner Leute gegen kleine Leute — vorbereitet hatten, wovon Ostpreußen eine hinreichende Probe lieferte, dieselben Leute zetern, wenn andere sich erdreisten, gegen sie Schutzmaßnahmen zu treffen.

Derselbe Mann, der sich weigert, nach so fehlerhafter Amtsführung als Reichstagspräsident seinen Irrtum zu bekennen und sich mit der Reichsregierung zu verständigen, läßt sich von einem nachgeordneten Beamten des von ihm so betämpften Reichskanzlers freundlicherweise einen Hirsch zuweisen und beschwert sich nur, daß dieses „Getier" zu dünn und schwierig zu erlegen sei.

Mußte eine Partei, die täglich sich solche Sachen leistet, nicht glauben, ihr sei alles gestattet?

Macht man sich dies klar, so wird man erst richtig bewerten, daß die Kampagne gegen Dr. Weiß ihnen mißlungen ist. Wie leicht mußte es scheinen, einen Mann, der dem verhaßten Preußen-Regime gedient hatte, unter dem neuen Regime zu stürzen! Die Hetze gegen Weiß erreichte in der Tat ihren Höhepunkt unmittelbar bevor die Reichsexekution gegen Preußen ins Werk gesetzt wurde. Damals hielten die Herren von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sich noch zu den feinen Herren des Herren-Klubs. Wie von einer Hypnose ergriffen, starrte das Bürgertum, starrte ein Teil der Beamtenschaft auf die Braunhemden, die unmittelbar vor der Machtergreifung zu stehen schienen. Was an „Material" gegen Weiß irgend heranzuschaffen war, das wurde von beflissenen Handlangern herbeigekratzt. Sie hat in ihrem Nichts und in ihrer negativen Würdigkeit der Prozeß enthüllt. Urteil und Begründung des Gerichts sprechen eine deutliche Sprache. Gewiß, die „Angriffs"-Angriffe haben Dr. Weiß nie die Ehre nehmen können; gewiß, kein Richterspruch könnte sie ihm wiedergeben, wenn er sie verloren hätte. Aber was not tat, war, eine Warnungstafel aufzurichten. Der Spruch des Berliner Gerichtes ist eine.

C. M.

★

Die Urteilsbegründung veröffentlichen wir in der 1. Beilage.

Die Beschäftigungsprämie wirkt

Zahlreiche Neueinstellungen — Die Schlichter berichten hoffnungsvoll

Dem Reichsarbeitsminister berichteten gestern die Schlichter über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die allgemeine Meinung war, daß die stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten keinen Anlaß geben, an der Verordnung oder an den Weisungen, die bisher den Schlichtern erteilt worden sind, etwas zu ändern.

Da jetzt auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie wirksam geworden ist, rechnen die Schlichter mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit.

Wie der Schlichter für Berlin-Brandenburg meldet, sind in seinem Bezirk am 4. und 5. Oktober 1932 rund 500 Neueinstellungen erfolgt.

Vom 2. bis 5. Oktober sind in Nieder- und Oberschlesien in 31 Betrieben 787 Arbeitskräfte neueingestellt worden. In der Zeit vom 15. September bis 1. Oktober waren in 54 Betrieben bereits 1568 Arbeitskräfte neueingestellt worden, so daß sich die Gesamtzahl der Neueinstellungen jetzt auf 2355 beläuft.

Der Umfang der Neueinstellungen im mitteldeutschen Schlichterbezirk hat sich in dieser Woche mit 2150 für die ersten drei Tage erheblich gegen die Vorwoche vergrößert, in der insgesamt 3140 Neueinstellungen erfolgten. Die Zahl der dem Leipziger Schlichter bisher angezeigten Einstellungen auf Grund der Notverordnung erhöht sich damit auf 9060.

Die aus Anlaß der Notverordnung über die Vermehrung von Arbeitsstellen entstandenen einzelnen Streiks werden im Reichsarbeitsministerium nicht als ein maßgebendes Kennzeichen der Lage im gesamten Reichsgebiet betrachtet. Bis zum 1. Oktober stand nur das eine Mittel der Produktionsbelebung durch Arbeitszeitverkürzung und Unterschreitung des Tariflohns zur Verfügung. Von nun an wird das Mittel der Lohnprämien stärker in den Vordergrund treten, das erst am 1. Oktober in Kraft getreten ist.

Bei dieser ruhigen Beurteilung der Lage haben die verschiedenen, zum Teil sehr aufgeregten Vorschläge der Interessentenkreise keine Aussicht auf Verwirklichung. Vielfach war besondere Erregung dadurch entstanden, daß aus Arbeitgeberkreisen an die amtlichen Stellen der Gedanke herangetragen worden war, den § 19 des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung zu streichen. Dieser § 19 gibt Arbeitslosen das Recht, die Arbeitsannahme in bestreiktten Betrieben zu verweigern, ohne daß sie deshalb ihre Unterstützung verlieren. Die Anwendung solcher Mittel dürfte, wie der Inhalt und der Ton der amtlichen Erklärung über die Schlichterkonferenz deutlich erkennen läßt, keinesfalls in Betracht kommen. Die Hauptaufgabe der Schlichter wird an den amtlichen Stellen wohl eher darin gesehen, daß sie in einem möglichst frühen Stadium bei entstehenden Streitigkeiten eingreifen und sich um eine Einigung bemühen.

Der Preußen-Prozeß in Leipzig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LEIPZIG, 5. OKTOBER

In der Klagesache wegen Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen, die am nächsten Montag um ½11 Uhr vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verhandelt wird, fungieren als Antragsteller das durch das Staatsministerium vertretene Land Preußen, die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei im Preußischen Landtag sowie die Länder Bayern und Baden. Der preußische Ministerpräsident Braun und die preußischen Minister Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme und Klepper haben sich der Klage persönlich angeschlossen. Gerichtet ist die Klage gegen das Deutsche Reich und gegen den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen.

Die preußischen Prozeßbevollmächtigten werden die gleichen sein wie in der Verhandlung über den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich: die Ministerialdirektoren Dr. Badt und Dr. Brecht und Universitätsprofessor Dr. Giese-Frankfurt a. M. Ferner hat sich Preußen auch der Heidelberger Rechtslehrer Professor Anschütz zur Verfügung gestellt, der als Kommentator der Reichsverfassung und internationale Autorität auf dem Gebiet des Staatsrechts über eine außergewöhnliche Beherrschung der ganzen Materie verfügt. Die Zentrumspartei hat wieder Universitätsprofessor Dr. Peters-Berlin als Bevollmächtigten, die Sozialdemokratische Partei Universitätsprofessor Dr. Heller-Frankfurt a. M. Baden läßt sich durch Ministerialdirektor Dr. Fecht-Berlin und Oberregierungsrat Wal aus dem Innenministerium vertreten. Die bayrischen Bevollmächtigten sind noch nicht benannt.

Für das Reich, das zu der Verhandlung wegen der einstweiligen Verfügung allein Ministerialdirektor Gottheiner entsandt hatte, erscheinen diesmal außerdem noch Ministerialrat Dr. Hoche und die Universitätsprofessoren Dr. Carl Schmitt-Berlin, Dr. Jakobi-Leipzig und Dr. Bilfinger-Halle.

Dank an Dr. von Leyden

Dr. v. Leyden, der frühere Ministerialdirektor im Preußischen Innenministerium, der zum Senatspräsidenten am Oberverwaltungsgericht ernannt worden ist, erhielt folgendes Abschiedszeugnis:

„Sie haben in Ihrer jahrelangen Tätigkeit auf dem viel verzweigten und aufgabenreichen Arbeitsgebiet der Kommunalabteilung unermüdlich und vorbildlich die Belange von Staatsverwaltung und Selbstverwaltung in ihren Beziehungen zueinander gefördert und darüber hinaus an der Spitze der Abteilung große und grundlegende Reformen geschaffen Die Umgliederungs-Gesetze der Jahre 1926 bis 1929, die Reorganisation des Sparkassenwesens, die Neugliederung der Landkreise und die Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, die in diesem Jahre zum Abschluß gebracht worden sind, bilden Marksteine in der neuesten Geschichte der preußischen Verwaltung und verdanken Ihrer Schöpferkraft zu wesentlichen Teilen ihre Entstehung.

Daneben waren Sie in ständiger Sorge erfolgreich bemüht, den Finanzausgleich dem in den letzten Jahren sich überstürzenden finanziellen Niedergang der Gemeinden und Gemeindeverbände anzupassen und die Zahlungsfähigkeit dieser Körperschaften und der kommunalen Kreditinstitute aufrecht zu erhalten. Namens der Preußischen Staatsregierung spreche ich Ihnen den Dank für Ihr außerordentlich aufopferungsvolles Wirken im Dienste des Preußischen Staates und zum Wohle der Allgemeinheit aus zugleich mit dem Wunsch, daß Sie auch in Ihrem neuen Amt volle Befriedigung finden mögen.

In aufrichtiger Wertschätzung verbleibe ich Ihr ergebenster gez. Bracht."

Ein Kreis appelliert an den Staatsgerichtshof

Der auf Grund der Preußen-Notverordnung ab 1. Oktober aufgelöste Kreis Hann. Münden hat den Staatsgerichtshof angerufen. Der Kreisausschuß will die Verfassungswidrigkeit des Auflösungsdekrets nachweisen und die Kreisohheit wieder herstellen.

Die „Einsichtnahme" soll unterbleiben

Das Recht der Kirche bei der Schule

Der Unterrichtsausschuß des Landtages nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, in dem gefordert wurde, daß die Durchführung des Erlasses betreffend das Recht der kirchlichen Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht der Schulen solange ausgesetzt würde, bis man mit den Elternverbänden und den Lehrerorganisationen verhandelt hätte.

Ein deutschnationaler Antrag, in dem gefordert wurde, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles in Katechismusform in den Schulen verteilt werden sollten, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgelehnt. Ebenso wurden Anträge der Nationalsozialisten über Maßregelung von Schülern wegen Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Schülerbund und über das Verbot des Tragens nationalsozialistischer Uniformen an der Universität Frankfurt am Main abgelehnt.

Krisenbilanz der Gewerkschaften

Fast ausschließlich weisen die Geschäftsberichte der deutschen Gewerkschaften über das Jahr 1931, die in den letzten Wochen erschienen sind, erhebliche Mitgliederverluste als Folge der Krisenverschärfung auf. Gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit erhöhte Unterstützungsanforderungen gebracht.

Der Mitgliederrückgang der Freien Gewerkschaften, der A. D. G. B.-Verbände, betrug im Jahre 1931 12,3 v. H. gegen 4,7 v. H. im Jahre 1930. Das vergangene Jahr schloß mit einem Mitgliederbestand von insgesamt 4,1 Millionen gegen annähernd 5 Millionen im Jahre 1929 und gegen etwa 8 Millionen in den Jahren 1920 und 1922. Dabei muß berücksichtigt werden, daß im Jahresdurchschnitt 1931 mehr als 34 v. H. der Mitglieder arbeitslos waren und 20 v. H. in Kurzarbeit standen gegen 23 bzw. 14 v. H. im Vorjahr. Die Gesamteinnahmen, die 1929 250 Millionen betrugen, gingen auf 184 Millionen zurück, während die Gesamtausgaben im Jahre 1931 auf 216 Millionen RM anstiegen.

Am stärksten war der Rückgang beim Metallarbeiterverband, der Ende 1931 noch 827 000 Mitglieder zählte gegen 965 000 im Jahre 1929 und gegen 1 624 000 Mitglieder vor zehn Jahren. Einen geringeren Mitgliederverlust erlitt die zweitgrößte Organisation, der sogenannte „Gesamtverband", und zwar von 673 000 auf 618 000.

Die Christlichen Arbeitergewerkschaften hatten Ende 1931 ebenfalls um genau 12,3 v. H. weniger Mitglieder als 1930. Insgesamt betrug ihre Mitgliederzahl 578 000 gegen 673 000 im Jahre 1929 und gegen mehr als eine Million in den Jahren 1920 und 1922. Auch die Finanzentwicklung ist hier ähnlich wie bei den Freien Gewerkschaften. Im Zentralverband christlicher Bauarbeiter war im vergangenen Jahr das Defizit fast so hoch wie die Gesamteinnahmen.

S.S.-Manöver abgeblasen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

SCHWERIN, 5. OKTOBER

Die mecklenburgischen SS.-Manöver, zu denen aus dem ganzen Reich die Nationalsozialisten ihre SS.-Leute in der Zeit vom 14. bis 16. Oktober zusammenziehen wollten, sind überraschenderweise plötzlich abgesagt worden, und zwar auf Anordnung Hitlers. Die Nachricht hat hier bei den nationalsozialistischen Parteianhängern Bestürzung und allgemeine Enttäuschung hervorgerufen. Es waren für den Empfang der SS.-Leute schon umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden.

Kampf um die hessische Polizei

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DARMSTADT, 5. OKTOBER

Der hessische Landtag nahm heute mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums einen nationalsozialistischen Antrag an, der die Regierung ersucht, das Verbot der Zugehörigkeit von Polizeibeamten zur N.S.D.A.P. zurückzunehmen und den Beamten auch die Teilnahme an Versammlungen dieser Partei zu gestatten. Die Regierung erklärte, sie habe keinen Anlaß, von ihrem Standpunkt abzugehen, wonach den Polizeibeamten die Teilnahme an den Organisationen der N.S.D.A.P. und der K.P.D. verboten ist. Es sei zudem festgestellt worden, daß die Nationalsozialisten in Hessen einen geheimen Nachrichtendienst aufgezogen haben, in dem auch Polizeibeamte zur Beschaffung von vertraulichem Material verwendet und damit zu schwerstem Bruch ihrer Dienstpflicht verleitet worden seien.

Ein nationalsozialistischer Antrag, den Schülern die Mitgliedschaft bei der Hitlerjugend zu gestatten, wurde gegen das Zentrum und die Linke abgelehnt.

Koburger Parteibuch-Wirtschaft

Die Stadt Koburg hat bekanntlich gegenwärtig eine nationalsozialistische Stadtratsmehrheit. Der dem Stadtratskollegium als berufsmäßiges Mitglied angehörige Rechtsrat Dehler ist kürzlich von der Deutschnationalen Volkspartei zur N. S. D. A. P. übergetreten, wobei er versicherte, er habe diesen Schritt aus Ueberzeugung getan. Dieser Behauptung gegenüber verbreiten seine früheren deutschnationalen Parteifreunde eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Herr Rechtsrat Dehler verwahrt sich gegen Gerüchte, er sei um persönlicher oder materieller Vorteile willen der N.S.D.A.P. beigetreten. Warum eigentlich? Zu solchen Gerüchten hat er selbst Anlaß gegeben, denn seine Abmeldung bei uns fällt zeitlich zusammen mit einem Gesuch um höhere Einstufung und damit um Gehaltserhöhung, deren Bewilligung von der nationalsozialistischen Stadtratsmehrheit abhängig ist. Das macht der Wohlfahrtsdezernent in dieser Notzeit! Herr Rechtsrat Dehler hat sich in unserem Kreise bis vor kurzem als der schärfste Gegner der Nationalsozialisten gegeben. Wenn er sich jetzt ihnen anschließt, so ist das Urteil über diesen Mann gefällt."

Veränderungen im Postministerium

Im Reichspostministerium treten demnächst die Ministerialdirektoren Bunttkirchen und Dr. Küsgen wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Zu ihren Nachfolgern sind ernannt der Präsident der Oberpostdirektion Berlin Paul Gerbeth und der Präsident der Oberpostdirektion Hamburg Karl Orth.

Notizen zur Außenpolitik

Aufgabe für Genf

Die Genfer Routiniers haben neulich ein bißchen den Mund verzogen, als der deutsche Außenminister schon nach wenigen Tagen die Völkerbundstadt wieder verließ. Man wollte darin ein betontes Desinteressement an den Arbeiten des Völkerbundes sehen. So sehr die Abreise eine Demonstration war, — gegen den Völkerbund als solchen hat sie sich gewiß nicht gerichtet. Wir zweifeln nicht daran, daß auch die Regierung Papen, wie ihre Vorgängerinnen, versuchen wird, durch Mitarbeit die Anstrengungen der Genfer Instanzen wirklich fruchtbar zu machen. Eine passende Gelegenheit bietet sich jetzt wieder einmal bei der Behandlung der Minderheitenfrage.

Manche Zeitungsleser bekommen vielleicht den Gähnkrampf, wenn sie immer und immer wieder von den Minderheiten hören. Sie mögen ihn überwinden, denn es geht da wirklich um ein vitales, zugleich nationales und europäisches Problem. Man redet von Völkerverständigung und von Paneuropa, bemüht sich darum, daß die Völker einander immer inniger verstehen und näherkommen, und erlebt doch täglich das böse Schauspiel, daß viele Völker fremde Volksteile, mit denen sie gemeinsame staatlichen Grenzen umschließen, nicht zu behandeln verstehen und in gefährliche Verbitterung treiben. Beispiele gibt es leider wie Sand am Meer.

Einst haben Idealisten eine Fahne der Hoffnung aufgepflanzt: den Völkerbund. Er sollte den geplagten Minderheiten die Magna Charta bringen. Eifrig ging man ans Werk, setzte Kommissionen ein, Untersuchungen wurden angestellt, die Minderheiten sandten Bitten und Beschwörungen, Proteste und Hilferufe nach Genf. Dort wurde das alles zur Kenntnis genommen und säuberlich registriert, — aber nichts, gar nichts geschah. Die Skeptiker behielten recht, die da meinten, eine Vertreterversammlung von Regierungen werde sich niemals dazu aufraffen können, Beschwerden gegen eine unter ihnen abzuhelfen, weil ja keine wissen könne, ob sich nicht die nächste Beschwerde gegen sie selbst richten werde. So ist die ganze Welle der Hoffnung von Millionen tief im Sande verlaufen. Die beschwerdeführenden Minderheiten werden nicht gehört, viele Petitionen überhaupt nicht behandelt, die wenigen Beschlüsse meist nicht einmal veröffentlicht. Wer den Rat anruft, erfährt oft gar nicht, was aus seiner Klage geworden ist. Auf jener berühmt gewordenen Madrider Ratstagung hat Stresemann mühsam den „großen Erfolg" errungen, daß nun etwas mehr Veröffentlichungen als früher erfolgen sollen...

So kann es nicht auf die Dauer gehen, und die deutsche Regierung erwirbt sich ein Verdienst, wenn sie nicht müde wird, den Finger auf diese offene Wunde zu legen. Diesmal wird man ihr nicht vorwerfen können, sie spreche nur pro domo, denn grade Stresemann hat immer den richtigen Standpunkt vertreten, daß er zwar auch, aber nicht nur für die deutschen Volksgruppen in fremden Staaten kämpfe. Beste Arbeit am eigenen Volkstum und am Völkerbund leistet, wer diese Linie Stresemanns weiterführt. Hoffentlich erkennt die gegenwärtige Reichsregierung die große Chance: Deutschlands moralische internationale Position dadurch zu stärken, daß sie die Lebensrechte der eigenen und aller fremden Nationalitäten gegen die allzu gut geölte Völkerbund-Maschinerie durchzusetzen hilft. **phi.**

Das Floß im Meeressturm ...

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 5. OKTOBER

Der Internationale Journalistenverband beim Völker- und hielt heute sein traditionelles Frühstück ab. Nach einer sehr witzigen Ansprache des Präsidenten des Journalistenverbandes, Clarence Streit, in der er dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Erik Drummond, unter ungeheurer Heiterkeit einen Würfelbecher überreichte, zum Auswürfeln der verschiedenen Fragen, über die in Genf ergebnislos lange diskutiert wird, dankte Sir Eric Drummond in einer Art von Abschiedsrede. Das Geschenk setze ihn in die größte Verlegenheit, denn er sei sehr im Zweifel, welche und wieviele Kommissionen der Völkerbundversammlung wohl erst darüber würden beraten müssen, ob und in welcher Form das Geschenk überhaupt angenommen werden darf. ...

Der Präsident der dreizehnten Versammlung, Politis, und Lord Robert Cecil bemächtigten sich der wiederum sehr geistreichen Karikatur der beiden ungarischen Karikaturisten Derso und Kölen, die den Völkerbund als eine kleine Mannschaft darstellt, die auf einem winzigen Floß im sturmgepeitschten Meere herumgejagt wird, verzweifelte Versuche macht, das mit der ominösen Zahl dreizehn (es tagt jetzt die 13. Völkerbundversammlung) geschmückte Floß in Sicherheit zu bringen. Am obersten Ausguck des letzten Mastes sitzt der chinesische Delegierte Dr. Yen und äugt vergeblich nach Hilfe aus. ...

Englisch-irische Konferenz vereinbart

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 5. OKTOBER

In den Räumen des Dominion-Office haben heute Verhandlungen der englischen Regierung, vertreten durch Dominionminister Thomas, Schatzkanzler Chamberlain, Kriegsminister Hailsham und Außenminister Simon und dem irischen Staatspräsidenten de Valera, der von dem irischen Generalstaatsanwalt begleitet war, stattgefunden. In dem schwebenden Streit ist insofern ein Annäherung erzielt worden, als jetzt der Gedanke eines unparteiischen Schiedsgerichts überhaupt aufgegeben und die Frage der Landpachtzahlungen sowie anderer englischer Forderungen in direkten Verhandlungen beider Regierungen geklärt werden soll. Die Verhandlungen werden am 14. Oktober in London beginnen.

Was Röhm beim Reichsbanner wollte

Major a. D. Mayr widerlegt die „eidesstattliche Versicherung"

Zu den Erklärungen, die der oberste S.A.-Führer Röhm als „eidesstattliche Versicherung" im „Völkischen Beobachter" über seine Unterredung mit dem Reichsbannerführer Major a. D. Mayr veröffentlicht hat, nimmt Major Mayr jetzt in einer Gegenerklärung das Wort. Der Reichsbannerführer stellt zunächst richtig, daß nicht er Röhm um eine Unterredung gebeten habe, sondern daß der nationalsozialistische Fabrikant Bell ihm Röhm als Zeugen für die verrotteten Zustände im Braunen Hause angeboten habe. Nur um eine Bestätigung der umlaufenden Gerüchte von dem obersten S.A.-Führer zu erlangen, sei er mit Röhm zusammengekommen. Ueber eine Unterstellung des Reichsbanners unter die Führung von Röhm sei nicht gesprochen worden.

In der Unterredung, über die ehrenwörtliches Stillschweigen vereinbart worden sei, habe Röhm ihn auf das dringendste um weiteres Material gegen seinen Feind im Braunen Hause, den Oberleutnant Schulz, gebeten. Dem sehr aufgeregten Herrn Röhm sei es nur darauf angekommen, einen Rückhalt gegenüber seinen Gegnern im eigenen Lager und ihren blutigen Plänen zu finden. Ebenfalls sei nicht über eine antibolschewistische Einheitsfront gesprochen worden, sondern Mayr habe darauf hingewiesen, daß die Kommunistische Partei über alle Vorkommnisse in der nationalsozialistischen Bewegung genau unterrichtet sei. Unaufgefordert habe Röhm bestätigt, daß in einzelnen Teilen der S.A. bis zu 30 v.H. frühere Rotfrontkämpfer seien. Im Laufe der 3½stündigen Gespräche habe Röhm den „Zivilisten" die Schuld an der Verhetzung gegeben und die blutigen Vorfälle zwischen S.A. und Reichsbanner bedauert. Unter diese „Zivilisten", die für die „Soldaten" so verhängnisvoll seien, rechnete er auch wörtlich seinen Kollegen in der Reichsleitung, den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank. Major Mayr erklärt darauf, daß ein Burgfrieden zwischen Reichsbanner und S.A. nur möglich sei, **wenn Hitler sein ganzes Programm als völligen Unsinn feierlich zurückgenommen habe. Auch noch kräftigere Werturteile habe Herr Röhm ruhig eingesteckt.**

Zum Schluß beruft sich Major Mayr auf die Aussagen des Zeugen Bell im Münchener Prozeß, der nicht vereidigt werden wolle mit der Begründung, daß im Braunen Hause eidesstattliche Versicherungen nach Bedarf hergestellt würden. Damit glaubt Major Mayr den Wert der „eidesstattlichen Versicherung" Röhms hinreichend charakterisiert zu haben.

Seine Zufriedenheit genügt

Neue Randbemerkungen Wilhelms II.

Daß die Regierung des letzten Kaisers in eine Anzahl von Abschnitten zu gliedern ist, weiß man schon seit einiger Zeit. Man weiß, daß auf die zwei Jahre der Bismarckschen Aera ein Jahrzehnt völliger Verwirrung unter den Kanzlern Caprivi und Hohenlohe folgte und daß die von Eulenburg betriebene Ernennung Bülows den letzten Versuch darstellte, diesem unmöglichen Regenten das Regieren möglich zu machen. Auch Bülow scheiterte. Merkwürdigerweise war dann unter der strengen Persönlichkeit Bethmann Hollwegs ein einigermaßen erträglicher Zustand eingeschaffen, bis 1916/17 die Oberste Heeresleitung den Kaiser de facto des maßgebenden Einflusses beraubte. Neue Einblicke in das chaotische Jahrzehnt nach 1890 gibt eine Publikation Heinrich Otto Meisners, des Biographen Waldersees, der in den Preußischen Jahrbüchern erstmalig einige Dokumente aus den Akten des Geheimen Zivilkabinetts veröffentlichte. Es handelt sich da um Vorgänge beim Rücktritt des Innenministers von Köller, 1895, der durch einen groben Vertrauensbruch sich die einhellige Ablehnung seiner sämtlichen Ministerkollegen zugezogen hatte, die nun unter Führung Hohenlohes einmütig Köllers Rücktritt verlangten. Wilhelm II. empfand dies als unerhörten Eingriff in seine Prärogative. Aufgeregt dittierte er seinem Generaladjutanten, dem General der Infanterie von Hahnke, auf dem Bahnhof in Breslau eine Depesche in die Feder. In dieser Depesche vom 2. Dezember 1895 heißt es:

„Der Fall ist in der preußischen Geschichte unerhört. Geht er ungerügt durch, ist damit ein sehr gefährliches Präzedenz geschaffen, indem jeder beliebige Minister, obgleich von mir angestellt, durch Staatsministerialintrige zu den unmöglichsten Momenten an die Luft gesetzt werden kann. ... Die schwere Kränkung, die mir zugefügt ist, kann formell dadurch erledigt und gesühnt werden, daß das Staatsministerium, dieses einsehend, im Gefühl des dadurch verlorengehenden Vertrauens mich um Bezeihung bittet und pro forma sein Portefeuille zur Verfügung stellt. Ich werde verzeihen und das Ministerium behalten. Mein Vertrauen natürlich ist erschüttert. Auf diese Weise kann wenigstens formell der Krone Genugtuung gegeben werden für die ganz unerhörte Beleidigung, die sie durch das **gradezu republikanische Benehmen** ihrer Ratgeber erlitten hat."

Eulenburg mußte eingreifen, um den Konflikt mit Mühe und Not beizulegen. Uebrigens siegte das Ministerium: Wilhelm II. fügte sich und ließ Köller gehen. Als vorher der Freiherr von Berlepsch als Handelsminister seinen Abschied verlangte, verweigerte ihn der Kaiser aus folgenden von ihm in einer Randbemerkung niedergelegten Gründen:

„Das Parlament ist unter allgemeiner Verachtung des Volkes geschlossen. Es ist völlig unfähig, legislatorisch nach großen Gesichtspunkten zu arbeiten. Alles ist mit ihm, nicht mit der Regierung, wie es eine gewisse Schnapspresse glauben machen will, unzufrieden. Das einzige Beständige, wonach das Volk sieht, ist der Kaiser und seine Minister ... Ob ich Schritt oder Trab die Staatskarosse fahren lasse, darüber haben die Insassen sich nicht gegenseitig meinen Kopf zu zerbrechen."

Wäre es nach dem Kaiser gegangen, so hätte er aus eigener Autorität eine Regierung aufgerichtet, die ohne Parlament und im Konflikt mit ihm gelebt hätte. Glücklicherweise ist damals ein solcher Versuch einer rein auf die Autorität gestellten Regierung unterblieben. Uebrigens erneuerte Berlepsch ein Jahr später sein Rücktrittsgesuch. Damals legte der Kaiser sein Regierungsprinzip in nachfolgender Randbemerkung nieder, deren Wortlaut es verdient, klassisch zu werden:

„Die Achtung des Parlamentes und des Landes spielt ausschlaggebend eine große Rolle! Etwas konstitutionell angekränkelt. Meine Zufriedenheit genügt und ist wichtiger als alles andere."

Erstes Jochum-Konzert

In der Philharmonie

Die großen Dirigenten reisen langsam, die kleinen übrigens auch.

Eugen Jochum ist durchaus kein gewöhnlicher Mensch und durchaus kein gewöhnlicher Musiker. Das ergab sich gestern wiederum aus der Art, wie er in seinem ersten Konzert mit dem Philharmonischen Orchester in der Philharmonie die Fünfte Sinfonie von Beethoven anfaßte. Er hat Visionen vom Vortrag des Werks, und er hat auch die Fähigkeit, seinen Willen beim Orchester durchzusetzen. Es fohlt ihm, der die Kontraste, die Kontrastwirkungen beinahe leidenschaftlich liebt, mit voller Hingabe. Es bringt das schier maßlose Fortissimo und das schier maßlose Pianissimo. Aber der Vortrag ist nur in der Anlage gut zu heißen: Einzelheiten glücken überraschend, während der Totalität noch die geistige Zusammenfassung, die Geschlossenheit fehlen.

Jochum gab sich gestern offenbar Mühe, sich nicht an das Detail zu verlieren; das ist ein Fortschritt immerhin, doch gewähleiteet diese Mühe noch nicht das Auffinden der großen Linie. Wir zählen den jungen Dirigenten noch nicht zu den Reifen; aber wir hoffen, daß wir ihn einmal zu den Großen werden zählen dürfen.

Die „Musik für Orchester" von Rudi Stephan, die den Abend eröffnete, wurde von Jochum und dem Orchester mit voller Liebe taktiert. Sie verdient Liebe; denn sie ist ein mit warmem Blut geschriebenes, wenn auch nicht grade bedeutendes Werk.

Dann spielte Walter Gieseking die Konzertmusik für Klavier, Blechbläser und Harfen von Paul Hindemith, die er im vorigen Jahr schon einmal unter Otto Klemperer gespielt hat. Das Werk wirkte frostrus und leer, wie damals; die große Kunst des Pianisten war nicht imstande, es aufzufüllen. **M. M.**

Nationalverein zur Wahl

Der Vorstand des Deutschen Nationalvereins gibt zur kommenden Reichstagswahl seinen Freunden folgende Richtlinien:

„Der Deutsche Nationalverein hat vor dieser Reichstagswahl den Versuch gemacht, die Parteien der bürgerlichen Mitte zusammenzuführen, um erneuter Zersplitterung vorzubeugen. Dieser Versuch ist mißlungen. Eigene Wahlbeteiligung an der kommenden Reichstagswahl lehnt der Deutsche Nationalverein ab. Organisatorisch im Aufbau begriffen, hat er nicht die Absicht, zu den bisherigen Splitterparteien eine neue hinzuzufügen. Der neue und von den Besten des deutschen Volkes ersehnte Aufbruch der Mitte hat Gesinnungsgemeinschaft und gesicherte Organisationsgrundlage zur Voraussetzung, soll nicht wieder, wie so oft, wertvolle Arbeit nutzlos vertan sein. Nerven behalten ist die erste Voraussetzung für späteren Erfolg.

Der Deutsche Nationalverein erwartet aber von seinen Mitgliedern und Freunden, daß sie in ihrem bisherigen Wirkungskreis alles daransetzen, um zu verhindern, daß der Wahlkampf in der Hauptsache mit Erbitterung zwischen den Splittern der Mittelparteien geführt wird. **Der Kampf hat den radikalen Parteien rechts und links zu gelten. Sonst wird die spätere Zusammenfassung, zu der das deutsche Bürgertum durch die Not zwangsläufig geführt wird, außerordentlich geschädigt.**"

Handelspolitik auf Abwegen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DEN HAAG, 5. OKTOBER

Der handelspolitische Konflikt, der durch die Kontingentierungspolitik der deutschen Regierung entstanden ist, hat das „Komitee für wirtschaftliche Verteidigung" veranlaßt, Vorbereitungen für den Boykott deutscher Waren zu treffen. Gleichzeitig aber lebt der Gedanke eines holländisch-deutschen Güteraustauschs in natura wieder auf, der von diesem Komitee seit langem befürwortet wird und der den Aktivsaldo des Handelsverkehrs zugunsten Deutschlands beseitigen würde.

Kommt Europa wieder hoch?

Bericht einer Reise durch die Wirtschaftskrise — Von H. R. KNICKERBOCKER

Copyright 1932 by Rowohlt-Verlag, Berlin

16. Fortsetzung

Deutschland nur „so"

Vor einigen Monaten hat der amerikanische Journalist seine damaligen Deutschland-Eindrücke zusammengefaßt unter der Devise: „Deutschland so oder so?", nämlich: mit römischem Gruß oder nach Moskauer Regeln? Heute verneint er beide Aussichten. Heute sieht er für Deutschland nur Ein „so": das des Privatkapitalismus. Das Gespräch, das er mit dem Nationalsozialisten Gregor Strasser hatte und das er hier wiedergibt, hat diese Meinung in ihm befestigt.

BERLIN, IM HERBST 1932

Aus der einen Ecke des Zimmers blickte Kaiser Wilhelm der Zweite auf uns herunter, aus der andern sah uns Friedrich der Große an. Beide in Lebensgröße, aus bläuen Kacheln — eine Art Küchenmosaik.

Die beiden Hohenzollern sahen auf den obersten Sozialisten der Nationalsozialistischen Partei herab, und nicht eine Miene in ihren königlichen Porzellangesichtern verzog sich, als sie den Hauptwirtschaftler dieser Partei, den Führer des linken Flügels von Adolf Hitlers Braunhemden, erklären hörten, daß die Partei der Wirtschaftsrevolution stets den Prinzipien des Privateigentums, der privaten Initiative, des ehrlichen Geschäfts treu bleiben würde.

Es war Gregor Strasser, der sprach. Wir waren im Empfangsraum der Nationalsozialisten im Hotel „Kaiserhof". Gregor Strasser ist die einzige Persönlichkeit in der Nationalsozialistischen Partei, die sich mit Hitler messen kann. Er ist der Mann, von dem am häufigsten gesagt wurde, er würde nationalsozialistischer Kanzler werden, wenn Hitler einen Vertreter von Autorität zu bestellen hätte. Herr Strasser steht in dem Rufe, der Führer des antikapitalistischen Flügels der Partei zu sein. Er hielt im vorvorigen Reichstag die Programmrede für die Nationalsozialisten. Er schreibt das Wirtschaftsprogramm der Partei. Er ist der Mann, von dem viele erwarteten, daß er mit den Kommunisten aufräumen könnte, weil er — kommunistischer sei als sie.

So oft ausländische Bankiers besorgt fragen, ob es den „Nazis" mit ihrem Sozialismus wirklich Ernst sei, beziehen sich ihre Fragen auf Herrn Strasser. Die Ansichten Adolf Hitlers glauben sie zu kennen. Ihn halten sie für ungefährlich. Strassers sind sie nicht sicher.

Heute aber erklärt mir Gregor Strasser: „Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen die private Initiative an. **Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen.** Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels. Wir sind gegen Planwirtschaft im Sowjetsinne. Wir sind gegen Inflation. Wir sind für den Goldstandard. Wenn wir zur Macht kommen, wird es keine gewaltsamen Änderungen geben."

Das Ueberraschendste von allem war, daß Strasser erklärte:

„Wir sind gegen eine unbeschränkte Autarkie. Wir haben nicht die Absicht, einen Versuch zu einer völligen wirtschaftlichen Selbstversorgung zu machen."

Diese Erklärungen Gregor Strassers sind von Bedeutung für jedes Urteil über die Möglichkeiten Deutschlands, wieder hochzukommen.

Sie bedeuten, daß Deutschland innerhalb des kapitalistischen Systems bleiben wird. Sie bedeuten, daß Deutschland, wenn es sich erholt, sich im kapitalistischen System erholen wird. Sie bedeuten, daß Deutschland nicht sozialistisch, noch weniger kommunistisch werden wird, weder jetzt noch innerhalb einer heute zu übersehenden Zukunft.

Wenn die jetzige Regierung am Ruder bleibt — diese ist sicherlich kapitalistisch. Und wenn eine andere Regierung kommen sollte, könnte man sie sich nur von drei Parteien gebildet vorstellen: den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Nationalsozialisten. Die Deutschnationalen und das Zentrum sind von Natur aus kapitalistisch, grade sie bilden die eigentliche Feste des Kapitalismus. Und heute ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus den Erklärungen Strassers, daß der Kapitalismus von den Nationalsozialisten nichts zu fürchten hat.

„Wenn Hitler zur Macht kommt und es nicht zuwegebringt, den Sozialismus durchzuführen, oder wenn es Hitler nicht gelingt, ans Ruder zu gelangen, werden die Massen seiner Partei ihn verlassen. Sie werden sich mit den Kommunisten und den wahren Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei vereinen. Sie werden eine unwiderstehliche Macht bilden. Sie werden den Kapitalismus stürzen, und Gregor Strasser wird ihr Führer sein." So malt sich das Zukunftsbild in manchen Köpfen. Heute jedoch zerriß Herr Strasser das traditionelle Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei buchstäblich in Fetzen.

„Ich glaube", sagte Herr Strasser, „daß die Weltkrise ihren Tiefpunkt hinter sich hat. Ich bin auch sicher, daß die Preise wieder anzusteigen beginnen und daß der schlimmste Teil der Depression vorüber ist. Aber das heißt noch nicht, daß alle Länder einen Vorteil daraus ziehen werden. Im Gegenteil, mir scheint, Deutschland wird unter dem Anziehen der Rohmaterialpreise leiden müssen. Meiner Berechnung nach werden die deutschen Fabrikanten ganz einfach wegen des Anziehens der Kupfer-, Baumwoll- und anderen Preise um einige Punkte 1000 bis 1200 Millionen RM mehr zu zahlen haben."

Das ist heute ein beliebtes Argument der Pessimisten in Deutschland. Es übersieht jedoch die fundamentale Tatsache, daß die Depression mit dem Fallen der Preise der Rohmaterialien und landwirtschaftlichen Waren, mit dem Abnehmen der Kaufkraft bei den Produzenten dieser Güter begann. Es übersieht die Tatsache, daß eine Steigerung der Kaufkraft bei den Erzeugern der Rohmaterialien den Markt für die Produkte der Industriestaaten, also auch Deutschlands, vergrößert.

Die Chance des Papen-Programms

Herr Strasser erkannte diesen Einwand stillschweigend an, als wir das Papensche Erholungsprogramm besprachen.

„Das Papen-Programm", sagte er, „kann Erfolg nur dann haben, wenn die Tendenz der Weltwirtschaft in diesem Winter scharf nach oben weist. Wenn unser Ausfuhrmarkt beträchtlich vergrößert wird, so daß für die im Papen-Plan vorgesehene neue Produktion Platz geschaffen wird, dann gibt es eine Erholungschance."

Im Prinzip jedoch stimmt Herr Strasser mit der Haltung seiner Partei überein, ist er gegen den Papen-Plan. Es ist keine leichte Sache für die Nationalsozialisten, an diesem Programm Kritik zu üben, da nämlich seine Zentralidee, die Kreditausweitung, eine der prinzipiellen Forderungen der „Nazis" selbst ist und das Lieblingsthema Herrn Strassers war.

Die Tatsache, daß die Regierung Brüning und jetzt die Regierung Papen konsequent Stein um Stein aus dem nationalsozialistischen Programm herausgenommen haben, ist mit Ursache dafür, daß die „Nazis" so wütend über ihren Ausschluß von der Macht sind. Stein um Stein hat sich die Regierung angeeignet, so daß heute Papen und Hitler auf Plattformen stehen, die für außenstehende Beobachter nicht voneinander zu unterscheiden sind. Hitler ist sicherlich nicht nationalsozialistischer als Papen, und Papen ist sicherlich nicht kapitalistischer als die Nationalsozialisten. Wir haben also hier eine Antwort auf die Frage: „Was würde geschehen, wenn die „Nazis" zur Macht kämen?" Die Antwort lautet: „Was da geschehen könnte, das ist bereits geschehen."

Trotzdem lassen die „Nazis" sich nicht nehmen, daß ein Unterschied im Geiste da sei. Herr Strasser drückte dies so aus:

„Das Papen-Programm kann keinen Erfolg haben, weil die Menschen, die dahinterstehen, nicht daran glauben. Es ist ungefähr so wie folgendes: Ein alter Bauer hat immer natürlichen Dünger für seine Felder benutzt. Sein Sohn überredet ihn gegen seinen Willen dazu, künstliche Düngemittel zu nehmen. Er will eigentlich gar nicht, aber er kauft irgendein chemisches Düngemittel, und weil er nicht das geringste davon versteht und auch nicht das geringste davon verstehen will, düngt er falsch, und dann sagt er zu seinem Sohn: „Siehst du, ich habe ja gleich gesagt, daß diese neumodischen Dinger nichts taugen."

Genau so ist es mit dem Papenprogramm. Man hat meinen Gedanken von der Kreditausweitung aufgenommen, aber selbst glaubt man eigentlich nicht daran, man weiß nicht, wie man ihn verwerten soll, und deshalb wird er nicht funktionieren.

Wir sind gegen Kreditgewährung an Einzelindividuen ohne staatliche Kontrolle über die Verwendung, der der Kredit zugeführt wird. Wir sind für Kreditgewährung an Unternehmen, die direkt zusätzliche Arbeit schaffen, nicht um für den Export, sondern um für die Versorgung des Volkes mit den Lebensnotwendigkeiten zu arbeiten."

Trotz der offenbaren Aufrichtigkeit Strassers war nicht um den Eindruck herumzukommen, daß die Nationalsozialisten Angst davor haben, der Papenplan könnte zu einem Erfolg führen. Denn wenn er Erfolg hat, wenn in diesem Winter ein bis zwei Millionen Erwerbslose Arbeit finden und die Wirtschaft sich erholt, ist der Abstieg der Nationalsozialisten die unvermeidliche Folge.

Ein Programm, das umgeschrieben werden muß

Wir nahmen das offizielle „Unmittelbare Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei" zur Hand, das erst vor wenigen Monaten in einer ersten Auflage von 600 000 Stück als „Zwangsführer für Tribüne und Presse der Partei" herausgegeben worden ist. Es ist von Gregor Strasser gezeichnet, heute aber verleugnete Herr Strasser einen großen Teil davon, er wich von jedem einzelnen seiner grundlegenden Punkte ab, **erklärte, er habe die Absicht, das Programm zurückzusehen und umzuschreiben, und sagte, er sei soeben genötigt gewesen, den Rücktritt von Kollegen anzunehmen, die darauf bestanden hätten, doktrinär zu sein und an Ideen festzuhalten, die er jetzt als überaltert betrachte.**

Am wichtigsten für die Umwelt war Strassers Erklärung über den deutschen Goldstandard. In dem offiziellen Programm ist eine ganze Seite einer Auseinandersetzung darüber gewidmet, warum es für Deutschland eine Notwendigkeit sei, vom Goldstandard abzugehen.

„Heute", sagte Herr Strasser, „würde ich das folgendermaßen verbessern: Der Nationalsozialismus fordert, daß Deutschland den Goldstandard nur dann aufgibt, wenn es zum **Besten der** Nation notwendig ist."

„Das", bemerkte ich, „könnte die Reichsbank und jede andere Notenbank der Welt unterschreiben."

„Richtig", sagte er. „Es ist eben so, daß ich jetzt der Ansicht bin, Deutschland kann beim Goldstandard bleiben und durch die Krise durchkommen, ohne ihn aufzugeben. Wenn wir das tun können, hat es keinen Sinn, ihn aufzugeben."

Autarkie? Nur für den Blockade-Fall!

Die nächste Frage bezog sich auf die Autarkie, auf die Forderung, Deutschland solle sich wirtschaftlich ganz und gar allein erhalten, eine Forderung, die einer der Hauptgründe dafür war, daß die Wirtschaft in Deutschland den Nationalsozialismus zu fürchten begann. In dem offiziellen Programm steht der Satz: „Es ist wünschenswert, daß wir so weit wie möglich alles, was wir konsumieren, in Deutschland erzeugen."

Ich sprach davon, daß Mussolini mir gegenüber ausdrücklich betont hatte, er sei ein Gegner des Autarkiegedankens, und daß er immer wieder erklärt hatte, so etwas würde zu nationaler und internationaler Verarmung führen.

„Aber wie kommen Sie denn darauf, daß wir für eine absolute Autarkie sind?" fragte Strasser. „Das sind wir durchaus nicht. Auch das ist ein Teil des Programms, der umgeschrieben werden muß. Wir treten lediglich dafür ein, daß hinreichende Möglichkeiten für eine Erzeugung der primitivsten und notwendigsten Waren zur Befriedigung der Lebensnotwendigkeiten innerhalb Deutschlands entwickelt werden, damit es uns ermöglicht wird, uns im Falle einer Blockade zu verteidigen."

„Dann ist also schließlich der tiefste Grund für alle auf eine wirtschaftliche Selbstherrlichkeit abzielenden Bemühungen die Kriegsfurcht, nicht wahr?" fragte ich.

„Stimmt", sagte Strasser. „Kein Volk ist imstande, einen Freiheitskrieg zu führen, wenn es nicht so ausgerüstet ist, daß es sich selbst ernähren kann. So weit sind wir noch nicht. In diesem Jahr haben wir eine Rekordernte, und danach kann man nicht urteilen. Wir müssen unsere Möglichkeiten noch viel mehr entwickeln."

Aber auch hier unterscheiden sich die Nationalsozialisten nicht wahrnehmbar von den deutschen Regierungen des letzten Jahrzehnts. In diesem Jahre hat Deutschland zum erstenmal alles Getreide erzeugt, das es für seinen eigenen Bedarf braucht, obwohl es im letzten Jahre noch etwa 2 500 000 Tonnen importieren mußte. Diese erstaunliche Steigerung der Getreide-Erzeugung in einer Zeit des Ueberschusses in der ganzen Welt und der niedrigsten Preise der Geschichte wurde in der Hauptsache durch einen Prohibitivzoll herbeigeführt, der den deutschen Preis für einen Scheffel Weizen auf 5 Mark 60 brachte, während amerikanischer Weizen für 2 Mark lieferbar war. Die Franzosen haben dasselbe mit einem Zoll erreicht, der so phantastisch hoch ist, daß der französische Weizenpreis einmal bis auf 8 Mark 40 pro Scheffel kam, während der Weizen in Amerika unter 2 Mark notierte.

Landwirtschaftshilfen trugen auch das ihrige zur Erreichung dieses Resultats bei, aber selbst wenn man den Zoll allein in Betracht zieht, werden die deutschen Verbraucher in diesem Jahr für ihren Weizen 648 Millionen RM mehr zahlen, als notwendig wäre, wenn sie ihn im Ausland kauften. Zugrunde gelegt ist ein Verbrauch von 5 Millionen Tonnen oder 180 Millionen Scheffel und eine Spanne von 3 Mark 60 pro Scheffel zwischen dem deutschen Preis und dem Weltpreis. Die französischen Verbraucher andererseits werden 1 Milliarde 120 Millionen RM extra für ihren Weizen zahlen, weil es der ihre und nicht der Weizen eines Landes ist, das sich von Natur aus zur Weizenproduktion eignet. Das ist nur ein Bruchteil des Preises, den Deutschland und Frankreich jährlich dafür zahlen müssen, daß sie nicht an die Möglichkeit eines dauernden Friedens glauben.

*

Fortsetzung im nächsten Morgenblatt

Aus dem Inhalt:

Strasser revidiert weiter
Ohne Planwirtschaft
„Wir erkennen die Schulden an"

Aufständischen-General Klinger gefangen

Wieder Ruhe in Brasilien

RIO DE JANEIRO, 5. OKTOBER

Die Einstellung der Feindseligkeiten hat eine allgemeine Entspannung herbeigeführt. Im Staate São Paulo ist alles ruhig. General Klinger und die Offiziere seines Stabes, die sich den Bundestruppen als Gefangene gestellt haben, sind unter Bedeckung in Rio de Janeiro eingetroffen.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Berlins neue Bürgersteuer

Zwölfmonatige Raten-Zahlung — Zuschlag für die Ehefrau fällt fort

Der Berliner Magistrat hat, wie die „Vossische Zeitung" in ihrem gestrigen Abendblatt berichtete, den Beschluß gefaßt, die Bürgersteuer für das Jahr 1933 von 300 auf 500 v. H. zu erhöhen. Dieser neue Steuersatz wird in den nächsten Tagen der Stadtverordneten-Versammlung in einer besonderen Vorlage zur Genehmigung vorgeschlagen werden.

Maßgebend für diesen Beschluß des Magistrats war in erster Linie die Verordnung des Reichsfinanzministers vom 28. September d. J., durch die die Bürgersteuer neu geregelt worden ist. Nach dieser Verordnung ist bestimmt worden, daß alle Gemeinden, die die Reichshilfe für Wohlfahrts-Erwerbslose in Anspruch nehmen wollen, mindestens 500 v. H. der Bürgersteuer für 1933 beschließen müssen. Die Reichsregierung ist dabei von der Tatsache ausgegangen, durch die Neuordnung der Bürgersteuer sei eine so wesentliche Herabsetzung der bisher geltenden Sätze eingetreten, daß sogar bei einem Satz von 500 v. H. die Monats-Belastung des einzelnen Steuerpflichtigen wesentlich geringer ist als bei den 300 v. H. der Bürgersteuer von 1931. Da also die Gewährung der Reichsbeihilfe, die bei der Stadt Berlin ungefähr 80 Millionen Mark ausmacht, von der Erhebung dieses Steuersatzes von 500 v. H. abhängig gemacht wurde, mußte sich der Magistrat zu der Höhe dieses Steuersatzes entschließen. Ferner erforderte auch die Etats- und Kassenlage, mindestens diesen Steuersatz zu erheben, wenn man nicht in den nächsten Monaten erhebliche Ausfälle im Stadtsäckel haben wollte.

Die Neuregelung der Bürgersteuer bringt eine ganze Reihe von Veränderungen, die wichtig sind. Diese Steuer, die bisher in sechs Monatsraten erhoben wurde, ist nunmehr auf eine Jahressteuer umgestellt worden und gelangt vom 1. Januar ab in zwölf Monatsraten zur Erhebung. Bisher wurde für die Ehefrau zur Bürgersteuer ein Zuschlag von 50 v. H. erhoben. Dieser Zuschlag fällt nunmehr fort, so daß die Steuer für Verheiratete und Ledige in der gleichen Höhe zur Erhebung gelangt. Der einfache Satz der Bürgersteuer beträgt demnach genau wie bisher 6 Mark im Jahr, also im Monat 50 Pfennig, bis zu einem jährlichen Einkommen von 4500 Mark. Da nun der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung einen Steuersatz von 500 v. H. vorschlagen will, beträgt die monatliche Bürgersteuer das Fünffache des einfachen Steuersatzes, nämlich 2,50 Mark oder 30 Mark im Jahr.

Daß die Monatsbelastung des einzelnen Steuerpflichtigen bei einem Steuersatz von 500 v. H. tatsächlich geringer ist als bei einem Satz von 300 v. H., zeigt sich am besten, wenn man die bisherigen und künftigen Bürgersteuer-Zahlungen vergleicht. Nach den bisher geltenden Bestimmungen hätte der verheiratete Steuerpflichtige bei einem Jahreseinkommen von 4500 Mark monatlich 4,50 Mark (Ehemann drei Mark und Ehefrau 1,50 Mark) zu entrichten gehabt. Er wird aber vom 1. Januar ab bei einer Bürgersteuer von 500 v. H. nach den neuen Bestimmungen nur noch 2,50 Mark zu zahlen haben, da ja der Zuschlag für die Ehefrau fortfällt. Der ledige Steuerzahler hatte auf Grund der früheren gesetzlichen Bestimmungen bei einem Steuersatz von 300 v. H. 3 Mark zu zahlen, in Zukunft aber monatlich nur noch 2,50 Mark, so daß auch seine monatliche Steuerleistung herabgesetzt wird.

Interessant ist ferner der Vergleich zwischen der Jahresleistung von 1932 und der nunmehr in zwölf Monats-Raten zu zahlenden Bürgersteuer von 1933. Der verheiratete Steuerpflichtige hat im Jahre 1932 in den Monaten Januar bis Juni bei einem Jahreseinkommen von 4500 Mark rund 27 Mark bezahlt. Die Monate Juli bis September waren steuerfrei, aber für die letzten drei Monate hat er noch, die 25prozentige Ermäßigung für die Ehefrau abgerechnet, 6,75 Mark zu zahlen, so daß die gesamten Zahlungen der Bürgersteuer für ihn in diesem Jahre 33,75 Mark betragen. Seine Zahlungspflicht im Jahre 1933 beträgt aber bei einer Bürgersteuer von 500 v. H. nur noch 30 Mark. Anders ist es allerdings bei dem ledigen Steuerpflichtigen, der für das Jahr 1932 insgesamt 24,75 Mark zu zahlen hat, im nächsten Jahr aber ebenfalls 30 Mark. Für ihn wird sich also die Bürgersteuer 1933 gegenüber diesem Jahr etwas erhöhen.

Dieser Neuregelung der Bürgersteuer bei einem Jahreseinkommen von 4500 Mark entsprechend ändern sich die Steuerzahlungen bei den höheren Einkommen, und zwar:

von 4501— 6000 Mark = 45 Mark
von 6001— 8000 Mark = 60 Mark
von 8001—12000 Mark = 90 Mark usw.

Ferner ist zu beachten, daß auch die Einkommensgrenze, nach der die Bürgersteuer festgesetzt wird, eine Veränderung erfahren hat. Die bisherige Steuer-Freigrenze lag bisher einheitlich bei einem Jahreseinkommen von 500 Mark. In Zukunft wird sie örtlich verschieden sein, weil sie nach den Richtsätzen der öffentlichen Fürsorge festgesetzt werden wird. Das bedeutet für Berlin bei den gegenwärtigen Richtsätzen, daß die Freigrenze für ein kinderloses Ehepaar bei einem Jahreseinkommen von 612 Mark liegt, für ein Ehepaar mit zwei Kindern bei 924 Mark und für ein Ehepaar mit vier Kindern bei 1260 Mark.

Wieder nationalsozialistische Versammlungsstörungen

Der Kampf gegen die Deutschnationalen

Gestern abend kam es in mehreren deutschnationalen Versammlungen zu systematischen Störungen durch Nationalsozialisten. Die gegnerischen Versammlungsteilnehmer, die zum Teil in großer Zahl erschienen waren, lärmten und störten durch ununterbrochene Zwischenrufe so sehr, daß die Redner nicht weitersprechen konnten. Die Polizei mußte eingreifen und die Unruhestifter entfernen.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Tischbeinen und Biergläsern kam es bei der Versammlung im „Deutschen Hof", Luckauer Straße, bei der der deutschnationale Abgeordnete Mentz und Major a. D. von Sodenstern sprachen. Gleich nach Beginn der ersten Ansprache randalierten die 150 anwesenden Nationalsozialisten so sehr, daß der Saalschutz der Deutschnationalen „eingriff". Vier Nationalsozialisten wurden verletzt und von der Polizei zwangsgestellt.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Oberfohren wurde wiederum von Nationalsozialisten am Reden verhindert. In einer Versammlung in den Hohenzollern-Festsälen, Handelstraße, Moabit, störten Hitler-Leute durch Zwischenrufe und Schmähungen gegen den Redner so lange, bis die Polizei sie mit Gewalt aus dem Saal brachte. Mit dem Gummiknüppel mußten die Polizeibeamten in den Union-Festsälen, Greifswalder Straße 222, gegen nationalsozialistische Besucher vorgehen, um die Versammlung nicht auffliegen zu lassen.

In der Utrechter, Ecke Müllerstraße im Norden Berlins bildeten gestern abend etwa 150 Kommunisten einen Demonstrationszug, der Nieder-Rufe gegen die Regierung Papen ausbrachte. Das Ueberfallkommando zerstreute die Ansammlung und nahm einen Demonstranten fest. In der Schloßstraße warfen K.P.D.-Leute die Fensterscheiben der Wohnung eines Nationalsozialisten ein. Die Polizei lieferte drei Täter im Präsidium ein.

*

In Stuttgart wurden gestern nachmittag im K.P.D.-Waldheim Sillenbuch vierzig Kommunisten verhaftet, die angeblich einen Kursus veranstalteten. Da es sich um eine Veranstaltung hochverräterischen Charakters handeln soll, wurde das Heim ausgehoben.

Rittergutsbesitzer von Kriegsheim zu Gefängnis verurteilt. Der Fideikommißbesitzer und frühere Offizier im 3. Garde-Ulanen-Regiment Krafft von Kriegsheim auf Rittergut Barsikow im Kreise Ruppin hatte im November 1928 einen Berliner Herrn in Gegenwart von dessen Gattin vor einem Restaurant in der Lutherstraße von hinten überfallen und mit der Faust ins Auge geschlagen. Nur einem glücklichen Zufall war es zuzuschreiben, daß die Sehkraft des Auges erhalten werden konnte. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte den Angeklagten von Kriegsheim wegen hinterlistigen Ueberfalls und öffentlicher Beleidigung zu 2500 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf beiderseits eingelegte Berufung hat das Landgericht I, Berlin, jetzt den Rittergutsbesitzer von Kriegsheim wegen Körperverletzung zu drei Wochen Gefängnis und wegen öffentlicher Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen der erfolgten öffentlichen Beleidigung wurde dem Kläger die Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Angeklagten zugebilligt. Der Kläger wurde von der Widerklage der Körperverletzung und der Beleidigung freigesprochen. Das Urteil, welches nach neunstündiger Verhandlungsdauer vom Vorsitzenden, Landgerichtsrat Dr. Paulus, verkündet wurde, ist rechtskräftig, da auf Grund der neuen Notverordnung keine Revision eingelegt werden kann.

Neuer Leiter der politischen Polizei

Regierungsdirektor Kretzschmar berufen

Zum Leiter der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums ist der Oberregierungsrat Ernst Kretzschmar ernannt worden, dessen Berufung als Regierungsdirektor nach Berlin bereits in der Abendausgabe mitgeteilt wurde. Kretzschmar, der im 45. Lebensjahr steht, trat im Jahre 1914 als Regierungsassessor in die Polizeiverwaltung, wurde im Jahre 1921 zum Regierungsrat und fünf Jahre später zum Oberregierungsrat befördert. Bis zu der Umwälzung in Preußen war er dem Polizeipräsidium Bochum zugeteilt und wurde durch den kommissarischen preußischen Innenminister im Juli dieses Jahres mit der stellvertretenden Verwaltung des Polizeipräsidiums in Erfurt betraut.

Regierungsrat von Werder, der in der Zwischenzeit die Abteilung I vertretungsweise geleitet hatte und die Verantwortung für die vielumstrittene Durchsuchung des Reichstages trug, wird dem Vernehmen nach ständig die Stellvertretung des Leiters der Politischen Polizei innehaben.

Das Unterhaltungsblatt der

Vossischen Zeitung

enthielt im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Die goldene Maske ... von Ilse Molzahn
Die Akademikerin ... von Eva Schubring

Kinder in Gefahr

„Wieder vollzieht sich das Schauspiel einer bewundernswerten Organisation, die durch unsichtbare Befehle jeden Mann auf den Platz stellt, auf den er gehört", so steht im „Völkischen Beobachter" über den Potsdamer Reichsjugendtag der Nationalsozialisten zu lesen. Daß als Opfer der bewundernswerten Organisation 120 Jugendliche zwischen 11 und 16 Jahren halb verhungert oder schwer erschöpft in die Potsdamer Krankenhäuser eingeliefert werden mußten, wurde im gestrigen Abendblatt der „Vossischen Zeitung" berichtet. In dem Bericht des Hitler-Blatts fand sich davon nichts. Oder doch? Sein Vertreter hat sich im Postamt „Reichsjugendtag" Einblick in die Post der Kinder verschafft und teilt als „witzige Kleinigkeit" den Inhalt einer Karte mit:

„Liebe Mutter!
Wir sind hier soeben total verquetscht angekommen, aber es geht mir schon besser und besser!"

Es muß schon ziemlich schlimm gewesen sein, wenn ein Junge es den Eltern schreibt, denn alle Eltern wissen es: was ein rechter Junge ist, der beißt sich lieber die Zunge ab, ehe er sich zu Hause beklagt.

Aber sind die Kinder nicht für alles Ungemach entschädigt worden? Denn Hitler selbst hat, der „Angriff" behauptet es, in ihrer Mitte in dem großen Zelte übernachtet. Allerdings unsichtbar für den „Völkischen Beobachter", der nur zu melden weiß, daß Hitler Sonntag früh um 7 Uhr in der Zeltstadt eintraf und rund um die Zelte ging, obwohl er erst gegen 4 Uhr früh Ruhe fand. Denn bis dahin habe er sich um die Unterkunftsmöglichkeiten der Kinder „große Sorgen gemacht".

Es handelt sich um Kinder, und wir lehnen es ab, Kinder in den Parteistreit zu ziehen. Es ist Jugend, für die das große Treffen und die Nacht im Zelt in erster Linie ein Jungenserlebnis ist, in einer Zeit, da viele nicht mehr wissen, was eine Ferienreise ist. Viele kommen aus verarmten Familien und haben nicht die Ernährung, die das Wachstum fordert.

Hier liegt eine überparteiliche Verantwortung, eine staatliche Verpflichtung vor. Bei einem Massenaufgebot, das nach der Schätzung zwischen 50 000 und 120 000 Köpfen lag, sind Unglücksfälle unausbleiblich. Erwachsene gehen auf eigene Gefahr hin. Die Kinder haben Anspruch auf Schutz, die Kinder aller Parteien. Wenn schon 100 000 auf engen Raum versammelt werden müssen und die improvisierten Maßnahmen der Veranstalter, wie es gar nicht anders sein kann, versagen, müssen die staatlichen Aufsichtsstellen rechtzeitig, nämlich vorher, einspringen. Im Namen aller Eltern, die ihre Kinder vor Schaden behütet wissen wollen.

Urteilsbegründung im „Angriff"-Prozeß

Auch ohne Notverordnung — Gefängnisstrafen

Zu Beginn der Begründung des Urteils gegen die Angriff-Redakteure (das wir im Hauptblatt veröffentlichen), hob der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Löschhorn, hervor, daß der von den beiden Angeklagten, Dr. Julius Lippert und dem Lokalredakteur Krause, angetretene Wahrheitsbeweis mißlungen sei, ja, daß die Angeklagten bezüglich der Behauptung, Dr. Weiß sei bei verschiedenen Berliner Spielklubs Mitglied gewesen, den Wahrheitsbeweis überhaupt nicht erst angetreten hätten.

Der Vorsitzende ging dann die einzelnen Punkte, die zur Verhandlung standen, durch und kam auf Grund der Beweisaufnahme zu dem Ergebnis, daß weder an den Spielnächten in der Villa Krojanker, noch an den behaupteten Baukonzessionsschiebungen irgend etwas Wahres daran sei. Was den Spielerkomplex anfangte, so sei es nicht die Aufgabe des Gerichts gewesen, zu prüfen, ob die von der Polizei den Spielklubs gegenüber befolgte Praxis zweckmäßig sei, sondern nur, ob in der Durchführung dieser Praxis irgendwelche unlauteren Einflüsse von seiten des Dr. Weiß ausgeübt worden seien. Davon sei keine Rede gewesen.

Der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) stehe den Angeklagten nicht zur Seite, auch nicht dem Angeklagten Dr. Lippert, wenn er auch Stadtverordneter sei und daraus ein gewisses Interesse an den Berliner Polizeizuständen herleiten könnte. Die strafverschärfenden Bestimmungen der Ehrenschutz-Notverordnung hätten Anwendung finden müssen, da sowohl Dr. Weiß wie Grzesinski nach wie vor Personen des öffentlichen Lebens sind und deswegen besonderen Ehrenschutz verdienen. Beide seien ihrer Aemter nicht enthoben, sondern Grzesinski sei auf Wartegeld gesetzt, während Weiß beurlaubt sei.

Wenn für die Angeklagten geltend gemacht worden sei, daß sie sich bei der Aufstellung ihrer Behauptungen in entschuldbarem guten Glauben befunden hätten, so habe das Gericht dem nicht folgen können, denn für viele der Tatsachenbehauptungen, die in den Artikeln veröffentlicht sind, hätten sie nicht die geringsten Unterlagen gehabt. **Selbst wenn die Notverordnung nicht vorhanden wäre, hätte das Gericht Gefängnisstrafen gegen die Angeklagten ausgesprochen. Die Beschimpfungen in den Artikeln seien so roh und so wenig sauber,**

daß ganz scharfe Strafen notwendig seien, besonders gegen den Angeklagten Krause, der in der kurzen Zeit von zehn Monaten achtmal wegen Beleidigung vorbestraft ist.

Feiern um Solf

Dr. Wilhelm Solf, der frühere Staatssekretär und Japanbotschafter, wurde aus Anlaß seines siebzigsten Geburtstags vielfach gefeiert.

Die „Deutsche Gesellschaft", die der Jubilar im November 1914 unter dem Leitgedanken „Durchhalten und Umlernen" mitbegründet hatte, gab ihm am Montag ein Festbankett. Der Präsident der Gesellschaft, Minister a. D. Dr. Schiffer, überbrachte die Wünsche des Hauses und der zahlreich anwesenden Diplomaten. Nach ihm sprach der japanische Botschafter in Deutschland, Tsuzuki Obata. Mit Bewunderung erzählte er aus der achtjährigen Botschafterzeit Dr. Solfs in Japan. „Nach der Kriegszeit konnte die deutsche Regierung nur einen Diplomaten von großem Format als Vertreter ins Ausland entsenden. Dr. Solf hat durch seinen Takt und seine Liebenswürdigkeit, sowie sein Verständnis, das er Japan und dem japanischen Volk entgegenbrachte, die Verehrung meiner Landsleute gewonnen, so daß die Erinnerung an den Krieg bald gelöscht war. Es hat keinen Diplomaten in Tokio gegeben, der mehr Sinn für die japanische Kultur zeigte. Ich bin beauftragt, im Namen meiner Landsleute dem Geburtstagskinde unsere Wünsche zu überbringen."

Am Dienstag folgte eine Veranstaltung der „Gesellschaft für ostasiatische Kunst", deren Mitbegründer und Präsident Solf ist. Der zweite Vorsitzende Dr. h. c. Herbert von Klemperer fand zu Herzen gehende Worte der Freundschaft und des Dankes für den Führer der Ostasienfreunde. Im Auftrage des „Japan-Instituts" sprach Geheimrat Haber. Die Wünsche für den „Verband für den Fernen Osten", sowie für den „Ostasienverein", Hamburg-Bremen, überbrachte Staatsminister a. D. Dr. Boelitz. Der Direktor des ostasiatischen Museums in Berlin, Professor Dr. Otto Kümmel, hielt den Festvortrag. b. fr.

*

Der Reichspräsident und Reichskanzler von Papen im Namen der Reichsregierung haben Botschafter Solf ihre herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

Geständnis vor Gericht. Wegen Vergehens gegen die Devisennotverordnung stand vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte der 56jährige Berliner Privatbankier R., dem zur Last gelegt wurde, für 1,7 Millionen Mark Effekten aus ausländischem Besitz in Deutschland verkauft und den Erlös ins Ausland zurückgeschafft zu haben. Der Angeklagte legte vor Gericht, nachdem er bisher bestritten hatte, sich schuldig gemacht zu haben, ein Geständnis ab. Das Schnellschöffengericht verurteilte R. zu 1½ Jahren Gefängnis und 20000 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde die Beschlagnahme seines Vermögens ausgesprochen.

Motorraddiebe festgenommen. Fünf junge Leute wurden gestern in der Zimmerstraße festgenommen unter dem Verdacht, einer Bande von Dieben und Hehlern anzugehören. Im Hause Zimmerstraße 57 stellte ein Bewohner in der letzten Zeit regelmäßig Motorräder unter. Die Marken und Größen dieser Räder wechselten ständig, so daß ein Mieter Verdacht schöpfte. Gestern stellte er fest, daß in der Nacht eine Maschine mit Beiwagen angekommen war, deren Nummer als die eines gestohlenen Rades gemeldet war. Daraufhin alarmierte er einige Bekannte, die warteten, bis drei junge Leute erschienen, die die Maschine abholen wollten. Das Ueberfallkommando wurde alarmiert, und die drei Männer wurden festgenommen, ebenso zwei Bekannte von ihnen, die sich kurz nach dem Vorfall im Hause nach den Verdächtigen erkundigten.

Kein Drachensteigen über der „Dela"! Der Polizeipräsident hat angeordnet, daß für die Dauer der Deutschen Luftsportausstellung das Drachensteigen in der Umgebung des Ausstellungsgeländes Witzleben unterbleiben muß. Da jetzt häufig über dem Gelände fliegerische Darbietungen stattfinden, besteht die Gefahr, daß die Drachen in die Flugzeuge geraten und unter Umständen die Apparate gefährden. Vom 1. 10. bis 23. 10. ist daher das Steigenlassen von Drachen in der unmittelbaren Nähe der Ausstellung verboten.

Der neue Ullstein-ABC-Fahrplan (Ausgabe Winter 1932) ist da! Bequem im Format, reichhaltig wie immer, enthält er wieder die besten Verbindungen von und nach Berlin. Mit einem Blick sieht man Abfahrt- und Ankunft-Zeiten, Entfernungen, Fahrtdauer und Fahrpreise. Für 75 Pfennig überall zu haben.

Rechtsnot in Deutschland

Die gefährlichen Wirkungen der Notverordnungspolitik auf dem Gebiete des Rechts waren Anlaß und Thema einer von der Liga für Menschenrechte ins ehemalige Herrenhaus einberufenen Versammlung, in der alle Redner — und es waren so viele, daß aus dem Abend Mitternacht wurde — in der Feststellung übereinstimmten, daß die Fundamente des Rechts zugleich mit denen der Verfassung aufs schwerste erschüttert worden sind. Der thüringische Ministerialdirektor Dr. Brill wies darauf hin, daß der Artikel 48 unter Eberts Präsidentschaft niemals eine ähnliche Ausdehnung erfahren habe, da seine Anwendung damals zeitlich begrenzt war und Eingriffe in die Gesetzgebung auf Grund parlamentarischer Ermächtigung erfolgten. Heute aber ermächtige sich die Regierung selbst zu Gesetzesänderungen, die vor keinem Gebiete des Rechts haltmachen.

Professor Dr. Sinzheimer-Frankfurt, ein Mitschöpfer des deutschen Tarifrechts, wandte sich gegen die Bedrohung des kollektiven Arbeitsrechts, das im Artikel 165 der Verfassung eindeutig festgelegt worden sei. Es sei dort keine Rede von einer „Friedenspflicht" der Gewerkschaften bei Eingriffen in die Tarife, auch wenn diese Eingriffe von der Staatsgewalt ausgehen. Die jüngste Verordnung gegen das Streikrecht widerspreche den Grundgedanken des Arbeitsrechts, das den Aufbau des deutschen Staats und der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege erst ermöglicht habe.

Die Rechtsnot im engeren Sinne, die Not des Angeklagten und der Justiz, behandelte R.-A. Rudolf Olden. Diese Not sei vor allem durch Mangel an Rechtsgefühl verschuldet, das im deutschen Volke erst erweckt werden müsse, ehe man das bedrohte Recht wiederaufrichten könne.

Schwere Verkehrsunfälle. Gestern nachmittag geriet in Lichterfelde der sechszehnjährige Sohn Helmuth des Ministerialamtmanns Schmidt aus Zehlendorf, Begasstraße 14, in der Ringstraße unter einen Lastwagen und wurde überfahren. Der Verunglückte wurde ins Ritberg-Krankenhaus gebracht, wo er den schweren inneren Verletzungen erlag. — Vor dem Hause Mittenwalder Straße 13 wurde gestern mittag die vierjährige Ilona Nowitzki von einem Lastauto überfahren und lebensgefährlich verletzt.

Verfehlungen eines Sparkassenbeamten. Unterschlagungen eines Berliner Stadtsekretärs wurden in der Nebenstelle Grünau des Bezirksamts Köpenick aufgedeckt. Der Stadtsekretär Rudolf G. hat im Lauf der letzten zwei Jahre 6000 Mark Sparkassengelder dadurch unterschlagen, daß er aus der Kasse Beträge entnahm und diese Summen auf Einlegerkonten abschrieb. Der Beamte, der inzwischen nach Wohnsdorf versetzt war, ist nach Bekanntwerden der Verfehlungen suspendiert worden. Ein Strafverfahren ist eingeleitet. Die Unterschlagungen wurden entdeckt, als eine Sparerin einen Betrag abheben wollte, den ihr Konto gar nicht mehr aufwies.

102 Jahre alt. Heute begeht Frau Johanna Heimann, geb. Hoffbauer, ihren 102. Geburtstag. Mit einem kleinen feinen Spitzenhäubchen auf dem Scheitel liegt die Greisin in ihrem Bett und freut sich über jeden Gratulanten, über jedes Geschenk und jeden Blumenstrauß. „Wunderschön", stammelt sie und will die vielen Rosen, die man ihr gebracht hat, ganz dicht bei sich haben. Sie stammt aus Bünde in Westfalen. Von ihrer Heimat und Jugendzeit erzählt sie gar zu gern. Vor mehr als 50 Jahren ist sie die fleißige und tüchtige Inhaberin einer Fremdenpension in Bad Pyrmont gewesen. Drei Söhne und eine Tochter hat sie überlebt und singt heute ganz munter und aufgeräumt ihr 103. Lebensjahr an.

Ueberfall auf eine Frau. Am Königsgraben in Marienfelde wurde abends zwischen 7 und 8 Uhr die Frau eines Kaufmanns von einem jungen Burschen angefallen und vergewaltigt. Der Täter raubte seinem Opfer Halskette, Ring und die Barschaft von 70 Mark und entkam unerkannt.

Zunahme des Philologiestudiums. Nach der neuesten Statistik, die im letzten „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen" enthalten ist, haben im Universitätsjahr 1931/32 insgesamt 2772 Studenten und Studentinnen sich zur Prüfung in den Schulwissenschaften gemeldet, während es im Vorjahr „nur" 2122 waren. Von den 2657, die in die Prüfung eintraten, fielen 893 durch, 1930/31 von 1992 563; der Ausfall ist also ungünstiger geworden: im Vorjahr haben 28 v. H. die Prüfung nicht bestanden, in diesem 33 v. H. Am meisten hat das Studium der Naturwissenschaften zugenommen, nämlich um 37 v. H., bei den Studentinnen um fast 40 v. H.; dann folgen Französisch und Englisch mit 32. Die wenigsten absolvierten Zahlen zeigen die klassischen Sprachen: sie wurden im Vorjahr von 49, in diesem von 61 studiert. Die Studentinnen schnitten in beiden Jahren besser ab als ihre Kommilitonen; und zwar blieb das Verhältnis ungefähr das gleiche. Während nämlich 1930/31 von den Damen nur 24, 1931/32 nur 28 v. H. ihr Ziel nicht erreichten, waren es auf der männlichen Seite 30 bzw. 36 v. H.

Gfug von Gassendorf wieder tätig

Autodiebstahl, Rauschgifthandel, Heiratsschwindel

Ein Haftbefehl ist wieder gegen den bekannten Schwindler und Autodieb Baron Hinrich Gfug von Gassendorf ergangen. Gassendorf wurde im Jahre 1930 wegen Autodiebstählen, die er in großzügiger Weise betrieb, festgenommen und verurteilt. Jetzt ist die Polizei neuen Straftaten auf die Spur gekommen.

Durch seinen Verkehr in Rennsportkreisen, in denen er als Rittmeister a. D. auftrat, beschaffte er sich erhebliche Quantitäten von Rauschgift, das zum Dumping von Pferden verwendet werden sollte. Mit diesem Mittel rüstete er eine Dame aus, die sich in den Straßen des Westens an den Betrieb machte. Da diese Beauftragte schon seit längerer Zeit von der Polizei beobachtet wurde, gelang schnell die Festnahme Gassendorfs bei einer Verabredung in einem Café. Die Frau beobachtete die Szene, flüchtete und stürzte sich in ihrer Aufregung in die Spree. Sie wurde gerettet und eingehend vernommen, wobei sie die Geschäfte mit Gassendorf gestand.

Der Baron war inzwischen von der Polizei entlassen worden. Angeigen junger Mädchen, denen ein „Herrenreiter" Geldbeträge entlockt und dafür die Ehe versprochen hatte, zeigten der Polizei, daß Gassendorf wieder tätig ist.

Die N.S.D.A.P. in der Schule. Das preußische Kultusministerium stellt in einem neuen Erlaß fest, daß die Teilnahme an einer Jugendorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht verboten ist.

Das Haus der amerikanischen Kolonie. Vor wenigen Wochen erst begannen die Mitglieder der amerikanischen Kolonie ihr Haus in der Moßstraße 6 zu renovieren. Nach der Sitte ihrer Heimat legten alle selbst Hand an. Nun ist alles fix und fertig, Treppenhaus, der schöne neue Tagesraum für die amerikanischen Studenten und ihre Freunde und die Wohnung des Geistlichen, Reverend Eduart Turner, glänzen im Schmuck heller Farben, neuer Vorhänge, frisch gezimmerter Möbel, die durch schöne antike Stücke ergänzt sind. Um das Haus neu einzuweihen, lud der Geistliche seine Landsleute zu gestern abend ein. Mit Geschenken beladen, kam die ganze Kolonie, unter der sich auch viele Mitglieder der amerikanischen Botschaft befanden, an. Konsul Raymond Geist sprach die Glückwünsche der Amerikaner aus und dankte auch im Namen des Hausherrn sämtlichen Anwesenden für ihre Hilfe.

Englische M Ps bereisen Deutschland. Die „Wirtschaftspolitische Vereinigung", die schon mehrfach Parlamentarier anderer Länder zu Studienfahrten durch Deutschland eingeladen hat, führt in diesen Tagen fünf weibliche Mitglieder des englischen Unterhauses in deutsche soziale Verhältnisse ein. Es sind die ausgezeichnete Rednerin Miß Horsbrough, die Hon. Mary Pickford, das einzige weibliche Mitglied der Indienkommission, die gerade von einer mehrmonatigen Reise durch Indien zurückgekehrt ist, Mrs. Shaw, Miß Irene Ward und Miß Thelma Cazalet. Die Engländerinnen besuchten mit der Leiterin der Wirtschaftspolitischen Vereini-

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

Die Berchtesgadener kommen! Am Freitag, dem 7. Oktober 1932, findet im Lunaepalast „Alan" ein „Berchtesgadener Abend" statt, der von der Kurdirektion Berchtesgaden veranstaltet wird. An diesem Abend werden von einer Berchtesgadener Sänger- und Schuhplattlergruppe alte, echte Berchtesgadener Volkslieder vorgetragen und Schuhplattlertänze getanzt. Der 1. Bürgermeister von Berchtesgaden, Herr Seiberl, und Kurdirektor Link werden Begrüßungsworte sprechen. Herrliche Lichtbilder und ein Winterfilm zeigen die Schönheit des Berchtesgadener Landes. Daneben wird Gelegenheit sein, einen Gulschein für sieben Uebernachtungen mit Frühstück in Berchtesgaden im Winter, Frühjahr oder Herbst zu gewinnen.

Der Z. G.-Stand auf der Ausstellung „Zurück zum Handwerk", Zoo, Berlin. Einmal die ausgezeichneten Wolle, Seide- und wettrechten Jubiläumsstoffe, dann die Calan-Gruppe sollte im Hinblick auf die Winterausstellung ganz besonders das Interesse der Ausstellungsbesucher finden. Waren, die auf Grund unserer Erfahrungen leicht von Mottenfraß bedroht sind, werden dadurch bereits in der Fabrikation chemisch so behandelt, daß sie für die Motten wolkommen ungenießbar und damit durch Mottenfraß unzerstörbar sind. Die Calan-Gruppe bildet gewissermaßen den Ausblick zu einer Calan-Werbung der Berliner Geschäfte, welche in der Zeit vom 7. bis 12. 11. veranstaltet wird. Die Besucher der Ausstellung dürften bei ihren nächsten Wintereinkäufen vor allem auch Calan-Waren fragen, weil sie hier eine Gewähr für einen Dauerschutz haben, wie er von keinem der bisher üblichen Mottenbekämpfungsmittel erreicht wurde. Auch auf die mit Kamasit der J. G. imprägnierten Stoffe ist außerdem gewacht, die sich vor allem für Regenmäntel und Sportanzüge auf eignen. Durch die Kamasit-Imprägnierung werden die betreffenden Stoffe wasserabstoßend, so daß sie zugleich so außerordentlich wie jedes gewöhnliche Gewebe, so daß sie eigentlich für jede Art von Oberkleidung in Frage kommen.

Jubiläums-Verkauf

40 Jahre Kaufhaus

Aus Anlaß unseres 40jähr. Bestehens der große Jubiläumsverkauf

Dieser Verkauf wird mehr sein als irgendeine Sonderveranstaltung. Er wird Ihnen die niedrigsten Preise des Jahres bringen, denn unser Bestreben geht dahin, das Vertrauen aller zu gewinnen und es für immer zu befestigen. Wenn Ihnen unser Wort etwas gilt, dann besuchen Sie uns in der kommenden Woche

WILHELM JOSEPH

BERLIN-SCHÖNEBERG — HAUPTSTRASSE 163

gung, Frau Margarete Gärtner, im Saargebiet Wohnsiedlungen, Wohlfahrtseinrichtungen, Berg- und Eisenwerke; sie waren auch auf Besitzungen eingesessener Familien zu Gast, so bei Papens auf Wallersangen. Ein Tee-Empfang im Esplanade sollte dann den Parlamentariern Gelegenheit geben, mit Berliner prominenten Persönlichkeiten aus Industrie, Wirtschaft, Diplomatie und Sozialarbeit zusammenzukommen. Am Dienstag folgt ein Empfang bei Oberbürgermeister Dr. Sahm; dann sollen im Laufe der nächsten Tage, weitere Besichtigungen in Berlin stattfinden.

Die Flucht aus der Kirche

1931: fast 80 000 Austrittserklärungen

Nach den soeben bekanntgegebenen statistischen Erhebungen betrug die Zahl der bei den Berliner Amtsgerichten im Jahre 1931 abgegebenen Kirchenaustrittserklärungen 79 274 gegen 66 635 im Jahre 1930. Das entspricht einer Zunahme von 19 v.H.

Die stärksten Verluste hatte die evangelische Kirche. 71 102 Menschen haben ihr im letzten Jahre den Rücken gekehrt gegen 59 255 im Jahre 1930, 50 490 im Jahre 1929 und 46 030 im Jahre 1928. Sicher hat die Wirtschaftskrise großen Anteil an diesen Verlusten. Das geht aus folgenden Vergleichsziffern hervor: Sehen wir im Jahre 1928 die Zahl der Austritte mit 100 an, dann ergeben sich für 1929 fast 110, 1930 fast 129 und 1931 über 154.

Geringer sind die Verluste der Katholiken. Sie betrugen 1931: 7450 gegen 6794 im Jahre 1930, 6570 im Jahre 1929 und 5595 im Jahre 1928. Wenngleich die Steigerung gegenüber 1928 immerhin 33 v.H. beträgt, ist sie nicht so sprunghaft; vor allem ist die Spanne zwischen 1930 und 1931 nur 9,7 v. H. gegen 20 v.H. bei den Protestanten.

Die jüdische Austrittsziffer war in den letzten Jahren ungefähr konstant gewesen: 1927: 559, 1928: 556, 1929: 579, 1930: 586. Sie sprang im vergangenen Jahre auf 722, ist also um 23 v.H. höher als die Ziffer von 1930, und der Zuwachs übersteigt somit den protestantischen.

Ich-Bewußtsein und Gott-Bewußtsein. In der Sufi-Bewegung trug Helene Wagner einige Gedanken über den Sinn des Menschenlebens vor. Der wahre Sinn unseres Daseins wird durch materielles Leben überschattet und verschüttet. Die Offenbarung Gottes in der Welt, die Wandlung des Menschen vom Ich-Bewußtsein zum Gott-Bewußtsein ist der innere heilige Zweck des scheinbar zwecklosen Geschehens. Ein Weg hierzu ist das Wissen; aber nicht das erlernbare, sondern das innere Wissen, die Ahnung des Blutes und der Zelle, die vor zahllosen Millionen Jahren den Hauch des Schöpfers empfangen. So gelangt der Mensch zur All-Schau, denn er steigt von der Wurm-Perspektive zur Höhe der Gott-Perspektive auf. Er muß das Gedachte erleben und das Wissen um das Göttliche im Menschen wandeln in Sein. Dann erwirkt er die Harmonie, den Gleichklang von innerem und äußerem Erleben, das wahre göttliche Sein.

Welt-Tierschutztag in Berlin. Zur Feier des Welt-Tierschutztages versammelten sich die Berliner Tierschützer um den „Vater des Tierschutztages", Heinrich Zimmermann, den Vorsitzenden der Vereinigung der Katzenfreunde Deutschlands. Er schilderte die Entwicklung der deutschen Bewegung, einen Tag im Jahre den Tieren zu widmen, bis zur internationalen Anerkennung des Welt-Tierschutztages durch den Internationalen Tierschutz-Kongreß in Florenz, im Sommer 1931. „Tierschutz in der Großstadt" war das Thema, das der erste Vorsitzende der Pferdeschutz-Vereinigung, Dr. Henninger, behandelte. Dann lasen die Dichter zu Wort: Rudolf Presber mit humorvollen Tiergedichten und Paul Eipper mit einer Ansprache über „Tierliebe", in der er gegen Sentimentalität und Vermenschlichung der Tiere zu Felde zog. Walter Doerry rezitierte, Gedichte von Franciscus Kauffmann sang schönste Tierlieder, die Pianistin Maria Koerfer spielte und der Sprechchor der Jugendgruppe des Deutschen Tierschutz-Vereins legte unter Leitung von Margarete Rüß ein besonders rührendes Bekenntnis zum Tierschutz ab.

SPORT / SPIEL UND TURNEN

SCHRIFTLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Siege der Spitzenfahrer

beim gestrigen Trabrennen in Mariendorf

Trotz der ungemütlichen Witterung war ein Nachlassen des Sports in Mariendorf gestern nicht zu spüren. Nur sollte man nun endgültig den Beginn der Trabrennen auf eine frühere Stunde ansetzen. Im Vordergrund standen, wie üblich, die Spitzenfahrer. Champion Charlie Mills, der nun schon den 159. Jahressieg erzielte, holte sich wieder einen Doppelerfolg, und zwar mit der überlegen siebzehn Gegner hinter sich lassenden Gloffy Silf, einer vielversprechenden Dreijährigen, und deren Altersgefährten Blanker Hans, der die Favoritenwetten durch wiederholte Sprünge in Aufregung versetzte und mit knappem Vorsprung vor Albrecht der Bär das Ziel erreichte.

Hühnschen Frömming beendete seine Pechsträhne gleichfalls mit zwei Siegen. Er steuerte den schnellen Italiäner Nero, der eben erst in Hamburger Besitz übergegangen ist, zu einem höchst eindrucksvollen Siege in der internationalen Prüfung. Da Nero nicht als Starter angegeben war und infolgedessen ohne Wetten lief, galt für den Totalisator Don José als Sieger. Auf den bayrischen Hengst kam die stattliche Quote von 237 : 10 zur Auszahlung. Seinen zweiten Sieg holte sich Frömming mit der zweijährigen Mulle. Die Stute kam diesmal fehlerlos über die Bahn, hätte jedoch wahrscheinlich in Semper fidelis einen Bezwinger gefunden, wenn dieser nicht nach dem Start in eine lange Galoppade verfallen und disqualifiziert worden wäre.

Der junge Zauß schließlich legte auf zwei Rennen mit Ostara und Ada Beschlag. Im Lichte der Mariendorfer Tiefstrahler pflegt auch sein Licht meist zu leuchten.

Alta-Donovan-Rennen (1350 M, 2100 Meter): 1. G. Rodes Gloffy Silf (Ch. Mills). 2. Präsident. 3. Broken. 4. Alfeburg. Ferner: Agnes R., Mary B., Antonia, Quintia, Aralinda, Wildtaube, Pankgraf, Grossblume, Garde du Corps, Duncan, Mister Peter, Tausendkünstler, Cros, Schstruk, Ulf. 3—10 Lg. Tot.: 17 (Italienischer: 80). Pl.: 13, 18, 17, 30. — Lord-Wingen-Rennen (1350 M, 1500 Meter): 1. Stall Runkels Mirabelle (J. Mills). 2. Dolly. 3. Marienfäfer. Ferner: Athene, Aristides, Helen Forbes, Alfea, Fanal. 1—1 Lg. Tot.: 28 (51). Pl.: 18, 19, 19. — Fronto-Rennen (1350 M, 2000 Meter): 1. Gestüt Falkenhagens Blanker Hans (Ch. Mills). 2. Albrecht der Bär. 3. Peter Nurmi. 4. Ohlendorf. Ferner: Delegation, Patrizier, Parole, Huberto, Eité, Wallenstein, Elfenbein, Dattel, Janina. ¾—½ Lg. Tot.: 37 (112). Pl.: 11, 21, 14, 14. — Morin-Rennen (1650 M, 2400 Meter): 1. G. Paulus' Don José (Ebert). 2. Lindowgold. 3. Edward. 4. Königsadler. Ferner: Nierspeele, Herzog Louis, Corbula, Antwort, Britton, Prechtmädels Tochter, Nero (L. o. W.). Duchess, Ora Leuburn. 1—1 Lg. Tot.: 237 (62). Pl.: 25, 18, 23, 26. — Albrecht-Dürer-Rennen (1350 M, 2000 Meter): 1. M. Behrens' Ostara (Zauß jr.). 2. Charis. 3. Vlt. 4. Samson. Ferner: Kitty K. (S. disqu., 80 v. H. Pl. jur.), Stephan, Berolina, Rote Pruten, Terra, Quäker, Peterfile, Theseus, Irmgard R., Zitadelle. 4—8 Lg. Tot.: 30 (53). Pl.: 15, 15, 35, 19. Doppelwette Blanker Hans-Ostara 54. — Harvester-Abbeß-Rennen (1350 M, 1300 Meter): 1. Stall Oberrosens Mella (Kreuzberg). 2. Ellipse. 3. Kenia. Ferner: Kulogroph, Wolfsfreund, Jettchen, Meister, Osterbote, Mailand, Semper fidelis. 10—2 Lg. Tot.: 34 (51). Pl.: 18, 21, 35. — Preis von Lindenhof (Chrenpreis und 1350 M, 2500 Meter): 1. Dr. Chr. Kannes Pluie (Perl). 2. Berlhöfter. 3. Heiderin. Ferner: Perseus, Ingara, Pedonia, Orient, Edelmeister, Fata Morgana, Cortez, Costa Rica. ¾—¾ Lg. Tot.: 91 (49). Pl.: 30, 17, 21. — Adele-Rennen (1350 M, 2500 Meter): 1. Gebr. Kannes Adio (Zauß jr.). 2. Bandit. 3. Dr. Heinrich D. Ferner: Dorothea, Ovation, Hanko, Hexenmeister, Jenny Lind. ¾—½ Lg. Tot.: 30 (45). Pl.: 12, 11, 15. — Preis von Paulinenaue (1350 M, 2400 Meter): 1. Frau A. Wilions Blaustrumpf (Menenfeld). 2. Mimosa. 3. Heurelia. 4. Wehsitto. Ferner: Johannisnacht, Pelmette, Kreuzträger, Nelly Arnold, Tullio, Passier, Marone, Möglich, Echtein. 1—½ Lg. Tot.: 70 (55). Pl.: 17, 16, 15, 29.

Laotse vor einer schweren Aufgabe

Unser bester älterer Flieger, der fünfjährige Laotse des Stalles Landswerth, tritt heute die Reise nach Paris an, wo er bis zu seinem Start am Montag in Maisons-Laffitte einen Box beziehen wird. Laotse trifft im Prix de Seine-et-Oise, der mit 50 000 Franken ausgestattet ist, und in Saint-Cloud über 1300 Meter der geraden Bahn gelaufen wird, mit einigen der schnellsten Zweijährigen sowie erprobten älteren Fliegern zusammen. Der deutsche Vollblüter hat das Höchstgewicht von 65 Kilogramm zu tragen, mit der gleichen Bürde ist auch der vorzügliche vierjährige Tapinois (A. Nabbe) belastet, Der vorjährige Sieger Clarawood (E) und Orbite (B. Johnstone), die beide je 63½ Kilogramm tragen, vertreten, sonst noch die älteren Jahrgänge. Der Derbyjährgang ist durch so schnelle Pferde wie Present (R. Brethes), Furroth Sinar (F. Herve), Monsieur Jean (A. Cheret) und Miß Teddy (E) vertreten, während von den Zweijährigen folgende Pferde an den Ablauf gehen sollen: Regundo (C. Elliott), Asterisk (H. Semblat), Commandeur (W. Sibbritt), La Souriciere (E), Claris (L. Robson) und Finnoise (G. Duforeg).

40 Siege des Clubs

Ein gutes Jahr für die Groß-Berliner Ruder-Vereine

Der deutsche Rudersport hat sich im Jahre 1932 trotz der wirtschaftlichen Hemmnisse besser als je durchsetzen können. Das bezeugen die großen Erfolge des Berliner Ruder-Clubs in Henley und in Long Beach. Es ist zu erkennen, daß die langjährige Vormachtstellung der Mannheimer Amicitia gebrochen ist. Die gesunde Rivalität zwischen Nord und Süd ist zugunsten der hauptstädtischen Ruderer entschieden worden. Dafür sprechen auch die Meisterschaftserfolge im Vierer ohne Steuermann durch den Spindlersfelder R. A. Sturmvogel und im Riemen-Zweier durch den R. A. am Wannsee.

An erster Stelle steht der Club mit über 40 ersten Plätzen. Besonders hervorzuheben sind seine Siege im Grünauer Kaiser-Vierer, Drei-Städte-Achter, Hamburger Senats-Achter, Henley-Einer und Olympia-Vierer. Der R. A. am Wannsee nimmt mit über 20 Siegen, darunter die Meisterschaft im Vierer ohne Steuermann, den zweiten Platz ein. Ihm folgen Hellas und Wiking mit je 17. Spindlersfelder Sturmvogel konnte es bei verhältnismäßig wenigen Starts auf insgesamt 10 Erfolge bringen. Die Meisterschaft im Vierer ohne St. verdient besonders hervorgehoben zu werden. Insgesamt sind in der verflossenen Kampfsaison von ungefähr 30 Groß-Berliner Vereinen rund 200 Siege errungen worden.

Allerlei von Ueberall

Im Berliner Schachverein von 1876 beginnt das Winterkurnier am 13. Oktober. Meldungen werden bis Donnerstag, den 6. Oktober, im Vereinslokal, Café König, Unter den Linden, Ecke Friedrichstraße, angenommen. Außerdem veranstaltet der Verein ein Probekurnier für seine Mitglieder.

Oberschlesien verliert seine beiden Meisterschwimmerinnen gleich auf einmal. Fräulein Kotulla übersiedelt nach Breslau, wo sie für den V.C.B. Breslau starten wird. Fräulein Salbert ist nach Stuttgart verzogen. Sie beabsichtigt, vorläufig keinem Verein beizutreten.

Das Kaufhaus Wilhelm Joseph, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 163, begeht dieser Tage sein 40jähriges Geschäfts-Jubiläum. Man darf feststellen, daß das Haus Wilhelm Joseph weit über Schöneberg hinaus sich sein Kundenpublikum Achtung und Ansehen verschafft hat und sich zu allen Zeiten Neuheiten regen Zuspruchs erfreut. Um auch äußerlich den Tag des 40jährigen Bestehens zu dokumentieren, hat die Firma eine neuzeitliche, zeitgemäße Umgestaltung ihrer Augenfront mit modernen Schaufenteranlagen vorgenommen, die in ihrer schlichten Form das Merkmal dafür sein soll, daß hinter ihren Mauern der solide und zugleich fortschrittliche Kaufmannssinn seine Pflege findet.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Kleine Familienanzeigen

Verlobt: *Eva-Gertrude Wiegandt mit Fred Kellner-von Bergen, Leipzig—Bremen · Dolly Nullmeyer mit Karl Daniel Millies, Kiel—Altona · Nesta Kosterlitz mit Fritz Fogl, Frankfurt a. M. — Magdeburg · Margrit Günzburger mit Werner Weyl, Pforzheim — Heidelberg · Betty Ahrens mit Rechtsanwalt Dr. Heinz Salfeld, Frankfurt a. M. · Esther Klein mit Hermann Löwenthal, Frankfurt a. M.—Straßburg.*

Vermählt: *Regierungspräsident Dr. jur. Heinrich Brand und Frau Annemarie, geb. Schaefer, Kassel · Dr. med. dent. Wilhelm Stein und Frau Erika, geb. Bergmann, Frankfurt a. M.—Leipzig · Hans Georg Bauer und Frau Luise, geb. Gebhardt, Nürnberg · Fritz Lüders und Frau Adele, geb. Weber, Leipzig—Bad Kissingen · Diplom-Volkswirt Walter Trentzsch und Frau Marga, geb. Hansen, Hannover · Hans Schröder und Frau Hilde, geb. Thöne, Shanghai · Hendrik Beckeringh und Frau Annie, geb. Otte, Groningen (Holland) · Dr. Eduard Bornemann u. Frau Doris, geb. Wucherer, Frankfurt a. M. · Dietrich Michalowsky und Frau Irmgard, geb. v. Schickfuß, Hamburg · Willy Kaesch und Frau Marga, geb. Meinecke, Köln.*

Geboren ein Sohn: *Dr. Hans Weil und Frau Alice, geb. Franz, Mannheim · Hans Tauer und Frau Johanna, geb. Kleeberg, Leipzig · Eine Tochter: Richard Apfel und Frau Liesl, geb. Federlein, Nürnberg · Kurt Eccarius und Frau Marianne, geb. Krüger, Hamburg · E. Siefert und Frau, geb. Scheller, Hamburg · Dr. med. Sauerländer und Frau Carola, geb. Löns, Dortmund*

Gestorben: *Rittmeister d. L. a. D. Walter Hasenclever, Remscheid-Lennep · Sanitätsrat Dr. med. August Bremer, Wuppertal-Elberfeld · Frau Geheimrat Olga Scheuer, geb. Scherer, 74 Jahre alt, Aachen · Michael Förster, 75 Jahre alt, Behringersdorf · Josef Freund, Nürnberg · Johann Getsberger, München · Schauspieler und Regisseur Max Nadler, München · Frau verw. Kommerzienrat Hettie E. Callweey, München · Rechtsanwalt und Notar Dr. Dillmann, München · Frau verw. Oberlandesgerichtsrat Rosa Zahnle, 70 Jahre alt, Mitterhof-Törwang · Kunstmaler Wilhelm Schreyer, München · Generalkonsul Karl Stollwerck, 79 Jahre alt, Hohenfried (Bayern) · Fabrikbesitzer Robert Weyrauch, 79 Jahre alt, München · Lodz · Sanitätsrat Dr. Albert Wiedemann, München · Frau Pauline Salzmann, geb. Näther, 79 Jahre alt, Leipzig · Friedrich Brückner, 77 Jahre alt, Leipzig · Oberingenieur Rudolf Friese, Leipzig · Oberpostinspektor a. W. Max Goldschmidt, Gautzsch bei Leipzig · Dr. phil. Fritz Hartmann, 93 Jahre alt, Hannover · Frau Susanne Meißner, geb. Jungblut, 81 Jahre alt, Hannover · Frau Sophie Weber, geb. Büsche, 74 Jahre alt, Hannover · Frau Helene Mathiesen, geb. Stief, 79 Jahre alt, Altona · Rektor i. R., Dr. rer. pol. Hans Erichsen, Wandsbek · Max Wiesenthal, 71 Jahre alt, Hamburg · Frau verwitw. Karl Schmidt, geb. Berta Liebau, 77 Jahre alt, Dortmund · Kaufmann Max Sperhake, Dortmund · Odette Wallach, Frankfurt a. M. · Moritz Ochs, 79 Jahre alt, Frankfurt a. M.*

Am 1. Oktober entschlief unerwartet mein Vater,

Geheimer Justizrat

Paul Landé

Landgerichtsdirektor i. R.

kurz vor Vollendung seines 75. Lebensjahres.

Die Bestattung hat auf seinen Wunsch im engen Familienkreise stattgefunden.

Berlin SW68, Kochstraße 66, den 5. Oktober 1932.

Im Namen der Angehörigen: **Walter Landé**

Nach langem, mit unendlicher Geduld ertragenem Leiden ist am Sonntag, dem 2. Oktober 1932, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager, Herr

Leopold Domnauer

im 72. Lebensjahr verschieden.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Hans Domnauer und Frau Wanda geb. v. Tucholka

Charlottenburg, den 6. Oktober 1932

Kaiserdamm 98

Auf Wunsch des Entschlafenen hat die Beisetzung in aller Stille stattgefunden. Kondolenzbesuche dankend verbeten.

Unterrichts-Anzeigen

Pädagogium
Waldsieversdorf
ab Sexta. Kleine Klassen. Freiprosp.

MUSIK
Die reichsamtlich genehmigte Stelle, die kostenlos Musik-Lehrkräfte jeder Art nachweist, ist die Unterrichtsvermittlung des Berliner Tonkünstler-Vereins (Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer E. V.), W 57, Zietenstraße 27, Kurfürst 3865. Sprechzeit Dienstag, Freitag ½10—12, Donnerstag 16—18.

Bridgeanschluß
sucht Fräuleirin. Königshof 8241.

Pensions-Anzeigen

Von Berlin bis Berlin
Wien und Budapest M 126.-, Adria—Lugano M 148.-, Riviera und Rom M 194.-, Dalmatien M 198.-.
Wiener Reise-Auskunftei, Berlin, Friedrichstr. 71. Tel. A 2 Flora 5336.

ASKANIA-HAUS
Kur-, Erholungs- u. Altersheim
(Gegründet 1903)
Berlin W 50, Passauer Str. 18. Tel.: Bay. 7036. Daueraufenth. Zuck.-Krank.

Hörnum a./Sylt
bietet jetzt herrlich durchsonnte Tage an der Nordsee.
Haus Orplid, warme Zimmer mit Bad, auch f. Winteraufenth.

Vermischte Anzeigen

Steinway — Sons — Flügel
Rechtsinh., Stützhinst., Hochfl., Königsflügel 450, gebraucht, Potsdamer Str. 74.

Breitschwanzmantel
nur 1. Qual., zu kaufen gesucht. Off. u. 10909 H. J. Hillein-Jiffertbinst, Rudolf.

Innenarchitekt
verkauft sehr billig wundervolles engl. Barock-Speisezimmer, sowie erstklass. mod. Herrenzimmer und Schlafzimmer, Kurfürst 4481.

Staatsoper Unter den Linden
Donnerstag, 6. November
31. Abonnements-Vorstellung
Die Hochzeit des Figaro
Dirigent: Gen.-Mus.-Dir. Klemperer
Cäcilie Reich a. G., de Garmo, Fischer
Arndt-Ober, Domgraf-Fassbender
Krenn, Abendroth, Henke
Anfang 7½ Uhr

Staatliches Schauspielhaus
Am Gendarmenmarkt
Donnerstag, 6. Oktober
31. Abonnements-Vorstellung
Die Journalisten
Mannstadt, Schön, von Ledebur
Keppler, Laubinger, Bluhm
Anfang 8 Uhr

Deutsches Theat.
Weidendamm 5201
8 Uhr
ROSE BERND
von Gerhart Hauptmann
mit
Paula Wessely

Kammerspiele 8½
Letzte Aufführung
Schicksal nach Wunsch
Freitag, den 7. Oktober
Das Verlöbnis
v. Richard Billinger

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Direkt. Victor Barnowsky
Täglich 8½ Uhr
Moral
von Ludwig Thoma
Preise 0.50—3.— M

Deutsches Künstler-Theat.
Dir. Dr. Eugen Robert
8½. Bank 0403 8½
Das Märchen vom Wolf
Lustspiel von Franz Molnár
Regie: Eugen Robert
Christians, Sandrock
Duncke, Edthofer, Morgan

Theater im Admiralspalast
Friedrichstr. 101/102
Täglich 8½:
Gitta
Alpar
Statharina

Metropol-Th. 8½
Freigt
Wiaffaro
Eine Frau, die weiß, was sie will!
Stg. nchm. 4 kl. Pr.
Walzertraum

Th. des Westen
C 1 Steinpl. 0931
Tägl. 4½ u. 8½
Stg. 2½, 5 u. 8½
Paganini
Operette von Lehár
Vera Schwarz
Ed. Lichtenstein u.a.
1. Verf. 0.20—1.50
2. u. 3. 0.50—2.50

Lessing-Theater
Täglich 8½
Große
Mosheim Homolka
Pygmalion
Carlsen, Stösser, Schröder

Theater i. d. Behrenstr.
8 Uhr Zum ersten Male:
Bargeld lacht
Lustspiel in 3 Akten von
Ebermayer und Cammerlohr.

Kurfürstend. Th. 8½
Tel. J 1 Bism. 1400
Der große Operetten-Erfolg:
Der Vetter aus Dingsda
Margit Suchy
Walter Jankuhn

Renaissance-Th.
Hardenbergstr. 6
Steinplatz 4854
Der Sensationserfolg!
Ganoven-Ehre
Täglich 8½ Uhr

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
So. 8½, Stgs. 2, 5, 8½ U.
F 7 Weichel 4031
Der Bettelstudent

Theater am Schiffbauerdamm
D 2 Weidend. 9955
Täglich 8½ Uhr
Kolonne Immergrün
Berliner Komödie von
Hans Brennert
mit Harald Paulsen

Städt. Oper
Fraunhofer 0231
Turnus III
Anfang 8 Uhr
Die Entführung aus dem Serail
Berger, Eisinger
Ludwig, Andrésen
Gombert, Guttmann
Dirig. Breisach

Schiller Theater
Grolmanstr. 70
Steinpl. C 1 6715
Nur noch 7 Vorstellg.
Täglich 8½ Uhr
Der 18. Oktober
Einmalige Aufführung
Die versunkene Glocke
Sonntag, 6. 9 Bl. 8½

Volksbühne
Theater a. Bülowplatz
D 1 Nord. 2944. 8½ Uhr
Letzte 2 Vorstellungen
Der Revisor
Regie: Heinz Hilpert
Bois, Karchow, Haack
Stg. nachm. 3: Premieren.
Preise 75 Pf. bis 4 M

BERLINER THEAT.
Charlottenstraße 90
A 7 Dönh. 625
Letzte Woche 8½
MOLSIN
Der lebende Leichnam
50 Pf.—4 M

Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
T. Weichs. E 7 3422
8.15 Uhr.
Der Hauptmann von Köpenick.

Tägl. 8½ Th. a. d.
Nollendorfplatz
Lehár dirigiert
Der Fürst der Berge
Michael Bohnen
Irene Eisinger
Ververkf. unentbehrlich.!

Kleines Th. 8½
Merkur 1624
Unter d. Linden 44
Lfg.: Eugen Felber
Generalpech
gründet ein Königreich
Komödie von Sindbad
Regie: Eugen Felber
Preise v. 1.- M an

Komische Oper 8½
Friedrichstr. 104
Man braucht kein Geld
Schwankoperette
von Bibo und Rosen
Ander, Falkenstein
Fischer, Lenz, Lilien
Preise 0.50 bis 6.-

Stettiner Sänger
Reichshallen-Th.
am Dönhoffplatz
Direktion Meysel
8½ Uhr
Sonntags
3½ Uhr
z. ernsthaft.
Preise 1
Das neue Programm mit der Posse Und abends wird getanzt!

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72
E 7 Jannow. 5256
Täglich 8½
Prinzessin f. eine Nacht
Verz. 50% Ermäßigung.

Preis von Ebbesloh
Hoppegarten
Heute nachm. 2½ Uhr

Die Berchtesgadener kommen
und halten am Freitag, den 7. Oktober 1932, abends 8 Uhr
im Konzerthaus „Clou" einen
Berchtesgadener Abend
mit Volksliedern, Schuhplattltänzen, Winterfilm und anschließendem Almtanz.
Es kommen auch Gutscheine für freien Aufenthalt zur Verlosung
EINTRITT 1.— MARK
Es ladet hierzu höflichst ein die
KURDIRKTION BERCHTESGADEN

Notice of Lost Certificate of Stock
Notice is hereby given that Certificate No. 99 issued by Union Solvents Corporation of 110 East 42d Street, New York, N.Y., for one hundred shares of Capital Stock of said Company to L. B. Fleischacker, of Berlin, Germany, on or abt. Junie 1st 1931, has been lost, destroyed, or stolen, and a new certificate is about to be issued in place thereof.
All persons are warned against purchasing or dealing in said lost certificate, as transfer thereof will be refused should it be presented. Any information with respect to same should be communicated to Edward Lasker at 115 East 23rd Street, New York City.

Geschäftsräume

Doppellicht-Fabrikraum
Gartenfahrstuhl, Zentralheizung, zu vermieten, Bülowstr. 27, an der Dudbahn. Zu erfragen Jannowitz 1639.

Büroräume
mit Wartezimmer, neu hergerichtet, zu vermieten, Bülowstraße 27, hinrft Dudbahnhof, an der Potsdamer Straße. Jannowitz 1639.

Helle Fabrik- u. Büroräume
Chausseestraße 121, 1, sof. zu vermieten.

Stellenmarkt

Suche zum 1. November nach Berlin-Dahlem f. größ. Bürenhaush.
einfache Jungfer oder bess. Hausmädchen.
Gut Schneidern, Näh, Plätten, Stern in allen Handarbeiten, Alter 28 bis 35 Jahre. Langj. Zeugn. u. Bild senden an
Frau von Simson,
Jurg. Neuhaus bei Schierfer, Obb.

Mietgesuche

Fehrbelliner Platz
Möbl. Komfortz. 1 Zimmer, Diele, Bad, Hohenzollerndamm 185, 11 r. Brabant 1022

IN VILLA
abgeschloss. 3½-Zimmer-Wohnung
mit Zentralheizung, Warmwasser, Gartenbenutzung gelegt. Gegenb. Grunewald oder Wilmsd. Off. u. 5005 B. A. Hilfein-Zifferbriefe, Hüttenhaus, Kochstr.

Vermietungen

4- und 5-Zimmer-Wohnung
für gewerbliche Zwecke, auch privat, neu instandgesetzt, Bülowstraße 27, an der Potsdamer Str. Jannowitz 4197

DAHLEM. 1—2 gut möbl. Wohn-Schlafzimmer, Nähe U. 1, 11. Zel.: Pfalzb. 3427

Kleiner Heft für 20 Pfg.
In 12 Heften für je 20 Pfennig wird der ganze lustige Lehrstoff gegeben, in 6 Monaten kann, wer will, Englisch sprechen, schreiben und lesen. Lernen Sie mit! Kaufen Sie sich alle 14 Tage das neue Heft!
Erstes Heft erschienen!
F.W.

Weitere Zwangsversteigerungen

Zeichenerklärung:
F. = Fläche. N. = Nutzungswert.
R. = Reinertrag.
(Nachdruck verboten.)

Amtsgericht Bln.-Mitte. Termin am 10. Januar 1933, 9 Uhr, Zimmer 191—193, III. Stockw., Hauptg. B. Wohnh. Lindenstr. 159 in Berlin. F. 219 qm. N. 4390 M. — 150. K. 53. 32. — 1. 6000 RM; 2. 4875 RM 6 v. H. Zs. Victoria, Bln., Lindenstr. 20—25, 3. 12 500 RM 10 v. H. Zs. Erste Genossenschaftsbrauerei Bln.-Friedrichshagen. 4. 4050 RM wie zu 1—2 u. andere. 5. 75 RM Käthe Bieneck, Berlin. 6. 2500 RM Frau Hedwig Renner, Neukölln. Betr. Gläub. wie zu 1-2. Einheitswert 40 100 RM.

Termin am 25. November 1932, 10½ Uhr, Zim. 191—193. Wohnh. Heiligegeiststr. 19 in Berlin. F. nicht nachgewiesen. N. 13 880 M. — 150. K. 105. 32. 1. 60 000 RM 8 v. H. Zs. Deutsche Hypothekenbank, Berlin, Dorotheenstr. 44. 2. 15 000 RM Witwe Maria Seckelsohn, Bln., Cuxhavener Str. 9. Betr. Gläub. wie zu 1. Einheitswert 128 000 Reichsmark.

Termin am 13. Januar 1933, 9 Uhr, Zimmer 191—193. Wohnh. Kochstr. 28—29 in Berlin. F. 494 qm. N. 35 500 M. — 150. K. 58. 32. — 1. 235 000 RM 8¾ v. H. Zs. Mitteld. Bodencreditanstalt Greiz. 2. 58 467 RM 6 v. H. Zs. Amandea Freifrau v. Brandenstein, Wilmersdorf, Holsteinische Str. Nr. 48. 3. 40 614 RM Sich. Leo Graf v. Henckel v. Donnersmarck, ebenda. 4. 51 397 RM Sich. Alte Stuttgarter Lebensvers.-Ges., Stuttgart. 5. 100 000 RM Kreditanstalt der Deutschen, Prag. Betr. Gläub. Bezirksamt Kreuzberg wegen rd. 12 860 Reichsmark.

Termin am 15. Dezember 1932, 9 Uhr, Zimmer 191—193. Wohnh. Spandauer Straße 3 in Berlin. F. nicht vermerkt. N. 11 250 M. — 150/87. K. 221. 31. 1. 13 500 RM; 2. 3750 RM Frau Alice Joel, Berlin, Münchener Straße 49—50. 3. 3750 RM; 4. 6000 RM Dr. Couno Moll, Leipzig, Hauptmannstraße 4. 5. 25 000 RM Alex Diamant, Wielandstr. 17. 6. 6500 RM Frau Martha Heymann, Berlin, Lessingstr. 16. 7. 40 000 RM wie zu 5. Betr. Gläub. wie zu 5. Einheitswert von 1928: 165 000 RM.

Termin am 13. Januar 1933, 10½ Uhr, Zim. 191—193. Wohnh. Alt-Moabit 130 in Berlin. F. 952 qm. N. 26 590 M. — 150/86. K. 187. 31. — 1. 90 000 RM Genossenschaftsbank Moabit, Berlin. Weitere Belastungen sind z. Zt. nicht nachgewiesen. Einheitswert von 1928: 346 500 Reichsmark.

Termin am 20. Januar 1933, 11 Uhr, Zim. 113—115, 3. Stockwerk, Quergang 9. Wohnhaus Hohenzollernstr. 8 in Berlin. F. 1429 qm. N. 41 370 M. — 86. K. 175. 32. — 1. 275 000 RM; 2. 5000 RM Victoria, Berlin, Lindenstr. 20—25. Betr. Gläub. Bezirksamt Tiergarten wegen rd. 22 640 RM. Einheitswert 451 600 RM.

Termin am 24. November 1932, 9 Uhr, Zimmer 116—118. Wohnh. Brunnenstr. 58, Ecke Stralsunder Str. 60 in Berlin. F. 319 qm. N. 17 000 M. — 86. K. 137. 32. — 1. 74 000 RM Deutsche Central-Bodencredit-A.-G., Berlin. 2. 30 000 RM Rich. Frensdorff, Charlottbg., Alemannen-Allee 4. 3. 550 RM Fritz Haase, Brunnenstr. 126—127. 4. 20 000 RM Reisecco G. m. b. H., Charlottenburg, Leonhardtstr. 17. Betr. Gläub. Bezirksamt Wedding wegen rd. 4690 RM. Einheitswert 145 900 Reichsmark.

Termin am 25. Februar 1933, 9 Uhr, Zimmer 116—118. Wohnh. Birkenstr. 45—46 in Berlin. F. 724 qm. N. 22 800 M. — 86. K. 92. 32. — 1. 145 000 RM 9½ v. H. Zs. Württemb. Hypothekenbank, Stuttgart. 2. 45 000 RM 12 v. H. Zs. Fred. Christian Brix, Clarens (Schweiz). 3. 5000 RM; 4. 5000 RM; 5. 20 000 RM Witwe Marianne Wehmer, Magdeburg, Gr. Diesdorfer Str. 64. Betr. Gläub. wie zu 1. Einheitswert 212 800 Reichsmark.

Termin am 18. Februar 1933, 9 Uhr, Zimmer 116—118. Wohnh. Neuenburger Str. 1a in Berlin. F. 868 qm. N. 23 490 Mark. — 86. K. 192. 32. — 1. 6010 Gr. Feing. Industrie- u. Privat-Bank, Berlin, Mittelstr. 2—4. 2. 47 753 Gr. Feing. Germania-Iduna, Stettin. 3. 32 258 Gr. Feing. Rhein. Grundstücks-Handelsges., Köln a. Rh. 4. 11 000 RM mit Rang vor 1 wie zu 2. Betr. Gläub. wie zu 2. Einheitswert 187 200 RM.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten.)

Abt. A: Berthold Hans, Berlin-Pankow, Brehmestr. 53. (Holz- und Kohlenhandlung.) — Hollberg & König, Berlin W 30, Hohenstaufenstraße 62. (Technische Papiere.)

Abt. B: Deutsche „Schumacher Luftbefeuchter & Luftreiniger" Vertriebsgesellschaft m. b. H. Berlin C 2, Burgstr. Nr. 29. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Gustav Paul Mierke, Berlin. — Bornstein-Tradelius G. m. b. H., Berlin SW 19, Kommandantenstraße 6. (Herstellung und Vertrieb von Damenmänteln.) Stammkapital: 24 000 RM. Geschäftsf.: Kflte. Erwin Bornstein sowie Siegfried und Ulrich Tradelius, Berlin. — Lux-Film Gesellschaft m. b. H. Berlin SW 68, Friedrichstraße 23. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Benzion Fett, Berlin. — Hirsch Kupfer- und Messingwerke Aktiengesellschaft, Berlin NW 7, Bauhofstr. 7. Grundk.: 12 500 000 RM. Vorstand: Kfm. Victor Bach, Kaufm. Eugen Wallach, Berlin, u. Ing. Adolf Schulte, Finow i. d. Mark. — Gewerbedruckerei G. m. b. H. Berlin SW 68, Zimmerstr. 72/74. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Dir. Hermann Jochim Schumacher und Frl. Elisabeth Müller, Berlin. — „Triangel" Film-Gesellschaft m. b. H. Berlin SW 48, Friedrichstraße 12. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kfm. Nikolaus Nowik, Berlin, und Filmregisseur Richard Loewenbein, Berlin-Charlottenburg.

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG

BEILAGE ZU NR. 479 • MORGEN — VERANTWORTLICH: I. V. WILHELM DÜSTERWALD, BERLIN — DONNERSTAG, 6. OKTOBER 1932

Zinsnot der Städte

Von

Bruno Asch,

Stadtkämmerer in Berlin

Zu den bedeutendsten und in ihrer Höhe durch Sparmaßnahmen nicht zu beeinflussenden Posten des kommunalen Budgets gehört der Zinsendienst. Er umfaßt neben der laufenden Zinsleistung für lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten die vereinbarte Tilgung der langfristigen Gemeindeschulden und dürfte gegenwärtig einen Betrag von rd. 750 Mill. RM erreichen.

Da der Gesamtzuschußbedarf im deutschen Kommunalhaushalt 1931 auf etwa 4,9 Milliarden Reichsmark zusammengepreßt werden konnte, sind für den Kapitaldienst annähernd 15 pCt. des Zuschußbedarfes aufzuwenden. Der Hauptteil dieser Verschuldung entfällt zwar auf die produktiven Ausgabezweige, in erster Linie die Versorgungsbetriebe und den Wohnungsbau, so daß den Ausgaben unmittelbare Betriebseinkünfte gegenüberstehen; aber grade diese Wirtschaftszweige haben unter der Wirtschaftskrise zumeist erheblich gelitten und große Einnahmerückgänge aufzuweisen. Die hohe Kapitalbelastung führt daher auch bei ihnen zu einem starken Rückgang der Betriebsüberschüsse und zu einer entsprechenden Verschlechterung des Gemeindehaushalts.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß auch in den Kreisen der Gemeindeverwaltungen die Frage auftaucht und erörtert wird, ob nicht auf dem Wege einer generellen Zinssenkung und vorübergehenden Aussetzung des Tilgungsdienstes eine fühlbare Erleichterung der Kommunallasten herbeigeführt und die Sanierung der öffentlichen Haushalte erleichtert werden sollte. Dieses Anfassung wird gewöhnlich auch hier mit der erheblichen Steigerung der Kaufkraft des Geldes begründet und der Tatsache, daß in vielen Fällen gegenwärtig und voraussichtlich auch in absehbarer Zukunft zahlreichen Städten die Erfüllung ihrer Verpflichtungen unmöglich sein werde. Dazu kommt, daß die Senkung der Beamtengehälter, der Löhne und Sozialleistungen bei vielen das Empfinden ausgelöst hat, eine entsprechende Verringerung der Rente des Kapitalbesitzers sei unter diesen Umständen ebenfalls geboten.

Wenn es sich bei derartigen Aeußerungen auch bisher nur um die Darlegung der Auffassung einzelner kommunaler Vertreter handelt und die Spitzenvertretung der deutschen Städte — der Deutsche Städtetag — es ausdrücklich abgelehnt hat, sich zum Vertreter dieser Forderung zu machen, so muß doch mit allem Nachdruck betont werden, welche großen Gefahren grade vom Standpunkt der Gemeinden in jeder Förderung des Gedankens generieller Eingriffe in das Gläubiger-Schuldnerverhältnis liegen. Es ist gewiß bestechend, festzustellen, daß eine Senkung des Zinsniveaus um 1 pCt.. eine Ersparnis im Gemeindehaushalt von etwa 100 Mill. RM bringen würde. Ein Betrag in dieser Größenordnung spielt bei der gegenwärtigen Lage der Gemeindefinanzen eine sehr bedeutende Rolle und würde zweifellos die dringliche Aufgabe der Wiederherstellung des Gleichgewichts der städtischen Etats nicht unwesentlich erleichtern, insbesondere da es sich um eine auf viele Jahre wirksame Entlastung handeln würde.

Es darf aber zunächst nicht außer Acht gelassen werden, daß diese gemeindlichen Verpflichtungen in erster Linie bei Instituten eingegangen sind, die in irgendeiner mehr oder minder engen Verknüpfung mit dem öffentlichen Haushalt stehen. Große Beträge kommunaler Obligationen und Schuldscheine liegen bei den städtischen Sparkassen und Girozentralen, bei den Landesbanken und Staatsbanken. Die Herabsetzung der Zinssätze für diese Verpflichtungen muß die durch die letzte Zinssenkungsaktion bereits erheblich beeinträchtigte Rentabilität dieser Institute auf das äußerste gefährden, und an vielen Stellen auch unmittelbare Schäden des Kommunalhaushalts hervorrufen.

Nicht weniger ernst sind die Folgen bei den öffentlichen Sozialinstituten, den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt, die durch jede Herabsetzung der Zinsleistungen in ihrer eigenen Wirtschaftsrechnung aufs empfindlichste beeinträchtigt werden. Wird dadurch aber eine Senkung der Sozialrenten erforderlich, so bedeutet diese fast immer eine zusätzliche Belastung der kommunalen Wohlfahrtsbudgets. Die in der Papenschen Notverordnung vom 14. Juni herbeigeführte Kürzung der Sozialrenten um 6 RM hat eine den Kürzungsbetrag fast erreichende Mehrausgabe in den Gemeinden zur Folge gehabt. So zeigt sich, daß angesichts der Tatsache, daß der Kommunalkredit der Nachkriegszeit — vor allem der Langfristige — in ungewöhnlich großem Umfange im Umkreis des öffentlichen Arbeitsgebietes aufgebracht worden ist, der materielle Nutzen jeder Zinsherabsetzung außerordentlich gering sein muß, wenn man die Wirkung auf die öffentliche Hand in ihrer Gesamtheit in die Betrachtung einbezieht.

Ganz abgesehen aber davon, daß materiell sehr erhebliche Bedenken gegen eine derartige Zwangskonversion geltend gemacht werden müssen, spricht auch die Verschiedenartigkeit der Lage der einzelnen Städte gegen eine allgemeine Regelung. Es ist zwar festzustellen, daß mit der Dauer der Krise die Zahl der notleidenden Gemeinden ständig wächst und mit der Gefahr einer weitgehenden Zahlungsunfähigkeit zu rechnen ist. Aber trotzdem gibt es doch eine Anzahl von Städten, die in der Lage sind, auch gegenwärtig uneingeschränkt ihren Verpflichtungen nachzukommen. In einzelnen Gebietsteilen, in denen die Arbeitslosigkeit ihre verwüstenden Wirkungen weniger stark zeigt (z. B. Württemberg), in Gemeinden, die einen hohen Hundertsatz Beamtenbevölkerung aufweisen, in Städten, deren Verschuldung besonders niedrig ist, kann den Verpflichtungen aus Kapitalschulden ohne Stockung genügt werden.

Eine Schädigung der Gläubiger läßt sich bei ihnen nicht der Lage der Schuldner unter keinen Umständen begründen. Andere Städte, die zwar gegenwärtig notleidend sind, weil die Krise sie in erster Linie heimgesucht hat und bei ihnen in der vorhergehenden Konjunkturperiode besonders umfangreiche Investierungen erfolgt sind, können bei einer Krisenwende in kürzester Zeit in der Lage sein, ihren Verbindlichkeiten zu genügen, ja grade aus ihren früheren Kapitalanlagen in Gas, Elektrizitäts-, Wasserwerken die erwarteten Einkünfte zu ziehen. Soll man den Gläubigern, die ihr Geld für diese Investierung hergegeben haben, einen dauernden Verzicht auf die vereinbarte Rente zumuten, oder ist in diesem Falle nicht ein individuelles Arrangement geboten?

Selbstverständlich gibt es auch Gemeinden, denen möglicherweise dauernd die ordnungsmäßige Erfüllung ihrer Anleiheverpflichtungen unmöglich sein wird, weil strukturelle Veränderungen der Wirtschaft eine weitgehende Einschränkung der örtlichen Leistungsfähigkeit hervorgerufen haben. In diesen Fällen wird man dem Gläubiger um so eher und weitgehendere Opfer zumuten dürfen, je sorgfältiger man sonst seine Rechte schützt und dafür Sorge trägt, daß ihm keine vermeidbaren Verluste zugemutet werden.

Vertritt man diese Auffassung, dann ergibt sich die Folgerung einer entschiedenen Ablehnung aller Projekte einer generellen Zinsherabsetzung sowie jedes allgemeinen staatlichen Eingriffes in das vertraglich geregelte Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner. Gleichzeitig aber erfordert die Tatsache, daß durch die Zerrüttung des Arbeitsmarktes, die Krise der Werksunternehmungen und den Rückgang der Steuereingänge in vielen öffentlichen Haushalten Notstände zu verzeichnen sind, Maßnahmen besonderer Art. Es ist notwendig, neben dem zum Teil bestehenden Vollstreckungsschutz mit größter Beschleunigung die formalen Voraussetzungen für Verhandlungen zwischen öffentlichen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen, damit unnötige Klagen mit erheblichen Kosten vermieden werden und in diesem Verfahren notfalls durch eine gesetzliche Schlichtungsinstanz eine Regelung herbeigeführt wird, die das Schuldverhältnis vorübergehend oder dauernd neu ordnet.

Dadurch könnte erreicht werden, daß die Sorge von generellen Maßnahmen, die heute den Rentenmarkt und die sonstigen öffentlichen Gläubiger beunruhigt, beseitigt, der Kredit der solventen kommunalen Schuldner gestützt und für erforderlich werdende neue Kredittransaktionen gefestigt, dem berechtigten Entlastungsbedürfnis notleidend gewordener Gemeinden aber angemessen Rechnung getragen wird.

8 Mill. M Verlust Brown Boveri

25 pCt. Umsatzrückgang

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MANNHEIM, 5. OKTOBER

Der Aufsichtsrat der Brown Boveri u. Co. AG., Mannheim, beschloß, von dem Aktienkapital von 25 Mill. RM den zur Verfügung stehenden Betrag von 1 Mill. RM eigener Aktien einzuziehen und den danach verbleibenden Verlust von 7,91 Mill. RM ohne Inanspruchnahme des gesetzlichen Reservefonds von 5 Mill. RM vorzutragen.

Trotz scharfer Einsparungsmaßnahmen und organisatorischer Vereinfachungen konnten die Unkosten nicht entsprechend dem abnehmenden Umsatz gesenkt werden, so daß ein Betriebsverlust nicht vermieden werden konnte. Im übrigen ist der ausgewiesene Verlust im wesentlichen bestimmt durch Konjunktureinbußen (Materialentwertung, Währungsverlust, Debitorenausfälle) in Höhe von 3,26 Mill. RM und durch außerordentliche Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von insgesamt 3,27 (i. V. 0,11) Mill. RM. Auf Anlagen wurden bei geringen Anschaffungen 1,01 (1,39) Mill. RM abgeschrieben.

Der Umsatz blieb im Geschäftsjahr 1931 um 22 pCt. hinter dem des Jahres 1930 zurück. Rund 40 pCt. der Lieferungen gingen in das Ausland. Der Bestellungseingang hält sich im laufenden Jahr auf einem unverändert niedrigen Stand. Gewisse Anzeichen einer beginnenden Besserung glaubt die Verwaltung in einzelnen Zweigen ihres Geschäfts feststellen zu können.

*

Das Mannheimer Unternehmen, die deutsche Fabrikationsfiliale des gleichnamigen Schweizer Elektrokonzerns, hatte im Vorjahr bei mengenmäßig behaupteten Umsätzen noch eine Dividende von 5 pCt. auf das volle Aktienkapital verteilen können. Die Beteiligungen, auf denen jetzt ein so großer Abschreibungsbedarf ruht, waren 1931 — im Zusammenhang mit der verstärkten Aktivität der Firma auf dem Gebiete der Haushaltungsapparate — um rund 1 auf 9,2 Mill. RM gestiegen, und zwar hauptsächlich durch die Fusion der Tochtergesellschaften Stotz und Kontakt sowie durch erweiterte Interessennahme an der Römmler AG. Ein wie großer Teil des Verlustes vorweg durch die Einziehung eigener Aktien abgedeckt worden ist, läßt sich nicht feststellen, da der Buchgewinn aus dieser Transaktion noch nicht bekannt ist. Wenn die Gesellschaft sich entschließt, jetzt die Zukunft mit einem Verlustvortrag in Höhe von rund 30 pCt. des Aktienkapitals zu belasten, so wäre es denkbar, daß sie sich ähnlich wie andere Unternehmungen der Starkstrom-Industrie vorbehält, nach Eintritt übersichtlicherer Verhältnisse der GV. konkrete Tilgungsvorschläge zu machen.

Zusammenfassung holländischer Siemens-Filialen

Die Siemens u. Halske AG. und die Siemens-Schuckert-Werke teilen mit, daß sie ab 1. Oktober ihre Filiale im Haag aufgehoben haben und daß der gesamte Geschäftsbetrieb dieser Filiale mit ihren Zweigstellen in Amsterdam, Rotterdam und Hengelo von demselben Datum ab auf die neugegründete Nederlandsche Siemens Mij. übergegangen ist. Die Schwachstrom-Abteilung (früher Betrieb der Siemens u. Halske AG. unter Einbeziehung von Telefunken und andern Abteilungen) steht unter der verantwortlichen Leitung des Direktors Stoop und des Stellvertreters J. Schweeder. Die Starkstrom-Abteilung (früher Betrieb der Siemens-Schuckert-Werke) wird von Direktor de Roos geleitet, während T. Winter die finanzielle Verwaltung und die kaufmännische Leitung übernommen hat.

●

Garbe, Lahmeyer legt 2:1 zusammen. Die Deutsche Elektrizitätswerke zu Aachen, Garbe, Lahmeyer u. Co. AG., schlägt der auf den 27. Oktober einberufenen o. G.-V. die Herabsetzung des Grundkapitals in erleichterter Form von 3 Mill. RM auf 1,5 Mill. RM im Verhältnis 2:1 vor. Die Herabsetzung erfolgt wegen der Wertverminderung der Vermögensgegenstände der Gesellschaft und zur Deckung von Verlusten. Die Gesellschaft, die alle Arten von in das Gebiet der Elektrotechnik fallenden Maschinen und Apparaten herstellt, ist seit 1924/25 dividendenlos geblieben. Für das letzte am 31. März 1931 abgelaufene Geschäftsjahr war schon ein Verlust von 0,65 Mill. RM ausgewiesen worden.

Höherer Schatzwechsel-Diskont

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 5. OKTOBER

Die Zinsrate für das allwöchentliche Schatzwechselangebot bei der letzten Emission ist von dem bisher niedrigsten Satz von 7 sh 11 d auf 11 sh 8 d per 100 Pfd. gestiegen. Diese plötzliche Anziehen der Sätze beruht auf einem gemeinsamen Schritt der englischen Großbanken, die sich geweigert haben, weiterhin Schatzwechsel zu derart ungünstigen Bedingungen hereinzunehmen. Die Banken verfolgen dabei den Grundsatz, daß der Minimalzinssatz für ihre Wechselanlagen nicht unter dem Satz für ihre sonstigen Ausleihungen liegen darf. Die Banken haben für Tagesgeld bisher 1 pCt. verlangt, ihre Schatzwechsel aber zuletzt nur noch mit ⅜ pCt. verzinst bekommen.

Diese Haltung der Banken hat in der englischen Oeffentlichkeit vielfach scharfe Kritik gefunden, weil, wie man meinte, hierdurch dem Schatzamt höhere Belastungen entstehen und dadurch die schwebende Staatsschuld vergrößert wird. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß das Schatzamt reichlich Gelegenheit gehabt hätte, seine Kapitalbedürfnisse im Zusammenhang mit der Ablösung der nichtkonvertierten 5proz. Kriegsanleihe und der übrigen schwebenden Konvertierungstransaktionen durch eine Neuemission zu decken. Es hat aber bis heute mit dieser Emission zurückgehalten. Schließlich ist überhaupt nur die anormale Verfassung des Geld- und Diskontmarktes der Grund dafür, daß das Schatzamt eine Zeitlang in der Lage war, zu derart unwahrscheinlich niedrigen Sätzen zu borgen. Der Schritt der Banken ist also eher als eine Maßnahme zur Herstellung normaler Verhältnisse auf dem Geldmarkt anzusehen.

●

Rund 16 Mill. Zunahme der Spareinlagen. Die Sparkasseneinlagen bei dem deutschen Sparkassen beliefen sich Ende August auf 9734,04 Mill. RM gegenüber 9718,22 Mill. RM Ende Juli. Der Berichtsmonat weist mithin eine Zunahme um 15,82 Mill. gegenüber einer Abnahme um 82,54 Mill. RM im Vormonat auf. Im einzelnen betrugen die Einzahlungen 374,84 (371,88) Mill. RM, davon aus Aufwertung 24,32 (2,84) Mill. RM und aus Zinsgutschriften 2,32 (2,89) Mill. RM. Die Auszahlungen stellten sich auf 359,02 (454,42) Mill. RM. Die Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen betrugen am Ende des Berichtsmonats 122,12 Mill. RM gegenüber 1202,44 Mill. RM am Ende des Vormonats.

Französischer Kredit für die polnische Landwirtschaft. Eine französische Bankengruppe unter Führung der Banque Franco-Polonaise soll der Bank Polski einen Kredit von 50 Mill. Franken eingeräumt haben, die für die Finanzierung der polnischen Landwirtschaft verwendet werden sollen. — Die Banque Franco-Polonaise in Paris, an der französisches und polnisches Kapital beteiligt ist, ist von der französischen Regierung ermächtigt worden, von den polnischen Einwanderern in Frankreich Spareinlagen für Rechnung der polnischen Postsparkasse anzunehmen und die Gelder sodann an diese Kasse zu überweisen.

Sanierungskredit für Italgas. Das vor einem Jahre für die Ausgabe von mittelfristigen Industriekrediten gegründete Istituto Mobiliare (Kapital 500 Mill. Lire) hat die erste Serie von Obligationen jetzt herausgebracht. Es handelt sich um 100 Mill. Lire zu 5 pCt. (gemessen am Ausgabekurs 5,25 pCt.). Dieser Betrag war nicht auf dem offenen Markt untergebracht, sondern ist bereits an Sparkassen fest vergeben worden. Es handelt sich bei der ersten Tranche, der weitere bald folgen sollen, im wesentlichen um einen Kredit an die „Italgas", deren Neuordnung nunmehr beendet worden wird. Der Vertrag der Italgas mit der Edison über die Vergütung für das von der Italgas in der Mailänder Gas-Gesellschaft investierte Kapital, deren Pächterin jetzt die Edison ist, steht unmittelbar vor dem Abschluß. Damit erhält die Italgas die Möglichkeit, ihr Kapital, das im Sommer auf 25 Mill. Lire herabgesetzt war, wieder zu erhöhen.

Stoewer-Werke sanieren 10:1. Die Stoewer Werke AG. vorm. Gebrüder Stoewer, Stettin, die zu Beginn dieses Jahres mit ihren Gläubigern einen gerichtlichen Vergleich abschloß, beantragt, bei der am 25. Oktober stattfindenden o. G.-V. die Herabsetzung des Aktienkapitals von 2 Mill. RM auf 0,2 Mill. RM durch Zusammenlegung der Stamm- und Vorzugsaktien im Verhältnis 10:1. Anschließend soll das Kapital um bis 0,95 Mill. RM unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre gegen Einbringung von Forderungen und Rechten in gleicher Höhe beschlossen werden. Die Stadt Stettin ist an der Gesellschaft namhaft interessiert.

Gardinenfabrik Plauen ermäßigt Vorzugsdividende. Die Gardinenfabrik AG. Plauen, Plauen i. V., die, wie gemeldet, für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr einen Verlust von 84 000 RM ausweist und eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 5:3 von 1,9 auf 1,14 Mill. RM vorschlägt, will in der am 29. Oktober stattfindenden o. GV. außerdem einen Beschluß fassen lassen über die Herabsetzung der Vorzugsaktien-Dividende von 10 auf 8 pCt. Gleichzeitig soll der Vorstand ermächtigt werden, 400 Stück der Gesellschaft zum Kauf angebotene Vorzugsaktien des Unternehmens im Betrage von je 100 RM zu 100 pCt. zu erwerben. Der durch die Kapitalherabsetzung entstehende Buchgewinn soll zur Deckung des Verlustes und zur Vornahme von Abschreibungen verwandt werden.

Norwegischer Auftrag für die Deschimag. Die Norwegische Amerika Linie, die bereits im Dezember v. J. auf der AG. Weser, Bremen, ihren Passagierdampfer „Stavangerfjord" mit Bauer-Wach-Turbinen als Zusatz zu der vorhandenen Maschinenanlage ausrüsten ließ, hat sich

nunmehr entschlossen, auch das Schwesternschiff, den 11 013 Br.-Reg.-To. großen Dampfer „Gergensfjord" auf der AG. Weser, Bremen, maschinell ausbauen zu lassen. Der Dampfer wird am **10.** Oktober auf der AG. Weser eintreffen, der Umbau dürfte etwa acht Wochen erfordern.

Frankfurter Abendbörse

Bei ruhigem Geschäft behauptet

An der Abendbörse war die Tendenz nicht ganz einheitlich, aber bei ruhigem Geschäft waren die Kurse gegenüber dem Mittagsschluß durchweg behauptet. Elektroaktien lagen teilweise etwas schwächer, so Siemens u. Halske, die um 1½ auf 117 pCt. zurückgingen; Felten fester 55¼ pCt. Auch Allgemeine Lokalbahn waren befestigt 65 (plus 1 pCt.). Die I. G. Farbenaktie konnte die anfangs erzielte leichte Kurssteigerung im Verlauf nicht behaupten, so daß der Schlußkurs mit 95 pCt. etwas unter dem Mittagsstand lag. Am Montanmarkt zogen Stahlverein mäßig an um ¾ pCt. auf 20¾ pCt., Harpener um 1 pCt. auf 74, Phönix um ¾ auf 26½. Mannesmann und Buderus waren indessen nur knapp behauptet.

Am Rentenmarkt wurden Pfandbriefe angeboten. Frankfurter Pfandbriefbank-Pfandbriefe lagen ½ pCt. niedriger. Eisenbahn-Rentenbank-Obligationen zogen nochmals um ⅛ pCt. an auf die für morgen bevorstehende Entscheidung der Verwaltung über das Angebot der Obligationäre. Von ausländischen Renten waren 3½proz. Schweizerische Bundesbahn-Anleihe fester um 1⅜ auf 119 pCt. 4proz. zogen um ½ auf 121 pCt. an.

Im einzelnen notierten: Deutsche Bank 75 (Berliner Schlußkurs 75), Hapag 17 (16⅞), Nordd. Lloyd 17⅝ (17¾), Reichsbahn-Vorzugsaktien 85 (85), AG. f. Verkehrswesen 40½ (41¼), Allg. Lokal- u. Kraftwerke 65 (66), Holzmann 57 (56¾), Metallgesellschaft 34½ (34), Daimler 20 (20⅛), Stahlverein 20¾ (20¾), Gelsenkirchener 37½ (37⅛), Harpener 74 (74¼), Phönix 26½ (26½), Rheinstahl 65½ (65), Mannesmann 52¼ (51⅞), Buderus 38½ (39), Deutsche Linoleum 45½ (45⅛), Continental Gummi 104½ (104½), Farbenindustrie 95 (95⅛), Rütgerswerke 40¾ (40¾), Goldschmidt 27¼ (27½), AEG. 32 (32½), Berl. Kraft u. Licht 111¾ (111¼), Felten 55¼ (55¼), Gesfürel 71⅛ (70¼), Lahmeyer 117½ (117¼), Siemens 117 (117½), Bemberg 53½ (53¾), Abl.-Anl. m. Sch. 53 (53,10), do. o. Sch. 6,55 (6,55).

HAMBURG, 5. OKTOBER. (Privat-Telegramm.)

	5. 10.				
		Hamb. Südamerika	30,00	Holstenbrauerei	54.00
Lübeck-Büchen	41,00	Norddeutsch. Lloyd	17.50	Nordsee	20.00
Dtsch.-Ostafrika	14,00	Lederw. Wiemann	111.00	Reichsbank	125.25
Flensb. D.G.v.69	19,00	Stader Leder	72,00	Mannesmann	52,75
Hamb. Pak.	17,00	Schlinck & Co.	—		

Tendenz: Freundlicher.

Ausländische Börsen

AMSTERDAM, 5. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	5. 10.	4. 10.
Staats- u. Stadtanl.		
5% Nederland 1932	102.00	102.13
4½% „ 1916	102,25	102,50
4½% „ 1917	101,25	101 13/16
4% „ 1931	99,25	99,13
4% „ 1916	99 15/16	99,88
7% Dt.Rijksl. 49 (Daw.)	58,13	58.00
5½% do. 65 (Young)	50,88	51 1/16
6½% Bayr. Staats. Obl. 1945	50.00	50,50
7% Bremen 1935	55.00	55.00
6% Preußen Obl. 1952	48.13	45.00
7% Dresden Obl. 1945	56.00	—
6½% Keul. Cert. 1950	43,00	44,25
Bank- u. Kreditanst.		
7% D. Rt. Bk. Obl. 50	—	60,75
7% Dtsch. Hyp.-Bk. Berlin, Pfdbrf. 1953	—	—
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	48,50	48,50
Frankf.Hyp.-B.Pfdb.58	—	62.13
7% Preuß. Pfdbrf.-Bk. Pfdbrf. 1953	—	—
7% Preuß. Zentralbod. Kred. Pfdbrf. 1960	—	—
7% S. Bdkr. Pfbr. 53	60.00	—
Amsterdamsche Bank	102.75	102.63
Nederld. Handel. Mij	—	77.50
Rotterdamsche Bank	—	—
Koloniale Bank	71.50	70.00
Nederl. Ind. Hd. Bk.	66.50	65,25
Dtsch. Rijksbank	—	—
Industrieunternehm.		
7% A. R. B. E. D. 1951	—	—
7% A. G. für Bergbau, Blei u. Zink O. 48	47,00	—
R. Bosch Dollar-Obl. 1951	72,00	71,00
8% C. Caoutsch. O. 50	—	66,00
7% Dtsch.Kalisyndikat Obl. Ser. A 1950	68.25	68,50
7% Cont.Gummiw.A.G. Obl. 1956	71,88	70,00
6% Gelsenk. Goldnt. 34	55,75	55,75
6% Harpener Bergbau Oblt. mit Opt. 1949	53,00	51.75
6% I. G. Farben Obl.	—	78,75
7% Mitteld. Stahlw. Obl. m. Opt. 1951	49,00	49,13
7% Rhein. Westf. Bod. Cred. Bk. Pfdbrf. 53	62,50	—
7% Rhein-Elbe Un. Obl. m. Opt. 1946	47,00	46,00
7% R. W. E. Obl., 5jähr. Noten	55,75	—
7% Siemens & Halske Obl. 1935	—	—
6% Siemens & Halske, gewinnberecht. Obl.	82.00	79.00
7% Ver. Stahlw. O. 51	40.50	40.50
6½% Ver. Stahlwerke Obl. Lit. C	41.00	42.00
6½% Wintershall Obl.	63,50	—
Algemeene Kunstzijde	46,50	44,88
van Berkels Patent	—	25,50

	5. 10.	4. 10.
Calvé Delft. Certif.	66.75	66.75
Holl. Kunstzijde Ind.	37.00	36.25
Intern. Viscose abgest.	37,00	35,50
Küchenm. I. Mij. v. A.	4.00	—
do. Int. Ultraphon	—	—
Philips, gem. Bez.	124.13	124.00
N. V. Unilever, Certif.	117.25	115.88
Wintershall A. G.	—	—
Americ.Bemb.Cy.Cert.	6.25	6,13
do. B. Cert.	6.25	—
do. Pref. Cert.	—	—
Americ. Enka, Cert.	16 1/16	15,75
Am.Glanzst.Kl.A.Cert.	—	—
do. 7% Cert. m. Opt.	—	—
I.G.Farben Cert. v. Akt.	77.00	77.00
Int.Ges.f.Chem.Untern.	—	104,50
Ougrée Marihaye	114,00	—
Polyphon Werke Cert.	—	—
Separator	—	37,25
Nederl. Kabel-Fabrik	—	246.00
v.Geld.(Ver. Kk. Papf.)	59,00	59,00
El., Gas-, Tel., Tlg., Wa		
7% Rh.-W. El.Obl. 1950	56.00	57.00
A. N. I. E. M.	193,50	193,00
Chade	—	—
Minen		
6% Eschw.BergwObl 52	64,00	64,88
Boet.Mijnbouw en Cult.	14,25	14.13
Redjang Lebong Mijnb.	81,50	—
Petroleum		
Kon. Ned. Petrol. Mij.	159,63	156,88
Kautschuk		
Amst.Rubb. en Cult.Mij	65.75	65.75
Delibatavia RubberMij.	29.63	28.25
Hessa Rubber Mij.	26,50	26,25
Schiffahrt		
Holl. Amerik. Lijn, alte	—	—
neue	—	—
Nederl.Scheepvrt. Unie	66,13	66,13
Zucker		
Cult. Mij. Vorstenland.	54.75	52,00
Hand.-Vereenig. Amst.	196,00	192,38
Tabak		
Deli-Batavia Mij.	142,00	138,50
Deli-MaatschappijCert.	124,50	122,00
Senembah	130,50	131,50
Verschiedenes		
Kreug.&TollWstd Obl.	—	—
do. A.G.B. Ant.	1 7/16	—
Mueller&Co.Wstd.Pref	8,50	8,88
Montecatini	—	—
Vorläufig not. Werte		
6% Siem. & H. Obl. 2930	82,00	80.00
A. E. G. Cert. v. Akt.	25,50	26,25
Associated Rayon Cert.	—	—
Dtsch. Bank Cert.	—	—
Soc. Intern. de Placem.	240,00	233,00
Ford Akt., Berl. Em.	—	—
5% Associated Rayon Debentures	44,50	44,38
6% Rh.-Westf.El.Obl 27	—	—

Tendenz: Fester.

Deutsche Reichsschuldbuchforderungen

	5. 10.	4. 10.			
			Fälligkeit 1942	—	—
Fälligkeit 1933	80,50	80.50	„ 1943	54,00	54,00
„ 1935	—	—	„ 1944	53,50	—
„ 1936	—	66.00	„ 1945	—	63 00
„ 1940	—	—	„ 1947	—	—
„ 1941	—	—	„ 1948	—	—

PARIS, 5. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	5. 10.	4. 10.
3% frz.Rente	82.30	82,15
4% 1917	96.50	96,75
5% 20Amort.	123,50	122,80
6% 1920	101,90	101,80
6% 27Amort.	104,87	104.80
B. de France	118,05	116,50
B.Paris Pays Bas	1581	1566
Comp. Algér.	1535	1519
Compt. Nat. d'Esc..Paris	1175	1165
Credit Fonc.	4700	4550
Créd. Lyonn.	2055	2075
SocGénérale	1098	1095
Suez	146,90	146,25
Est	810	811
Lyon	1080	1080
Midi	930	—
Nord	1479	1470
Orléans	1110	998
Métropolit.	1369	1354
Electricité (Cie. Gén.)	2180	2150
Energ.d.Nrd.	656	660
Thomson	400	395

	5. 10.	4. 10.
Courrières	373	368
Lens	471	462
Kuhlmann	479,00	470
Gafsa	370	361
Prod. Chim. Alais	1270	1260
Charg.Réun.	223	216
Transatlant.	71.00	71,00
Air. Liquide	798	777
UnionEurop. et Finance	396	379
Russen Cons.	4.40	4,30
Serben 4% 1895	44.00	—
Türken Unif.	27,10	28,90
Banq. Ottom.	449	446
Wagons Lits	78,00	78,00
Tramways	481	477
Eaux (Cie. Gén.)	1530	1590
Electr. Paris	1225	1215
Energie Electric	1035	1034
Energie Ind.	200	200

	5. 10.	4. 10.
Est Lumière	495	495
Industrie El.	570	577
Union d'Electric	845	840
Aciéries de Longwy	518	515
Schneider (Creuzot)	1265	1260
Saint Gobain	1765	1785
Soie Artif.	3325	3300
Messageries Maritimes	62,00	62,00
Deutsch.Anl. 7% 1924	74,15	74,00
5½% Young-Anleihe	590	595
Russ. Anl. 4½% 1909	1,75	—
Caoutchoucs	95.00	90,00
Hotchkiss	1145	1114
Jagersfont.	97,00	90,00
Terres Roug.	124.00	117,50
Tharsis	269 00	265,00
Tubize	166,50	160,00
Harp. Bergb.	—	—

Kursverluste in Wallstreet

Auch Weizenbörse schwach

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 5. OKTOBER

Nachdem die New-Yorker Börse zwei Wochen lang nur unbedeutenden Schwankungen unterworfen war, erfolgte heute ein starker Kurseinbruch. Es ist schwer feststellbar, ob er auf die Enttäuschung über den Mangel an konstruktiven Vorschlägen in der gestrigen Hoover-Rede oder auf Roosevelts gestärkte Position im Staate New York zurückzuführen ist. Höchstwahrscheinlich ist, daß das Ausbleiben günstiger Handelsnachrichten nach dem Aufschwung vor zwei Wochen die Börse ermüdete. Es wird angenommen, daß eine Anzahl neuer unerfahrener Spekulanten in New York und Chikago Verkäufe getätigt haben. Infolge der Unwahrscheinlichkeit, daß bald weitere Steigerungen erfolgen, stießen sie ihr Material anscheinend mit Verlusten ab. Der Entwicklung entsprach die Tendenz an der Chikagoer Getreidebörse, an der Weizen über 2 Cent pro Bushel fiel.

Tägliches Geld 2 pCt. (Vortag 2 pCt.); Bankakzepte (90 Tage) Brief ¾ (¾); (90 Tage) Geld ⅞ (⅞); Prima Handelswechsel niedr. Kurs 2 pCt. (2 pCt.); höchst. Kurs 2¼ (2¼).

Devisenkurse von 4 Uhr nachm.: London (Cable Transf.) 3,45 7/16 (3,45 7/16); Paris 3,91 15/16 (3,91 13/16); Brüssel 13,88 (13,88); Rom 5,12⅞ (5,12⅞); Madrid 8,17 (8,17); Bern 19,28 (19,27¾); Amsterdam 40,17½ (40,16½); Stockholm 17,75 (17,74); Oslo 17,42½ (17,42); Kopenhagen 17,92½ (17,92); Japan 23,87 B (23,75 B); Buenos Aires 25,75 (25,75); Rio de Janeiro 7,63 (7,63); **Berlin 23,78 (23,79).**

Silber 27⅜ (Vortag 27⅜).

Effekten-Schlußkurse

Amerik. Eisenbahnakt.	5. 10.	4. 10.
Atch., Topeka & St. Fé	46,63	53.75
Baltimore & Ohio	13.75	16.50
Canadian Pacific *)	15.25	16,63
Chesapeake & Ohio *)	21.00	23,38
Chic., Milwauk. & St.P.	2,75	3,13
Chic., Rock Isl. & Pac.	7,00	8,50
Erie com.	7,00	7.88
Great Northern pref.	14,88	17.38
Missouri Pacific pref.	10,13	11,63
New York Central	23.88	28.50
Northern Pacific	18,38	22,25
Pennsylvania	16 75	19,00
St.Louis & St.Francisco	3,00	3.00
Southern Pacific	22.50	27,50
Southern Railway com.	9.50	12.13
Union Pacific	67,25	74,50
Amerik. Industrieakt.		
Air Reduction	54,13	59,38
Allied Chemical	75.63	80.25
American Can	50,25	54,75
American Smelting	16.00	18.63
Americ. Steel Foundr.	8.63	9.88
Americ Tel. & Telegr.	106.88	112.25
American Tabacco	74.50	79,25
Anaconda Copp Mining	10.50	12.38
Bethlehem Steel Corp.	20,25	23.13
Chile Copper	8.00	8,25
Chrysler	15.00	17.75
Columbia Gas u. El.	15,00	16,75
Consolidated Gas	57 38	60.88
Du Pont de Nemour	36,63	41,38
Eastman Kodak	51,00	54,00
General Electric	16,63	16,38
General Motors (St. 10$)	15,00	16,50
Gillette Safety Razor	17.75	19.50
Good Year	18,13	19.75
International Harvest.	24.75	29.38
Internat. Alcohol	27,63	31 63
Internat. Nickel	8,75	9.38
Lehman Corporation	43.50	46,50
Nash Motors	13.75	15,13
North American Co.	30 63	34,25
North American Trust shares	2,10	2,25
Radio Corporation	8,38	9,50
Royal Dutch	20.00	20.75
Sears Roebuck & Co.	21.13	24.25
Standard Oil	29,13	30,75
U. S. Rubber	5,50	6.88
U. S. Steel Corp. com.	38.00	42.50
Woolworth	37.13	39,25
National City Bank	49.25	53,00
Westinghouse Electric	32,00	36,13
Dtsch. Industrieaktien		
Norddeutscher Lloyd	—	5,38
Rhein.-Westf El.-W.	12,50	12,50
Ausl. Industrieaktien		
Kreuger & Toll (20 schwed. Kronen)	0,25	0,25
Sofina	—	—
Amerik. Obligationen		
3½% U.S.A. Liberty B.	101 11/32	101 11/32
4% St.LouisS.Francisco	14,63	15.00
5½% J. G. Chemical	78,75	78,75

*) Neue Aktien.

Ausl. Industrie-Obligat.	5. 10.	4. 10.
5% Kreuger & Toll (Amer. Certif. à 20 Schwedenkr.)	18,75	19,00
Dtsch. Industrie Werte		
6½% Berl. Städt. E.-W.	54,38	53,00
5½% Commerzbank 37	54.50	55.00
6½% El. Hoch- u. U.-B.	49.63	51.13
6% A. E. G. 1948	44,00	41.63
7% dito 1945	51,88	52,75
7% Dtsch Atl. Telegr.	58,00	58,00
6% Deutsche Bank u. Discontoges. 1932	90.13	90,00
6% Dt. Landesb. Ser. B	61,25	58,25
7% Rentenb.-Kred.-A.	59,63	61.00
6% do. Serie II	52,25	52.75
6½% Elektrowerke 50	52,50	53.00
6% Gesfürel 1953 o.Opt.	—	50,13
7% Hamb. El.-W. 1935	68.00	70.00
6½% Hapag 1940	48,50	48.50
5½% Hamb. Hochbahn Oblig. 1938	56,00	59.00
6% Ilseder Hütte 1948	45.00	45.00
7% Miag. m. Opt. 1956	42.00	39,75
6% Norddt. Lloyd 1947	46.75	46.50
6% Gelsenkirchen 1934	55,50	56,00
7% Rh.-Elbe-U. o. O. 46	47,00	47.00
7% Rhein-Main-Donau	58,00	58.25
6% Rhein.-W. El.W. 55	—	51.00
7% do. 50	56.00	58,75
6% do. m. Opt. 53	50,50	51.00
7% Sächs. Werke 1945	56,63	57.00
6½% Siem. & Halske 51	66,88	66.00
6% do Deb. 2930	300.00	300,00
7% Hugo Stinnes 1946	41.00	42,00
7½% Leonh.Tietz o.Opt.	—	51.00
6% Ver. El.-W. Westf.	37,63	40.00
6% Rh.-W Wasserw. 53	40.50	42,50
6½% V.StahlS.A.o.O.51	41.50	41.25
6% Viag 1945	51,25	50,00
6% KarstadtOblig. 1943	29.00	30.00
6½% Ruhrgas-Anl. 1953	45,00	47,00
Ausländische Anleihen		
6½% Bayer. St.-Anl. 45	50,38	50.25
7% Belg. Stab. Anl. 55	106.00	106,00
7% do. 56	105.38	105.50
3½% Berl. Stadtanl. 50	43 00	43,00
7% Brem.Staats-Anl.35	55,00	56,88
6% Spark. u. Girov. 47	47,00	48,13
7% do. 47	46,00	49,25
7% Deutsche Reparat.-Anl. (Dawes-Anl. 49)	69,50	71.00
7% Dresd. Stadtanl. 45	—	55.00
6% Hamb. Stadtanl. 46	44,25	43,50
6½% Köln.Stadtanl. 50	41.75	43.00
7% Leipz. Stadtanl. 47	—	45.25
5% Mex. Ausl.-Anl. 45	3,00	3,00
4½% Mex. Irrigat. 43	3,00	3,00
4% Mex. Goldanl. 1954	3,00	3,00
7% Münch. Anl. 1941	48,00	48,00
7% Oesterr. Reg.-Anl. 1943 (Völkerb.-Anl.)	92,50	90.00
6½% PreußStaatsanl.51	47,50	49,00
6% do. 52	48.00	49.00
6% Stadt Wien 1952	55.00	55,25
5½ Dt.Reichsa.(Young)	51,75	53,00
Aktienumsatz	3 000 000	1 200 000

LONDON, 5. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.
2½% Consols	73,50	73,88	Metropolit.	60,00	61.00	Bwana		
Assented			South Def.	9.75	9,88	M'Kubwa	4/—	5/—
War Loan	100 9/16	100 9/16	Undergrnd	17/6	17/6	Mex. Eagles		
4% Argent. 97	60,00	60.00	Brazil Tract.	14,38	14,75	Common	8/4½	8/3
3½% Buenos			Radio Corp.	13,88	13,63	Royal Dutch	18,50	18,63
Air. 1906-09	39.50	39,50	Svenska			ShellTransp.	2,63	2,63
4% Brazil. 89	19,00	18,50	Kugellager	6 3/16	6.13	ShellTr 5%P	11,25	11,25
5% Chil. 1911	16.50	16,50	Cons. Goldf.	34/3½	35/—	Anglo Dutch		
5% do. 1896	16,50	16,50	Central Mi-			Plantations	11/6	11/6
4½% Chin. 98	93.50	93,50	ning Corp.	11.50	11,50	Rubb. Plant.	14/6	14/6
5% Chinese			East Rand	15/6	15/6	Elect. Music.		
Reorg.Loan	68,00	67,50	GeduldProp.	97/6	97/6	Industries	13/—	13/—
4% Egyptian	95,00	95.00	Gen. Mining	27/—	26/9	British Cela-		
7% Germ. L.	86.00	85,50	Rand Mines	78/9	78/9	nese Ord.	9/—	8/9
6% State of			Randf. Est.	42/6	41/6	Courtaulds	31 10½	31,10½
Hamb. L. 26	53,00	53,00	West Rand	17/6	16 6	Snia Viscosa	42 6	43/9
Köln. Sterl.L.	50.00	50,00	Cons. Diamd			Brit. Match	27/4½	27/4½
5% Younganl.	76,50	76,50	SW.-Africa	4/3	4/6	Swedish		
4% Japan 99	55,50	54,50	DeBeers Def	4 5/16	4/—	Match B	15/9	16/4½
5% Mex. L.99	8,00	8,00	do. Pref.	7,25	6,75	Dunlop Rubb	18 1½	18/—
5% Russian	1,00	1.00	New Jagers-			7% Germ.Pot	98.00	98,00
4% Türk.Unif	8,25	8,25	fontein	1,13	1 1/16	Imper. Che-		
Great West.	32.00	32,00	Rio Tint.Ord	16,88	16.63	mical Ind.	21/1½	21/3
London Midl.	14,75	14,75	Otavi Mines	20/—	20/—	Intern. Hold	1,88	1,88
Lond. North			Anglo-Pers.	55/—	55/—	Hydro Elect.		
East Defd.	4,63	4,75	Brit Burmah	4/6	4/6	Sec. Corp.	10,63	10,63

ZÜRICH, 5. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	5. 10.	4. 10.
Elektrobank A.	675.00	668,00
Basler Handelsbank	456,00	—
Eidgenössische Bank	450,00	450,00
SchweizBankgesellsch	440 00	440.00
Schweiz. Bankverein	545.00	543.00
Schweiz. Kreditanstalt	595,00	593.00
Schweiz. Nationalbank	—	—
Wiener Bankverein	—	—
Orientbetrieb	115.00	—
Cont. Linoleum Zürich	82,00	80,00
I.G.Chemie Basel, volle	450.00	450,00
Motor Columbus A.-G.	315,00	308.00
Indelec Basel	615.00	613,00
Franco-Suisse St.-A.	—	—
Böhler Stahl	—	—
Hispano Americ A.B.C.	895	880
Italo-Argentina	103,00	103,00
El. Licht u. Kraft, Berl.	264,00	260.00
Gesfürel. Berlin	71.00	69,00
Sidro Prior.	72.00	—
Aluminium-Ind. Neuhausen	1665	1640
Brown, Boveri & Co., Baden	208,00	206.00
Elektr. Werk Lonza	107,00	105,00
Nestlé & Anglo Swiß	544.00	540.00
Sulzer-Unternehmung.	—	—

	5. 10.	4. 10.
A. E. G. Berlin	33,00	32.00
J. P. Bemberg, Barmen	107,00	100.00
Co. Sevillana de Electr.	—	—
Steaua Romana Petrol.	6,50	6,50
Svenska Serie B	14.00	14,00
3½% S.B.B. Serie A—K	98,90	99.00
4% „ „ 1912/14	101.70	101,75
4½% „ „ 1922	102,65	102.70
5% „ „ 1924	—	—
4½% Eidg A. O. 1927	106.25	106,10
5½% Young Anl.	54,00	53.50
7% Oest. Bundesanl. 30	54.75	—
7½% Ungaren	45,00	47,00
7% Dawes-Anl. Frank.	—	—
7% Dawes-Anl. Pfund	57,50	56,50
6% Chade-Bonds, neue	42,50	41.00
7% Bewag	—	—
7% Kalisyndikat	—	70.00
Basel		
Chem.Fbr. vrm. Sandoz	—	—
Ges. f. chem. Ind.	2460	—
5½% Young-Anl.	54,00	53,75
Genf		
Totis	346,00	350.00
Nasic	—	47,00

Tendenz: Fester.

Devisen und Noten

PARIS, 5. OKTOBER.

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.
London	88.12	88,15	Oslo	444.00	—	Belgrad	—	—
New York	25,51¼	25,52½	Stockholm	453,25	454,00	Rio	—	—
Belgien	354.25	354,25	Helsingfors	—	—	Warschau	—	28,65
Spanien	208.63	208,50	Prag	75.60	75,60	Sofia	—	—
Italien	130.90	130,90	Rumänien	15,15	—	Athen	—	—
Schweiz	492.00	492,25	Budapest	—	—	Konstan-		
Kopenhag.	—	—	Wien	—	—	tinopel	—	—
Holland	10,25¾	10,25½	Berlin	—	—	Buen. Aires	—	—

LONDON, 5. OKTOBER.

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.
Paris	88,12	88.15	Belgien	24,88	24,88	Italien	67,34	67,34
New York	3,45⅝	3,45⅝	Spanien	42,28	42,28	Schweiz	17,91	17,91
Berlin	14,52½	14,54	Holland	8,59¾	8,59½	Wien	29,25	29,12

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 5. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Rotwinter loko 60¾ (Vortag 63); do. Hartwinter loko 60 (62¼). — Mais loko 36⅜ (37½). — Mehl spring wheat clears 3,70—4,00 (do.). — Getreidefracht nach England 1/6 bis 2/3 sh (do.); nach dem Kontinent 5½ c (do.).

Kaffee Santos Nr. 4 loko 12½ (Vortag 12½); Rio Nr. 7 loko 9,00 (9,00); Tendenz fest; Dez. 6,53 nom. (6,50 nom.); März 6,10 nom. (6,00 nom.); Mai 5,93 nom. (5,88 nom.); Juli 5,84 nom. (5,78 nom.).

Baumwolle: Tendenz kaum stetig: loko 7,10 (7,15); Oktober 6,93—93 (6,99—99); Dezember 6,99—7,01 (7,08—09); Januar 1933: 7,05—05 (7,13—13); März 7,13—14 (7,24—24); Mai 7,25—26 (7,34 bis 7,34); Juli 7,32—34 (7,40—41); Baumwollzufuhr in Atlantischen und Golf-Häfen 31 000 (67 000).

Metalle: Elektrolytkupfer loko 6,25 B (6,25 B); prompte Lieferung bzw. per 30—90 Tage 6,00 B (6,00 B); Zinn loko 24,30 (24,50); Blei loko 3,25 (3,25); Zink loko 3,12½ (3,10); Roheisen 2 einfach Buffalo Lieferung Boston per Bahn 19,04—20,04 (19,04—20,04); Weißblech 4,75 (4,75).

Petroleum Standard white in Cases 16,65 (16,65); in Fässern 12,25 (12,25). — Midcontinent 33/33.9 gr. in Barrels 0,86 (0,86). — Pennsylvania Rohöl 1,22—1,42 (1,22—1,42).

Zucker Zentrifugal, Tendenz ruhig: Oktober 99 nom. (99); Dezember 1,06—07 (1,06); Januar 1933: 1,03—04 (1,03—04); März 1,00—01 (1,00).

Kautschuk thin crepe loko 4 1/16 (4 3/16); do. smoked sheet 3 7/16 (9 9/16). — Terpentin 45½ (45); Savannah do. 40½ (40).

CHICAGO, 5. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz willig: Dezember 52—51⅞ (54¼—⅛); Mai 1933: 57—57⅛ (59⅛); Juli 58¼ (60⅜). — Mais: Tendenz willig: Dezember 26¾ (28); Mai 1933: 31¾ (33); Juli 33⅛ (34½). — Hafer: Tendenz kaum stetig: Dezember 16½ (17¼); Mai 19⅜ (20⅛). — Roggen: Tendenz willig: Dezember 33¾ (35⅝); Mai 1933: 37⅛ (38⅝).

An den Getreidemärkten herrschte heute eine schwächere Stimmung. Die Rede des Präsidenten Hoover blieb völlig ohne Eindruck. Am Weizenmarkte kam es infolge der enttäuschenden Auslandsmeldungen und angesichts der Kursrückgänge an der Effektenbörse zu Liquidationen. Da hierbei verschiedentlich Step-Loss-Limite erreicht wurden, verschärfte sich die Abwärtsbewegung. Mais folgte der Bewegung am Weizenmarkte. Im Anschluß an das stärkere Inlandsangebot kam es zu vermehrten Sicherungsverkäufen.

Schmalz: Tendenz willig: Oktober 4,50 (4,70); Januar 1933: 4,15 (4,40); Mai 4,25 (4,52½). — Schweinezufuhren in Chicago 16 000 (18 000); do. im Westen 72 000 (69 000).

Leichte Schweine niedr. Preis 3,75 (3,75); höchster Preis 4.10 (4.10); schwere do. niedr. Preis 3,55 (3,50); höchster Preis 4,00 (4,00).

WINNIPEG, 5. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz kaum stetig; Okt. 48⅞ (Vortag 49¼); Dez. 51¼ (51⅝); Mai 56⅝ (56¾). Hafer: Okt. 23⅜ (24¼); Dez. 22¾ (23⅞); Mai 25⅞ (27). Roggen: Okt. 29 (29¾); Dez. 31 (31⅝); Mai 35¾ (36½). Gerste: Okt. 23¾ (24¾); Dez. 25 (26¼); Mai 28¼ (29¾).

BUENOS AIRES, 5. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Okt. 6,87 (Vortag 7,05); Nov. 6,75 (6,88); Febr. 6,31 (6,45). Mais: Okt. 4,70 (4,78); Nov. 4,81 (4,90); Dez. 4,93 (5,02). Hafer: Okt. 5,60 (5,55). Leinsaat: Tendenz willig; Okt. 10,03 (10,10); Nov. 10,08 (10,25); Febr. 10,08 (10,27).

ROSARIO, 5. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Nov. 6,55 (6,70); Febr. 6,30 (6.40). Mais: Nov. 4,70 (4,75); Dez. 4,80 (4,90). Leinsaat: Nov. 9,95 (10,17); Febr. 9,90 (10,10).

LONDON, 5. OKTOBER. **(Privat-Telegramm.)** Telegrafische Auszahlung in London auf ostasiatische Plätze:

		5. 10.	4. 10.
Bombay	per Rupee	1/6 5/32	1/6 5/32
Calcutta	per Rupee	1/6 3/16	1/6 3/16
Hongkong	per Dollar	1/4 3/8	1/4 3/8
Shanghai	per Tael	1/9 3/8	1/9 5/16
Singapore	per Dollar	2/3 29/32	2/3 29/32
Manila	per Dollar	2/10 1/2	2/10 1/2
Kobe	per Yen	1/4 7/16	1/4 15/32

AMSTERDAM, 5. OKTOBER.

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.
			Italien	12,77½	12,77½	Prag	7,37½	7,37½
Berlin	59,15	59,16	Madrid	20,36	20,37½	Belgrad	—	—
London	8,59½	8,60	Oslo	43,30	43,30	Warschau	—	—
New York	248 15/16	249,00	Kopenhag.	44.65	44,70	Helsingf.	—	—
Paris	9,75½	9,75½	Stockholm	44,30	44,25	Bukarest	—	—
Belgien	34,55	34,55	Wien	—	—	Yokohama	—	—
Schweiz	47.99	47,99	Budapest	—	—	Buen. Aires	—	—

KOPENHAGEN, 5. OKTOBER.

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.			
						Stockholm	99,20	99,15
London	19,28	19,28	Antwerpen	77,65	77,60	Oslo	97,25	97,25
NewYork	559,25	559,25	Zürich	108.05	108,00	Helsingf.	8,35	8,35
Berlin	133.05	133,10	Rom	28.85	28,80	Prag	16,65	16,65
Paris	22,05	22,00	Amsterdam	224,90	224,90	Wien	—	—

OSLO, 5. OKTOBER.

	5. 10.	4. 10.					5. 10.	4. 10.
			New York	575,50	575,50			
London	19.86	19,86	Amsterdam	231,50	231,50	Stockholm	102,25	102,25
Berlin	137,25	137,25	Zürich	111,25	111,25	Kopenhag.	103,25	103,25
Paris	22,60	22,60	Helsingfors	8,70	8,70	Prag	17,15	17,15
Rom	29,65	29,65	Antwerpen	80,25	80,25	Wien	—	—

STOCKHOLM, 5. OKTOBER.

	5. 10.	4. 10.					5. 10.	4. 10.
			Schweiz	109,50	109,50			
London	19,48	19,48	Amsterdam	227,00	227,00	Helsingfors	8,45	8,45
Berlin	136.00	136,00	Washington	101,50	101,50	Rom	29,50	29,50
Paris	22,35	22,35	Oslo	98,50	98,50	Prag	17,75	17,75
Brüssel	79.00	79,00	Kopenhagen	564,00	564,00	Wien	—	—

PRAG, 5. OKTOBER. **(Notierungen der Devisen-Zentrale.)**

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.			
						Stockholm	598,00	600,00
Amsterdam	1357,75	1356,00	London	116.50	116,55	Wien	475,00	475,00
Berlin	804,88	805,00	Madrid	276,00	276,00	D.Marknot.	803,00	803,50
Zürich	651,50	651,00	Mailand	173,63	173,63	Poln. Noten	378.50	378,38
Oslo	587,00	586,50	New York	33,78	33,79	Belgrad	59,4	59,44
Kopenhag.	604,50	605,00	Paris	132,35	132,40	Danzig	664,00	664,00

WIEN, 5. OKTOBER. **(Notierungen der Devisen-Zentrale.)**

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 19.
Amsterdam	284,90	284.90	Paris	27.77	27,77	Tschechosl.	20.97½	20,96½
Berlin	168.70	168,70	Prag	20,99½	20,98½	Poln.Noten	79,20	79,30
Budapest	124,29½	124,29½	Zürich	136.80	136,75	Doll.-Noten	706.50	706.50
Kopenhag.	124,75	124,75	D.Marknot	168.10	168,10	Ung. Noten	—	—
London	24,50	24,50	Lirenoten	—	36,96	Schweden	122,20	122,20
New York	709,20	709,20	Jugoslaw.	10.94	10.94	Belgrad	12,516	12,516

ZÜRICH, 5. OKTOBER. **(Devisenkurse.)**

	5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.		5. 10.	4. 10.
Paris	20,32½	20,32½	Wien	—	—	Belgrad	7,60	7,60
London	17,91¾	17,91½	Stockholm	92,00	92,00	Athen	3,10	3,17
NewYork	518,75	518,75	Oslo	90,20	90,20	Konstan-		
Belgien	72,00	71,97½	Kopenhag.	93,00	93,00	tinopel	2,47	2,47
Italien	26,60½	26,60½	Sofia	373,00	373,00	Bukarest	3,07	3,07
Spanien	42,37½	42,40	Prag	15,35	15,36	Helsingfs.	7,70	7,70
Holland	208,38¾	208,37½	Warschau	58,10	58,10	Buen. Air.	1,12	1,12
Berlin	123,25	123,32½	Budapest	—	—	Japan	1,23	1,20

MAILAND, 5. OKTOBER.

	5. 10.				
		Belgien	271.00	Stockholm	356,00
Wien	—	Bukarest	—	Madrid	359,75
Paris	76.37	Berlin	465,00	Sofia	—
New York	19,49	Zürich	375,85	Athen	—
Prag	58,00	Belgrad	—	Budapest	—
London	67,35	Oslo	340,00	Rußland	—
Holland	785,00	Kopenhagen	350,00	Warschau	217,00

Warenmärkte

Kolonialwaren

LONDON. 5. OKTOBER. Rohzucker. (Schluß.) Termine: Okt. 6/1½ B 5/9 G; Nov. 5/11½ B 5/10 G; Dez. 5/11½ B 5/11 G 5/11 bz; Jan. 33: 6/1¼ B 5/11½ G; Febr. 6/1¼ B 6/0¾ G; März 6/2 B 6/1¾ G 6/2 bz; April 6/3 B 6/2½ G; Mai 6/4 B 6/3¾ G; Juni 6/5¼ B 6/4¾ G; Juli 6/6 B 6/5½ G; Aug. 6/6½ B 6/6¼ G 6/6½ bz; Sept. 6/7½ B 6/7 G; Tendenz ruhig. — Reis (Shilling per cwt. C. J. F.), Tendenz ruhig; Burma Nr. 2 Okt.-Nov. 8/1½ V; Saigon Nr. 1 Okt.-Nov. 7/10½ V; Siam Super Nr. 1 Okt.-Nov. 9/0 V.

Textilien

BREMEN. 5. OKTOBER. Baumwolle (Schluß.) Termine: Dez. 8,09 B 8,03 G; Jan. 33: 8,12 B 8,06 G 8,16 bz; März 8,19 B 8,17 G 8,27, 8,17 bz; Mai 8,31 B 8,27 G; Juli 8,38 B 8,35 G 8,41, 8,35 bz; Tendenz abgeschwächt.

LIVERPOOL. 5. OKTOBER. Baumwolle, (Schluß.) Gesamter Tagesumsatz 15000. Loko Wirkl. American middl. 5,86; Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 8,35; Aegypt. Upper F. G. F. 7,18; Ostind. M. G. Surtee F. G. 5,71. Americ. Universal Stand. middl., Tendenz ruhig, stetig: Okt. 5,60; Nov. 5,57; Dez. 5,55; Jan. 33: 5,54; Febr. 5,54; März 5,54; April 5,55; Mai 5,56; Juni 5,56; Juli 5,56; Aug. 5,55; Sept. 5,55; Okt. 5,54. Aegypt. Sakellaridis: Tendenz stetig: Okt. 7,92; Nov. 7,98; Dez. 7,94; Jan. 33: 8,00; März 8,12; Mai 8,20; Juli 8,28. Upper: Okt. 6,97; Nov. 6,97; Dez. 6,98; Jan. 33: 7,00; März 7,05; Mai 7,09.

ALEXANDRIEN. 5. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Okt. 12,38; Nov. 15,42; Dez. 12,41; Jan. 33: 15,55; Febr. 12,55; März 15,70.

BOMBAY. 5. OKTOBER. Baumwolle. Fullygood M. G. Bengal Dez.-Jan. 171; Fine M. G. Oomra Dez.-Jan. 192; Fullygood M. G. Broach April-Mai 217. London auf Bombay 1/6/16.

LONDON. 5. OKTOBER. Wollauktion. Der Besuch war auch heute mäßig. Insgesamt kamen 5909 Ballen zum Angebot, die Auswahl in schweißigen Merinowollen war ziemlich gut, in Crossbreds gut. Bei ziemlich flottem Geschäft und allgemeiner Kauflätigkeit wurden innerhalb der Auktion 3809 Ballen zugeschlagen. Geringe und beschädigte Slipes sowie mittlere und Scoured Lammwollen wurden infolge zu niedriger Gebote zumeist zurückgekauft. Austral-Merinos in allen marktgängigen Qualitäten sowie mittlere und grobe Neuseeland-Crossbreds waren gut behauptet, beste Austral-Scoureds konnten ihren Preisstand sogar eher etwas bessern, mittlere und geringe Austral-Scoureds, geringe Cap Snow Whites und feine und mittlere Merino-Waschwollen waren gleichfalls gut behauptet.

Kautschuk

LONDON. 5. OKTOBER. Kautschuk (Pence per lbs.): Tendenz stetig; Standard Nr. 1 Crepe loko $2^{11}/_{16}$ bzV; Standard smoked Sheet loko $2^{5}/_{8}$ bzV; Okt. $2^{9}/_{16}$ bzW; Dez. $2^{19}/_{32}$ bzW; Jan.-März $2^{21}/_{32}$ bzW; April-Juni $2^{23}/_{32}$ bzK; Juli-Sept. $2^{13}/_{16}$ bzK.

Metalle

LONDON. 5. OKTOBER. Metalle. (Schluß.) Kupfer: Tendenz stetig; Standard per Kasse 33¾—33¹¹/₁₆; 3 Monate 33¹¹/₁₆ bis 33¾; Sett. Preis 33¾; Elektrolyt 37¼—38; best selected 35¾ bis 37; strong sheets 62; Elektrowirebars 38. Zinn: Tendenz stetig; Standard per Kasse 151¼—151½; 3 Monate 152¾—152¾; Sett. Preis 151½; Banka 160½; Straits 157½. Blei: Tendenz fest; ausländ. prompt 12⁵/₁₆; entfl. Sichten 12⅝; Sett. Preis 12⅝. Zink: Tendenz fest; gewöhnl. prompt 15¾; entfl. Sichten 15⁷/₁₆; Sett. Preis 15¾. Aluminium: Inland 100. Antimon Regulus: Erzeug.-Preis 42—42½; chines. per 22—22½; Quecksilber 9¾—9½; Platin 9¾—9¾; Wolframerz 11¼—11½; Nickel Inland 240—245; Ausland 37—38; Weißblech 16—16¼; Kupfersulphat 17½—18; Clevelandsäure Nr. 3 58½. Silber 17¾; auf Lieferung 17¹¹/₁₆. Gold 119¼.

Aronheim u. Cohn erstreben gerichtlichen Vergleich. Das insolvente Warenhaus Aronheim u. Cohn in Stettin beabsichtigt, in einer am 12. Oktober stattfindenden Gläubigerversammlung einen Status vor, der verfügbare Aktiven von 0,25 Mill. M gegenüber Gesamtpassiven von 0,60 Mill. M ausweist. Unter Berücksichtigung von 0,11 Mill. M Vorrechtsforderungen verbleiben freie Aktiven von 0,14 Mill. M. Der Grundbesitz Berlin-Stettin mit annähernd 1 Mill. M ist voll belastet und kommt daher für die Masse kaum in Frage. In der Gläubigerversammlung wurde, lt. „Konfektionär", insbesondere über die Möglichkeiten gesprochen, das Unternehmen zu sanieren. Es wird ein Liquidationsvergleich erstrebt, oder man sucht einen Interessenten zu finden, der durch neue Barmittel das Geschäft wieder lebensfähig gestaltet und eine quotenmäßige Befriedigung der Gläubigerschaft ermöglicht. In der Gläubigerversammlung sprach man unverbindlich von einer 30proz. Quote. Nach längerer Debatte wurde ein aus elf Personen bestehender Gläubigerausschuß gewählt, der an der Fortführung dieser Gläubigerversammlung beteiligt sind, wird das gerichtliche Vergleichsverfahren mit Bescheinigung angestrebt.

Vergleich M. Protzen u. Sohn perfekt. In dem Vergleichstermin der Firma Dr. M. Protzen u. Sohn, Berlin-Stralau, erstattete die gerichtlich bestellte Vertrauensperson Bericht darüber, daß nunmehr eine Einigung mit den Verwandten und den Banken, die insgesamt allein über eine halbe Million Mark zu fordern haben, erzielt worden ist. Der Vergleichsvorschlag, der bereits bestätigt ist, den Vergleichsvorschlag, wonach den am Verfahren beteiligten Gläubigern eine Quote von 33⅓ pCt., bei Vollzahlung der Forderungen bis 100 M, gezahlt wird.

Kapitalherabsetzung Industrie-Verlag, Düsseldorf. Eine scharfe Kapitalherabsetzung nimmt die Industrie-Verlag und Druckerei AG., Düsseldorf, vor. Die am 25. Oktober stattfindende o. G.-V. soll Beschluß fassen über eine Ermäßigung des Grundkapitals in erleichterter Form zur Anpassung an den durch die Wirtschaftsentwicklung veränderten Vermögensstand von 6 Mill. auf 2,1 Mill. RM. Im Verlage dieser Gesellschaft erscheint u. a. die Deutsche Bergwerkszeitung. Eine Dividende konnte schon in den letzten Jahren nicht verteilt werden.

Röhrengeschäft nicht gebessert. Nach dem Bericht des Röhrenverbandes G. m. b. H. Düsseldorf, ist die Marktlage im Inland weiterhin zurückhaltend. Der Auftragseingang hat sich, wie der „Voss. Ztg." aus Essen gemeldet wird, im September nicht gebessert. Die Umsätze bewegen sich auf dem unbefriedigenden Stand der Vormonate. Das Auslandsgeschäft ist nach wie vor schwierig. Die sich immer mehr durchsetzenden protektionistischen Maßnahmen in den verschiedenen Exportländern erschweren die Exporttätigkeit in steigendem Maße.

Einigung mit der Derop?

Benzinverhandlungen vor dem Abschluß

Von ausschlaggebender Bedeutung für die praktische Wirksamkeit der vor wenigen Wochen in München abgeschlossenen Benzinkonvention ist die Stellung der Russen. Sie haben schon einmal durch ihre Außenseiterstätigkeit eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so festgefügte Vereinbarung zum Scheitern gebracht. In der gestrigen GV. der Derop, der amtlichen Deutschen Vertriebsgesellschaft für russische Oelprodukte AG., ist nunmehr darauf hingewiesen worden, daß die mit der Benzinkonvention geführten Verhandlungen wegen eines Beitritts der Derop vor einem voraussichtlich alle Teile befriedigenden Abschluß ständen. Es bleibt abzuwarten, wie das Ergebnis der Beratungen im einzelnen aussieht. Für die Russen war eine Quote von etwa 16 pCt. auf dem deutschen Absatzmarkt offengelassen worden. In der Zwischenzeit scheint es allerdings, als ob sich die Derop nur lose an die Konvention binden wolle, ohne deren offizielles Mitglied zu werden.

Der Abschluß der Derop, deren Aktienkapital von 10 Mill. RM sich restlos in den Händen amtlicher russischer Wirtschaftszellen befindet, zeigt gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Verbesserung. Im Jahr 1931 erbrachte einen Gewinn von 0,85 Mill. RM, so daß der Verlustvortrag von 2,77 Mill. RM eine entsprechende Ermäßigung erfährt. In welchem Maße sich das Geschäft der Derop erweitert hat, geht daraus hervor, daß der Bruttoertrag mit 16,22 (10,91) Mill. RM sehr stark über dem Vorjahr liegt. Es wird dem auch betont, daß das größere Geschäft den Preisverfall eingermaßen hätte ausgleichen können. Hand in Hand damit stiegen auch die Unkosten, die jetzt mit 12,35 (10,4) Mill. RM ausgewiesen werden. Abschreibungen erscheinen mit 3,6 (3,04) Mill. RM. Die beabsichtigte Kapitalerhöhung um 10 auf 20 Mill. RM ist nicht durchgeführt worden.

Die Bilanz zeigt durchweg erhöhte Posten. So erscheinen die Anlagen mit 14,64 (12,54), Vorräte mit 5,21 (2,87), Forderungen mit 8 (5,94) Mill. RM. Demgegenüber werden Kreditoren 11,99 (8,13), Anlagekreditbriefe mit 7,26 (3,66) und Rückstellungen mit 2,36 (0,98) Mill. RM. Um die im Laufe der letzten Jahre erlittenen Verluste auszugleichen, soll der Alleinaktionär der Derop eine Zubuße leisten, die auch zugesagt ist.

●

Unveränderte Ausbeuten im Michel-Konzern. Die Grubenvorstände der im Michel-Konzern zusammengeschlossenen Gewerkschaften Michel, Leonhardt, Vesta und Gute Hoffnung beschlossen, für das dritte Quartal die gleiche Ausbeute zur Verteilung zu bringen wie für das zweite, nämliche bei Michel und bei Leonhardt je 75 RM, bei Vesta 56,50 RM, bei Gute Hoffnung 28,50 RM.

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 9. 12. 1932, 11 Uhr,

an Gerichtsstelle Grunewaldstraße 66/67, Zimmer 74, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Schöneberg, Band 51, Blatt 1813 (eingetragene Eigentümerin am 23. 6. 1930, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Wwe. Martha Breuneckeb. Böthgen in Berlin-Südende) eingetragene Grundstück Hohenstaufenstraße 6, Gemarkung Schöneberg, Kartenblatt 15, Parzelle 53, 4,61 a groß, Grundsteuermutterrolle Art. 1413, Nutzungswert 8600 M, Gebäudesteuerrolle 2110, Wohnhaus mit Seitenflügel und Hofraum. — 10 K. 74. 30. —

Berlin-Schöneberg, 27. 9. 1932.
Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Am 30. Dezember 1932, 11½ Uhr, wird an Gerichtsstelle Berlin-Spandau, Potsdamer Straße 34, Zimmer 4, das im Grundbuche von Spandau, Band 70, Blatt 2329 eingetragene Grundstück Acker an der Pichelsdorfer Straße, 13 a 18 qm groß, des Fuhrwerksbesitzers Eduard Förster in Spandau, Pichelsdorfer Str. Nr. 78, zwangsweise versteigert werden. Bieter haben auf Verlangen in der Regel eine Sicherheit von 10 v. H. des Bargebots in bar oder Wertpapieren zu leisten. Die Nachweisungen über Bezeichnung, Lage und Größe pp. können hier, Zimmer 18, eingesehen werden. — 7. K. 343. 32. —

Berlin-Spandau,
den 3. Oktober 1932.
Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerungs-Ergebnisse

Zeichenerklärung:
F. = Fläche. N. = Nutzungswert.
R. = Reinertrag.
(Nachdruck verboten.)

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte: Berichtigung: Wohnhaus mit Lagergebäuden usw. Neue Hochstr. 9 in Berlin, dem Bauunternehmer Wilhelm Kindler und dessen Ehefrau in Berlin gehörig. F. 5,86 a. N. 4940 M. Ersteher mit dem Gebot von 46 800 RM bar blieb nicht wie vorher angegeben der Kfm. Manfred Liemann in Berlin N 65, Müllerstraße 12c, sondern Ersteher blieb mit dem Gebot von 4000 RM bar und Uebernahme von 2568,94 Gr. Feing. bzw. von zus. 5775,93 GM Hypotheken der cand. med. Raphael Landau in Freiburg i. Br., Sandstr. 4.

Dolziger Str. 46 in Berlin, dem Kfm. Walter Boden u. dem stud. jur. Franz Boden, den Kaufleuten Moses J. Wallner und Idel M. Weiß in Krakau gehörig. F. 6,06 a. N. 9340 M.

Aufhebung: Gerichtstraße 35 in Berlin, dem Tischlermeister Peter August Lehmann in Berlin gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Lichterfelde: Wohnhaus, Fabrikgebäude mit Anbau usw. Dessauer Str. 22 in Bln.-Lankwitz, der Amabest Adhäsions-Metall-Asbest-Fabrik A.-G. gehörig. F. 15,02 a. N. 6310 N. 1950 M. Mit dem Gebot von 56 500 RM bar blieb Dr. ing. Kurt Panke in Berlin-Lichterfelde, Parallelstr. 9, Ersteher.

Landhaus usw. Ringstr. Nr. 60 bzw. Acker an der Ringstraße in Berlin-Lichterfelde, dem Hans Lapp u. dessen Ehefrau gehörig. F. 12,02 a bzw. 12,45 a. N. 1500 M. Mit dem Gebot von 26 600 RM bar blieb Rechtsanw. Dr. Hans Reimann in Berlin-Wilmersdorf, Rüdesheimer Platz 3, Meistbietender. Verkündung des Zuschlags am 10. Oktober 1932.

Beethovenstr. 4 in Bln.-Lankwitz, dem Kfm. Walter Kotting gehörig. F. 10,52 a. N. 750 M. Mit dem Gebot von 12 200 RM bar blieb der Kfm. Oskar Mohns in Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 21/22, Meistbietender. Verkündung des Zuschlags am 7. November 1932.

Zwecks Auflösung der Gemeinschaft: Karlstr. 10 in Bln.-Zehlendorf, dem Kohlenhändler Paul Haenelt u. a. gehörig. F. 13,10 a. N 1740 M. Mit dem Gebot von 9300 RM bar und Uebernahme von 2975 RM Hypotheken blieb der Fuhrmann Franz Tietz in Berlin-Zehlendorf, Karlstraße 10, Ersteher.

Aufhebung: Wohnlaube Marchandstraße 18 in Berlin-Lankwitz, dem Rechtsanwalt Felix Beckmann und dessen Ehefrau gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg: Einstweilige Feststellungen: Wohnhaus, Sud- und Kesselhaus usw. Spreestr. 7 in Charlottenburg, der Ww. Frau Ida Taeschner in Charlottenburg gehörig. F. 22,63 a. N. 21 510 M.

Knesebeckstr. 72/73 in Charlottenburg, den Kfften. Dr. Michel und Gabriel Baida gehörig. F. 17,12 a. N. 36 600 M.

Bürogebäude mit Werkstattgebäuden usw. Weser Fernsteuerungs-Weg in Charlottenburg, dem Kaufm. Walter Schleicher in Berlin-Wilmersdorf gehörig. F. zus. 18,10 a. N. 1544 M.

Kurfürstendamm 217, Ecke Fasanenstr. und Fasanenstraße 74 in Charlottenburg, dem Kfm. Eduard Lachmann in Berlin gehörig. F. 24,29 a. N. 64 390 M bzw. 22 790 M.

Wohnhäuser usw. Cauerstraße 4 u. 5 in Charlottenburg, der Salus Finanzierungs-G. m. b. H. in Berlin gehörig. F. 4,94 a bzw. 4,85 a. N. 9500 Mark bzw. 9640 M.

Acker, Albrecht-Achilles-Str. in Bln.-Wilmersdorf, der Terra Akt.-Ges. für Grundbesitz in Berlin gehörig. F. 99,18 a.

Einfamilienhaus usw. Goebenstr. 44 in Berlin-Dahlem, der Frau Amalie Bellino in Bln.-Dahlem gehörig. F. 10,11 a. N. 1950 M.

Joachim-Friedrich-Straße 49 in Berlin-Wilmersdorf, der Frau Cäcilie Jossen in Bln.-Charlottenburg gehörig. F. 10,08 a. N. 17 300 M.

Beim Amtsgericht Berlin-Neukölln: Einstweilige Einstellungen: Aecker an der Okerstr. 34, Ecke Schillerpromenade 29 bzw. an der Schillerpromenade 22, Ecke Leinestr. 17 in Bln.-Neukölln, der Berliner Handels- und Industrie-Gesellschaft A.-G. in Berlin gehörig. F. zus. 20,06 a.

Einstweilige Einstellung: Wohnlaube usw. Stubenrauchstraße in Berlin-Rudow, der Frau Bertha Mientus in Berlin-Rudow gehörig. F. 8 a. N. 60 M.

Fabrikgebäude, Kortor usw., Späthstr. in Berlin-Britz, dem Techniker Willi Rese in Berlin-Britz gehörig. F. 15,37 a. N. 2745 M.

Beim Amtsgericht Berlin-Köpenick: Reuterstr. 15, Ecke Schillerstr. in Köpenick, der Frau Hertha Eberhagen in Bln.-Stralau gehörig. F. 6,97 a. N. 800 M. Mit dem Gebot von 23 910 RM bar blieb der Bankdirektor Alfred Friedmann in Berlin-Wilmersdorf, Landauer Straße 9, Ersteher.

Einstweilige Einstellungen: Wiesen bzw. Wohnlaube usw. an der Spree in Berlin-Rahnsdorf, Straße 28, dem Kürschnermeister Wilhelm Buch in Berlin gehörig. F. 15,80 a. N. 60 M.

Hofraum mit Gebäude an der Spree in Berlin-Rahnsdorf, dem Kfm. Paul Scholz in Berlin gehörig. F. 1,50 a. N. 18 M.

Aufhebung: Holzungen in den Heideländerecken Nr. 13, Abt. I, und Mittelstr. in Berlin-Rahnsdorf, der Frau Elisabeth Knapper in Berlin-Neukölln gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Pankow: Prinz-Heinrich-Straße 22 in Bln.-Rosenthal, der Frau Melitta Kelm in Bln.-Rosenthal gehörig. F. 7,43 a. N. 1037 M. Mit dem Gebot von 20 100 RM bar blieben Tierarzt Dr. Erich Simon und dessen Ehefrau in Berlin-Pankow, Wollankstr. 50, Ersteher.

Einstweilige Einstellungen: Hofraum usw. Hauptstr. 66 in Bln.-Buchholz, dem Landwirt Georg Rathenow in Berlin-Buchholz gehörig. F. 1 ha 8,01 a. N. 1055 Mark.

Acker an der Chaussee nach Buch in Bln.-Karow, dem Otto Behrendt und Max Liebig gehörig. F. 14,30 a.

Beim Amtsgericht Berlin-Lichtenbg.: Aufhebungen: Moltkestr. 14 in Berlin-Kaulsdorf, der Frau Margarete Simke, ebenda, gehörig.

Weiße Straße 2 in Berlin-Biesdorf, dem Paul Mallon und dessen Ehefrau, in Berlin-Biesdorf-Süd gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Spandau: Wohn.-Restaurationsgebäude usw. Schönwalder Allee 5/8 bzw. Acker Hakenfelde, dem Bankdir. a. D. Paul Rozanski in Berlin gehörig. F. zus. 1 ha 9,13 a. N. zus. 16 500 M. Mit dem Gebot von 46 000 RM bar blieb der Gastwirt Arthur Bang in Berlin N 31, Lortzingstr. 20, Ersteher.

Vergleichsverfahren

Aufgehoben:

Bernward Leineweber G. m. b. H., Berlin C; Wilhelm Müllers Wäschedef G. m. b. H., Berlin N; Kölner Metallgießerei und Armaturenfabrik Thelen und Rodenkirchen, Köln-Niehl; G. m. b. H. Haver & Wohlfarth, Thiergarten, Kreis Ohlau.

Neue Konkurse

A. = Anmeldefrist. E. = Eröffnungstermin. G. = Gläubigerversammlung. P. = Prüfungstermin.

Der Fettgedruckte Ort ist gleichzeitig zuständiges Amtsgericht.

Bremen. Schneider-Opel Vertriebs G. m. b. H. E. 27. 9. A. 30. 11. G. 25. 10. P. 13. 12.

Beslau. Deutsche Hausratwerkstätten G. m. b. H. E. 30. 9. A. 10. 11 G. 27. 10. P. 22. 11.

Essen-Steele. Genossenschaft „Hansa-Großhandel" e. G. m. b. H. i. Liqu. E. 1. 10. A. 15. 10. G. 31. 10. P. 31. 10.

Bad Pyrmont. Waldeckische Bank A.-G. i. L. E. 23. 9. A. 14. 10. G. und P. 24. 10.

Schwäb.-Gmünd. Komm.-Ges. Gebrüder Daiber, Eierteigwarenfabrik in Lorch. E. 1. 10. A. 2. 11. G. 31. 10. P. 16. 11.

Stuttgart. Dittmar & Ostertag G. m. b. H., Fabrikation handgearbeiteter Spitzen, Decken, Stores u. Gardinen. E. 29. 9. A. 21. 11. G. 28. 10. P. 2. 12.

Vilbel. Genossenschaftsbrunnen eingetr. Gen. m. b. H. E. 28. 9. A. 17. 10. G. und P. 22. 10.

Wartenburg, Ostpr. Konsumverein „Selbsthilfe" für Wartenburg und Umgegend e. G. m. b. H. i. Liqu. E. 29. 9. A. 26. 10. G. und P. 5. 11.

Weitere Zwangsversteigerungen und Handelsregister siehe 1. Beilage 4. Seite.

RECHT UND LEBEN · WOCHEN-BEILAGE DER VOSSISCHEN ZEITUNG
VERANTWORTLICH: RECHTSANWALT DR. ERICH EYCK-BERLIN · DONNERSTAG, 6. OKTOBER · NUMMER 40

Einstweilige Verfügungen im politischen Kampf

Von
DR. JUR. und PHIL. BOVENSIEPEN,
Oberlandesgerichtsrat in Kiel

Höchst bedauerlicherweise hat seit bereits geraumer Zeit der politische Tageskampf derartige Formen angenommen, daß den unvoreingenommenen, nicht politisch verblendeten Staatsbürger wahres Entsetzen überkommt. Deutsche Stammesbrüder und Volksgenossen überfallen sich auf offener Straße, von Haß und Leidenschaft bis zur Siedehitze erfüllt, zerfpalten sich die feindlichen Brüder gegenseitig die Schädel.

In Wahlplakaten, Aufrufen, Zeitungsaufsätzen u. dergl. m. überschütten sich die politischen Parteien mit den schwersten Vorwürfen. Beliebt sind insbesondere die Vorwürfe der politisch rechtsstehenden Parteien, die Sozialdemokraten und ihre Führer — folgen gewöhnlich einige Schimpfnamen — seien „Novemberverbrecher", sie hätten den Siegwillen des deutschen Volkes im Bunde mit den Feinden untergraben, an allem wirtschaftlichen Elend und politischen Jammer sei nur das republikanische „System" schuld. Von den extrem linksgerichteten Parteien wird mit ähnlicher Münze geantwortet, wie etwa: Hitler bereite den offenen Bürgerkrieg vor, er bewaffnet die S.A. und S.S., die Mittel hierfür habe er auf Umwegen, zum Teil aus Frankreich und Italien, erhalten oder weiter: Hitler billige das Kabinett Papen, er und die N. S. D. A. P. seien für die Einführung der Salzsteuer verantwortlich, und als Gegenleistung für die Aufhebung des S.A.-Verbots und des Uniformverbots haben die N.S.D.A.P. in eine Kürzung der Sozialrenten und in die neue schwere Belastung der Werktätigen durch die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 eingewilligt.

Häufig genug haben nun in den letzten Monaten die angegriffenen politischen Parteien oder einzelne Führer den Schutz der ordentlichen Gerichte durch Beantragung einer einstweiligen Verfügung erbeten. In einer erheblichen Zahl von Fällen waren diese Bemühungen auch von Erfolg begleitet, in verhältnismäßig wenigen Fällen scheiterten die Versuche, die Gerichte wiesen entweder von vornherein den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung ab oder aber sie hoben auf den Widerspruch der Gegenpartei die bereits erlassene einstweilige Verfügung wieder auf. Angesichts dieser Bestrebungen ist eine kurze Betrachtung der Rechtslage, insbesondere der Zulässigkeit des ordentlichen Rechtsweges am Platze.

Die gerichtliche Praxis hat zwar im Laufe der mehr als 50 Jahre seit dem Inkrafttreten der ZPO. das Anwendungsgebiet der einstw. Verf. außerordentlich erweitert, insbesondere wird der § 940 in sehr weitem Umfang angewandt. Unter dem Gesichtspunkt der Abwendung wesentlicher Nachteile hat die Praxis insbesondere zugelassen: Verbote von drohenden strafbaren oder sonst unerlaubten oder unsittlichen Handlungen, von Beleidigungen (§§ 823 und 826 BGB.), aber auch Gebote der Unterlassung von Wiederholungen solcher Handlungen, wenn nur eine Wiederholungsgefahr dargetan ist und strafrechtlicher Schutz, etwa durch Erhebung einer Privatklage, nicht ausreicht oder nicht rechtzeitig wirksam werden kann. Unter denselben Voraussetzungen kann auch der Geschädigte oder Bedrohte gemäß § 824 BGB. eine einstweilige Verfügung auf Verbot gegen denjenigen erwirken, welcher der Wahrheit zuwider eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen.

Unerläßliche Voraussetzung für den Erlaß einer jeden einstweiligen Verfügung ist aber, daß die angeblich unzulässige Rechtshandlung, gegen welche sich die erbetene einstweilige Verfügung richten soll, auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts liegt, daß also der zu sichernde Individualanspruch dem bürgerlichen Recht entsprungen ist — Anwendungsgebiet des § 935 ZPO. —, und daß das streitige Rechtsverhältnis, das einstweilen geregelt werden soll — Tatbestand des § 940 ZPO. — dem bürgerlichen Rechte angehört. Dieses Erfordernis ergibt sich zwingend ohne weiteres daraus, daß nach § 13 GerVerfGes. die ordentlichen Gerichte in Zivilsachen nur zur Entscheidung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten berufen sind. Diese grundlegende Vorschrift umfaßt alle und jede Verfahrensarten, welche die ZPO. regelt, irgendeine Ausnahme gibt es nicht.

Geht man von diesem obersten kritischen Gesichtspunkt an die Frage heran, welche der oben wiedergegebenen Angriffe den angegriffenen Parteiführern Anspruch auf Erwirkung einer einstweiligen Verfügung bieten, so werden wir einige von vornherein ausgeschalten haben. Danach ist im allgemeinen und grundsätzlich entscheidend, ob der von dem Gesuchsteller verfolgte Anspruch seiner Natur nach ein privatrechtlicher ist, maßgebend ist das Rechtsverhältnis, aus dem der Anspruch abgeleitet wird, „Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten sind Streitigkeiten über Rechtsfolgen des Privatrechts im Gegensatze zu denen des öffentlichen Rechts". Legt man dies zugrunde, so dürfte sich ergeben, daß die Behauptungen: Hitler billige oder toleriere das Kabinett Papen, er sei für die Einführung der Salzsteuer verantwortlich und die N.S.D.A.P. habe als Gegenleistung für die Aufhebung des S.A.-Verbots und des Uniformverbots in eine Kürzung der Sozialrenten und in eine neue schwere Belastung der Werktätigen eingewilligt, sicher nicht das geringste mit dem Privatrecht zu tun haben. Von einer bürgerlichen Rechtsstreitigkeit zwischen Hitler und seiner Partei einerseits und der sie verbreitenden politischen Gegenpartei andererseits kann nicht entfernt die Rede sein, irgendein Rechtsverhältnis des Privatrechts liegt zwischen den Streitteilen nicht vor. Nicht bürgerliche Rechtsstreitigkeiten liegen hier und in ähnlichen Fällen vor, sondern hochpolitische Streitigkeiten, über die nicht das Gericht, sondern die Geschichte zu entscheiden hat.

Auch der Tatbestand einer strafbaren Handlung, insbesondere einer Beleidigung, kann unmöglich in ihnen erblickt werden. Es wäre ein völlig schiefer Gesichtspunkt, dies mit der Begründung etwa bejahen zu wollen, die Wähler Hitlers und der N.S.D.A.P. empfänden solche Vorwürfe als beleidigend. Dem maßgebend ist nur der Standpunkt eines unbeteiligten Dritten, der objektive, unbefangene Beurteiler wird aber in den Behauptungen unmöglich etwas Ehrenkränkendes erblicken. Auch die Anwendbarkeit des § 824 BGB. auf diesen Tatbestand wird man verneinen müssen, die Behauptungen sind schwerlich geeignet, den Kredit des nationalsozialistischen Führers zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen. Allenfalls könnte eine Beeinträchtigung oder Gefährdung auf ideellem Gebiete drohen, aber eine solche genügt nicht, sie muß auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Daß eine solche eintreten könne, ist aber beim besten Willen nicht erfichtlich. So hat denn auch die 7. Zivilkammer des LG. Altona die vom Amtsgericht erlassene einstweilige Verfügung, die das Weiterverbreiten der obigen Behauptungen unter Androhung von Strafe untersagte, auf den Widerspruch des Antragsgegners in einem bemerkenswerten Urteil vom 18. Juli 1932 aufgehoben.

Ebensowenig — und zwar aus den gleichen Erwägungen heraus — ist eine einstweilige Verfügung zulässig zur Abwehr der Behauptungen: die S.P.D. und das republikanische System allein hätten die wirtschaftliche Not und das politische Elend Deutschlands verschuldet. Der Ausdruck „Novemberverbrecher" bedeutet fraglos eine formale Beleidigung. Würden also in Wahlaufrufen, Aufsätzen, Flugschriften u. dergl. mehr bestimmte Namen genannt, so würden deren Träger wohl geftützt auf § 823 BGB. mit Erfolg eine einstweilige Verfügung beantragen können. Werden aber keine bestimmten Namen angeführt, so kann nicht jeder einzelne an der Novemberumwälzung Beteiligte den Schutz des Gerichts wegen Beleidigung anrufen, denn dafür ist der Kreis der mit diesem Ausdruck „Novemberverbrecher" Gemeinten viel zu groß und zu unbestimmt. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts muß die Kundgebung der Mißachtung bestimmte einzelne Personen erkennbar kennzeichnen.

Fraglos beleidigend ist es endlich, wenn behauptet wird, Hitler habe französisches Geld für seine Bewegung angenommen und er bereite unter Bewaffnung der S.A. den Bürgerkrieg vor. Hier wäre an sich, wenn der Antragsteller die Unwahrheit dieser Behauptungen glaubhaft machen kann, eine einstweilige Verfügung zulässig und geboten.

Nur durch ein Festhalten an dieser kritischen Betrachtungsweise wird es möglich sein, eine Ueberschwemmung der Gerichte mit rein politischen Streitfragen zu vermeiden. Ihre Arbeit würde tatsächlich in das Ungemessene anwachsen, wenn sie genötigt sein sollten, alle Behauptungen politischer Art, welche die politischen Parteien gegeneinander aufstellen, auf ihre sachliche Richtigkeit hin nachzuprüfen.

Anschütz' Kommentar

Professor Gerhard Anschütz: „Die Verfassung des Deutschen Reichs." Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, 4. Bearbeitung, 14. Auflage. (39.—41. Tausend.) Erster Teil, 504 S. Verlag Stilke.

In einer Zeit, in der Fragen des deutschen Staatsrechts täglich die Oeffentlichkeit beschäftigen, empfindet man es mit besonderem Dank, daß wir einen Kommentar zur Verfassung besitzen, der alles, was die Lehre und Praxis des Staatsrechts an Fragen und Lösungen hervorgebracht hat, in mustergültiger Durchdringung und Verarbeitung dabietet. Anschütz verbindet die beste Tradition der unter der Bismarckschen Verfassung entstandenen Staatsrechtswissenschaft mit vorurteilsloser Aufgeschlossenheit gegenüber den auf dem Boden der Weimarer Verfassung entstandenen Problemen. Er geht in seinem Kommentar keiner Frage aus dem Weg. Er breitet vor dem Leser das gesamte Material aus einem umfangreichen Schrifttum und einer von Jahr zu Jahr wachsenden Rechtsprechung aus, ohne jemals im Material stecken zu bleiben; sondern überall gibt er seine aus dem Geiste der Weimarer Verfassung geschöpfte Auffassung in klarer, präziser Form. Man kann wohl sagen, daß die ganze staatswissenschaftliche Erörterung der letzten Jahre ihre sichere Grundlage in diesem Kommentar findet, so weit die in ihr vertretenen Auffassungen auch vielfach von ihm abweichen. Die letzte Bearbeitung des Kommentars erschien vor 3 Jahren. In der Zwischenzeit ist mit unter Anschütz' Führung das „Handbuch des Deutschen Staatsrechts" vollendet worden, dessen Ergebnisse selbstverständlich auch dem Kommentar zugute gekommen sind. Die neue Auflage hat auch sonst alles sorgfältig und vollständig berücksichtigt, was in der Zwischenzeit zutage getreten ist. Bei dem großen Umfang dieses Stoffes ist es nicht zu verwundern, daß auch der Umfang des Kommentars gewachsen ist, und es ist deshalb zu begrüßen, daß Anschütz sich entschlossen hat, den ersten Hauptteil der Verfassung, der die organisatorischen Grundlagen enthält, zunächst allein herauszugeben. Denn grade hier sind die nach Lösung drängenden Kontroversen besonders lebhaft. Umfaßt doch allein der Kommentar zum Artikel 48 mehr als 30 inhaltreiche Seiten. Die Grundauffassung ist selbstverständlich unverändert geblieben, und es darf vielleicht heute, wo die Verfassungsarbeit des Jahres 1919 gestiftenlich unterschätzt wird, besonders darauf hingewiesen werden, daß Anschütz sich das Urteil Meinckes über jene Zeit vorbehaltlos aneignet und ihm insbesondere darin zustimmt, daß durch den Ausgang der Januarkämpfe von 1919 nicht nur die Demokratie, sondern auch die Einheit des Reiches gerettet worden ist.

Gebühren für Registereinsicht. Zu dem Artikel von RA. Dr. Elsaß in Nr. 38 von „Recht und Leben" schreibt Justizobersekretär Schubmacher: „Zu Unrecht sieht Elsaß die Einsicht des Schuldnerverzeichnisses (§ 915 ZPO., 107 KO.) als kostenfrei an. Die Pr. VO. vom 19. 7. 32 enthält darüber keine Bestimmungen, weil diese Materie nicht den Bestimmungen des preußischen, sondern des Deutschen Gerichtskostengesetzes unterliegt. Daher ist durch die NotVO. des Reichspräsidenten vom 14. 6. 32 (RGBl. I S. 285) im Preußen Teil Kapitel II Art. 2 für die Einsicht in das Schuldnerverzeichnis eine Gebühr von 0,50 RM, und für eine schriftliche Auskunft über das Bestehen oder Nichtbestehen einer Eintragung eine Gebühr von 1 RM festgesetzt worden. — Mit der Praxis der Gerichte, für jede einzelne Feststellung eine Gebühr von 0,50 RM zu verlangen, dürfte aber der klare Wortlaut der VO. im Widerspruch stehen. Unter „Einsicht in das Schuldnerverzeichnis" dürfte Einsicht in die Gesamtheit der Eintragungen zu verstehen sein.

Berichtigung. Der Leitfaden für Handelsrichter von RA. Dr. Isaac ist im Verlag de Gruyter erschienen.

Arbeitsrechtliche Literatur

Von dem Lehrbuch des Arbeitsrechts von Hueck und Nipperdey liegt jetzt auch der zweite Band in einer neuen Bearbeitung vor. (3. bis 5. Auflage. Verlag Bensheimer. 810 Seiten). Er enthält die Darstellung des kollektiven Arbeitsrechts aus der Feder Nipperdeys und der Arbeitsgerichtsbarkeit von der Hand Huecks. Es ist nicht nötig zur Empfehlung des Buches, das sich allgemeiner Anerkennung erfreut, noch etwas zu sagen, es sei denn, daß es neben den Eigenschaften der Vollständigkeit und Gediegenheit auch die der guten Lesbarkeit hat. — Die willkommene positiv-rechtliche Ergänzung zu diesem Lehrbuch wie für alle arbeitsrechtlichen Erörterungen ist die neue (19.) Auflage der Hoenigerschen bewährten Text-Sammlung: „Arbeitsrecht", die den Bestand von diesem Frühjahr wiedergibt. (Bensheimersche Sammlung deutscher Gesetze. 825 Seiten.) So ist diese Quellensammlung wieder geeignet, als zuverlässiges und nie versagendes Nachschlagebuch zu dienen. — Mit Freuden wird jeder, der auf arbeitsrechtlichem Gebiet tätig ist, den zwölften Band des „Jahrbuchs des Arbeitsrechts" hgg. von den Prof. Hoeniger, Rudolf Schultz und Hende begrüßen. (Bensheimer, 500 Seit.) Das Jahrbuch bringt nicht nur in komprimierter Form alles, was Schrifttum und Rechtsprechung während des Jahres 1931 zutage gefördert haben, und dient dadurch der Praxis des Tages. An seiner Spitze steht eine „Sozialpolitische Uebersicht" von Ludwig Heyde, die eine mit wissenschaftlicher Aktivität und Objektivität bearbeitete Chronik der Bestrebungen und Kämpfe gibt, die unsere Zeit erfüllt. Es ist nicht die Schuld des Chronisten, wenn man den Eindruck einer verwirrenden Mannigfaltigkeit und Ungeklärtheit erhält. — Auch von dem „Sozialrechtlichen Jahrbuch", das die Direktion des Kölner Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften unter der Führung von Prof. Brauer im gleichen Verlag herausgegeben, liegt ein neuer Band vor (Bd. III. 187 S.). Von seinen zahlreichen Beiträgen wird namentlich der Aufsatz Brauers über den „Gewerkschaftssekretär", der das im II. Band wiedergegebene Ergebnis einer Umfrage behandelt, Interesse finden. B. hält sich für berechtigt zu der Auffassung, daß ein „relevanter Unterschied des Gewerkschaftssekretärs zu den von ihm geführten Arbeitern nicht gegeben ist". Für Juristen wichtig ist eine Abhandlung von Felten über die Stellung der Laienrichter bei den Arbeitsgerichtsbehörden.

Unter den Kommentaren zu den arbeitsgerichtlichen Gesetzen ist die neue Auflage des Kommentars zum Betriebsrätegesetz von MinRat Dr. Flatow und AGRat Dr. Kheunfreund zu erwähnen. (13. Aufl., Verlag Jul. Springer. 726 Seiten). Die hohe Auflagenziffer zeigt, welchen Anklang das Werk dank seines reichen Inhalts in der Praxis gefunden hat. Es gibt nicht nur einen zuverlässigen Einblick in Rechtsprechung und Schrifttum, sondern nimmt auch zu den grundsätzlichen Problemen selbständig Stellung. An der sehr bestrittenen Auffassung der Betriebsvertretungen als „wirtschaftsparlamentarischer Organe" der Betriebe, die selbst „Träger des Mitbestimmungsrechts" seien, wird festgehalten.

Mit der „Rechtsnatur des Tarifvertrags" beschäftigt sich Dr. Ludwig Engel in einer Schrift, die er „zugleich einen Beytrag über das Problem Staat, Demokratie und soziale Klassenverbände" nennt. (Berl. Bensheimer, 98 Seiten.) Nach einer gut orientierenden Uebersicht und Kritik der bisher vertretenen Ansichten entwickelt er seine „an den Prinzipien der Demokratie orientierte Auffassung vom Wesen des TV. und der Stellung der sozialen Verbände im Staat". Er betrachtet die Verbände als Faktoren des staatlichen Integrationsprozesses, dessen Grundgedanken im ersten Satze des Art. 165 der WVerf. zu finden sei.